Montag, 1. April 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 77 - 14.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeitszeit: Mit der Einführung der 38,5-Stunden-Woche beginnt für viele Beschäftigte in der Metallindustrie heute eine neue Tarifära. Die Arbeitgeber warfen der IG Metall am Wochenende vor, im Zusammenhang mit den neuen Arbeitszeitregelungen „Augenwischerei" und „Verschleierung" zu betreiben. (S. 8)

FDP-Parteitag: Mit 186 von 192 Stimmen wurde der rheinland-pfälzische FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle in Deidesheim für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. (S. 4)

Grüne: Auf ihrer letzten Landesdelegiertenkonferenz vor den nordrhein-westfälischen Wahlen haben die Grünen ihr heftig umstrittenes Sexualitätspapier zurückgezogen, in dem unter anderem die Legalisierung sexueller Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen gefordert worden war. (S. 8)

Besuch in Bukarest: Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte, General Vessey, ist in Bukarest mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu zusammen.

Griechenland: Die konservative Opposition hat gestern den offiziellen Empfang des neuen Präsidenten Sartzetakis boykottiert, nachdem sie ihm bereits nach seiner Wahl die Anerkennung verweigert hatte. Vorgezogene Parlamentswahlen werden nicht mehr ausgeschlossen. (S. 5)

Streikende? Mit nur einer Stimme Mehrheit ist im dänischen Parlament ein Bündel von Gesetzen zur Beendigung des schweren Arbeitskonflikts beschlossen worden. Der Eingriff in die Tarifautonomie sieht über zwei Jahre für alle Arbeitnehmer Lohnerhöhungen von 3,5 Prozent und ab 1986 die 39-Stunden-Woche vor.

Kompetenzstreit: Öffentlich geäußerte Zweifel des stellvertretenden spanischen Regierungschefs Guerra an der Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts haben einen heftigen Kompetenzstreit zwischen Justiz und Parlament ausgelöst. (S. 5)

Regimegegner: Drei vergangene Woche entführte Gegner des chilenischen Militärregimes sind bei Santiago mit durchschnittener Kehle aufgefunden worden.

WELT-Serie Länderchefs

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen" oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein porträtiert in diesem Teil der WELT-Serie Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der sich am 12. Mai zur Wiederwahl stellt. Seite 6

WIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Das reale Bruttosozialprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich nur halb so schnell zunehmen wie 1984 – statt um 6,8 Prozent um drei bis 3,5 Prozent –, signalisieren die Konjunkturindikatoren. (S. 9)

Bauindustrie: Mit einem langfristigen Umweltschutzprogramm könnten nach Auffassung der IG Bau, Steine, Erden die Schwierigkeiten der Bauindustrie erheblich abgemildert und bis zu 400 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden. (S. 4)

Dritte Welt: Mexiko und Vertreter von 600 internationalen Gläubigerbanken haben die erste Tranche eines langfristigen Umschuldungsprogramms in Höhe von insgesamt 48,7 Milliarden Dollar unterzeichnet. (S. 9)

Schleswig-Holstein: Die für das Bundesland typische mittelständische Wirtschaft biete beste Voraussetzungen für einen schnellen Strukturwandel und die Übernahme neuer Technologien, erklärt Wirtschaftsminister Westphal in einem WELT-Gespräch. (S. 9)

ZITAT DES TAGES



»Wer möglicherweise in 20 Jahren von der SDI profitiert, muß noch am Leben sein«

Professor Karl Kaiser, Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Beziehungen, zum aktuellen Wert der Strategie der Abschreckung FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Weltschätze der Kunst: Rund 400 Kostbarkeiten aus den Museen, Schlössern, Gärten und Galerien der „DDR" wurden in Schinkels Altem Museum in Ost-Berlin zur Ausstellung „Weltschätze der Kunst – der Menschheit bewahrt" zusammengetragen. Die Masse des Schönen und Teuren lockt die Menschen in Scharen. (S. 15)

Osterfestspiele: Natürlich gab es am Ende die traditionellen Begeisterungsausbrüche. Aber den noch hinterließ Karajans Salzburger „Carmen"-Einstudierung zur Eröffnung der Osterfestspiele Beklommenheit. Wäre nicht die musikalische Seite gewesen, hätte man diese unzulängliche „Carmen" besser abgesagt. (S. 15)

SPORT

Galopp: Der Wallach „Last Suspect" im Besitz der Herzogin von Winchester gewann in Aintree das Grand National, das schwerste Hindernisrennen der Welt. Der Sieger erhielt 250 000 Mark. (S. 13)

Ringen: Welt- und Europameister Martin Knosp (25) wird im Mai seine internationale Laufbahn beenden. Er siegte beim Freistilturnier des Großen Ringer-Preises von Aschaffenburg. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Luftkissen: Zwei Tote, 40 Verletzte und zwei Vermißte ist die vorläufige Bilanz des Luftkissenboot-Unfalls im Hafen von Dover. In einer raschen Rettungsaktion konnten zahlreiche Menschen aus dem eisigen Wasser der Nordsee geborgen werden. (S. 16)

Jubiläum: Für die Lufthansa ist heute ein stolzer Tag: Vor 30 Jahren begann der Aufstieg zu einer der renommiertesten Airlines der Welt. (S. 16)

Wetter: Wolkig mit Aufheiterungen. 13 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl ist für Beteiligung an der SDI-Forschung

Auch Frankreich, Großbritannien und Italien sind daran interessiert

In der Haltung der Bundesregierung wie in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt es keine Irritationen: Bonn will sich an dem amerikanischen Forschungsprogramm für ein Weltraum-Verteidigungssystem (SDI) beteiligen. Eine Nichtbeteiligung der Bundesrepublik würde – das ist übereinstimmende Auffassung – dazu führen, daß Deutschland in die technologische Zweitklassigkeit zurückfällt. In der Diskussion um SDI fügt Bonn allerdings zugleich an, daß sich die USA zu „fairen Bedingungen" bereitfinden und die europäischen Staaten insgesamt den Weg zu einer gemeinsamen „Forschungspartnerschaft" finden müssen. Dies ist für Bonn außer Zweifel.

Dregger für „Partnerschaft der Gleichheit"

MANFRED SCHELL, Bonn

Für eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und Europas an dem amerikanischen Weltraumsystem SDI hat sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, unter der Voraussetzung ausgesprochen, daß die Forschungsergebnisse beiden Seiten zur Nutzung zugänglich sind. In einem WELT-Gespräch sagte Dregger: „Eine Beteiligung liegt im beiderseitigen Interesse und im Interesse des Bündnisses, vorausgesetzt, daß es eine Partnerschaft auf der Basis der Gleichheit ist. Das bedeutet zum Beispiel, daß es nicht einen einseitigen Technologietransfer von Europa in die USA geben darf, sondern daß beiden Seiten alle Forschungsergebnisse auch zur zivilen Nutzung zugänglich gemacht werden." Er sei „optimistisch", daß eine solche Vereinbarung mit den USA erzielt werden könne.

Angesichts mancher Irritationen über die Haltung Bonns gegenüber dem SDI-Programm stellte Dregger klar: „Es gibt keine Veränderung in der Haltung der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es gilt nach wie vor das, was Bundeskanzler Helmut Kohl erstmals auf der Wehrkundetagung in München vorgetragen hat."

Dregger fügte hinzu, falls das Kon-

● Fortsetzung Seite 8

Zwei Voraussetzungen

BERNT CONRAD, Brüssel

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Wochenende in Brüssel erkennen lassen, daß seine Absicht ungebrochen ist, die Bundesrepublik Deutschland an dem amerikanischen Forschungsprogramm für ein Weltraum-Verteidigungssystem (SDI) zu beteiligen. Dabei lautet seine Devise, wie im EG-Hauptquartier durchsickerte: „Nichtbeteiligung führt zu technologischer Zweitklassigkeit."

Allerdings hält Kohl strikt an zwei Voraussetzungen fest:

1. Die USA müssen sich zu fairen Bedingungen für eine Forschungspartnerschaft bereitfinden.
2. Auf europäischer Seite muß eine gemeinsame Position gefunden werden.

Während sich unter den wichtigsten EG-Partnern schon eine gemeinsame Haltung herausschält und damit diese Hürde zu schwinden beginnt, ist die amerikanische Haltung zu den Vorstellungen der Bundesregierung noch unklar. Der Kanzler will jedoch – wie aus seiner Umgebung verlautet – unter keinen Umständen irgendeine zweitrangige Mitwirkung akzeptieren, sondern besteht auf vollem Zugang zu den gesamten technologischen SDI-Entwicklung.

Offiziell stand die Weltraumverteidigung gar nicht auf der Tagesordnung des Brüsseler Europa-Gipfels. Nach ihrem Dinner am Freitagabend kamen die Staats- und Regierungschefs zu vorgerückter Stunde beim Kamingespräch dennoch darauf zu sprechen. Dabei ergab sich nach britischen Informationen wenig Neigung, die Europäische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit an der SDI-Forschung zu beteiligen, wie dies der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, als denkbar bezeichnet hatte.

Gegen diesen Gedanken sprechen mancherlei Erwägungen, nicht zuletzt die Zurückhaltung des neutralen EG-Mitgliedes Irland, die fast feindselige Distanz Griechenlands und die Indifferenz anderer Partner. Die Möglichkeit einer kollektiven EG-Aktion

SEITEN 3 und 8: Weitere Beiträge

ist demnach offensichtlich vom Tisch.

Die wirtschaftlich und verteidigungspolitisch stärksten Partner – Großbritannien, Frankreich und Italien – stehen hingegen, parallel zu den Vorstellungen des Kanzlers, einer Forschungsbeteiligung unter bestimmten Voraussetzungen positiv gegenüber, ohne damit ihre Haltung zur späteren Verwirklichung des SDI-Programms präjudizieren zu wollen. Ein abgestimmtes Vorgehen dieser Länder würde offenbar in den Augen Kohls das auch im Beschluß des Bundessicherheitsrates vom 27.3.1985 genannte Kriterium einer „gemeinsamen Haltung der Europäer" erfüllen.

Besondere Bedeutung hat für den

▲ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Vertrauen

LEO FISCHER

Geschäftsreisende, die aus dem Ausland zurückkehren, berichten immer wieder über eine erstaunliche Erfahrung: Die durchaus berechtigte Kritik an der Zaghaftigkeit, mit der bei uns die Wende gerade im wirtschaftspolitischen Bereich vollzogen wird, stößt auf ein gewisses Unverständnis – vor allem in den USA, wo man die Zustände in der Bundesrepublik Deutschland mit denen in den europäischen Partnerländern vergleicht. Nicht einmal Wahlerfolge der Grünen, deren ablehnende Haltung zur Marktwirtschaft im Ausland bekannt ist, können das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik erschüttern.

Einen neuen Beweis dafür liefert eine Umfrage des US-Handelsministeriums. Zum ersten Mal seit vier Jahren planen die deutschen Tochtergesellschaften, die sich mehrheitlich im Besitz von US-Firmen befinden, wieder eine Aufstockung der Investitionen um immerhin 20 Prozent. Frühere Pläne, die ein Plus von neun Prozent vorsahen, wurden nach oben revidiert.

Freilich ist das wachsende Vertrauen in die Bundesrepublik nicht der einzige, vielleicht nicht einmal der wichtigste Grund für diese Entwicklung. Dahinter stecken reale wirtschaftliche Veränderungen. Seit 1983 befindet sich die deutsche Konjunktur wieder im Aufwind. Und die Unternehmen in ausländischem Besitz sind, wie die Deutsche Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht feststellt, „im Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft mitgewachsen". Steigende Gewinne und eine verbesserte Rendite sind nun einmal nach den Regeln der Marktwirtschaft der größte Anreiz für zusätzliche Investitionen, ob im Inland oder Ausland.

Der Aufkauf deutscher Unternehmen in den 50er und 60er Jahren, als der Dollar um vier Mark notierte, deutet aber auf den wohl entscheidenden Faktor hin: die Hausse der amerikanischen Währung. Der hohe Dollarkurs verbilligt die Auslandsinvestitionen und macht die Produktion in der Bundesrepublik rentabler als den Export hierher. Der Niedergang des Dollar bis auf einen Tiefstpunkt von 1,7062 im Januar 1980 gab umgekehrt vielen deutschen Firmen Anreiz, Produktionsstätten in den USA zu gründen.

Zu übertriebener Selbstzufriedenheit besteht kein Anlaß, wenn man bedenkt, daß das US-Kapitalengagement in Japan – allerdings bei einer geringeren Ausgangsgröße – um 34 Prozent zunehmen soll.

US-Firmen in Deutschland investieren mehr

Sbt, Washington

Amerikanische Unternehmen fassen Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik. Nach einer Umfrage des Handelsministeriums in Washington planen die deutschen Tochtergesellschaften, die mehrheitlich US-Firmen gehören, zum erstenmal seit vier Jahren wieder höhere Investitionen. Sie steigen 1985 um 20 Prozent auf 3,5 Milliarden Dollar. Bis auf Japan, wo das Kapitalengagement um 34 Prozent auf eine Milliarde Dollar zunimmt, ist es das größte Einzelplus.

Daß eine deutliche Wende eingetreten ist, zeigt ein Vergleich mit den ursprünglichen Investitionsplänen, die eine Aufstockung um nur neun Prozent vorsahen. Seit 1977 addieren sich damit die Kapitalaufwendungen der deutschen US-Töchter auf 27,8 Milliarden Dollar. Der Höhepunkt wurde 1980 mit 3,9 Milliarden Dollar erreicht. Danach ging es steil abwärts; 1984 investierten sie nur noch 2,9 Milliarden Dollar.

Weltweit steigern die amerikanischen Auslandstöchter ihre Kapitalaufwendungen um 13 (1984: vier) Prozent auf 42,5 Milliarden Dollar. Nachdem 1983 und 1984 lediglich 36 und 37,5 Milliarden Dollar eingesetzt wurden, entspricht das dem Niveau von 1980. In andere Industriestaaten fließen 27,2 (EG: 14,4), in die Entwicklungsländer 9,8 Milliarden Dollar, wobei auf Lateinamerika 3,9, auf die Randländer des pazifischen Beckens und Asien 3,6 und auf Afrika 1,6 Milliarden Dollar entfallen. Der Schwerpunkt des US-Engagements liegt im verarbeitenden Gewerbe.

Kampagne gegen Korruption in der Sowjetunion

DW. Moskau

Im Kampf gegen Korruption und Unfähigkeit hat der neue sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow jetzt eine landesweite Säuberungsaktion in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) eingeleitet. Nach Berichten sowjetischer Regionalzeitungen sind Dutzende von Parteifunktionären ihrer Posten enthoben worden. Wie den Blättern zu entnehmen ist, richtet sich die Kampagne vorwiegend gegen ältere, inkompetente und korrupte Amtsträger.

Das Ausmaß der Aktion übertrifft dabei bereits den Umfang ähnlicher Säuberungskampagnen zur Zeit des verstorbenen Staats- und Parteichefs Juri Andropow. In der zentralasiatischen Kirgisischen Sowjetrepublik und in Aserbeidschan am Kaspischen Meer wurde auf örtlichen Parteiversammlungen unter anderem die Entlassung zahlreicher hochrangiger Vertreter der lokalen und regionalen Parteihierarchie bekanntgegeben.

Den Zeitungsberichten zufolge wurden in der kirgisischen Republik drei Mitglieder des dortigen Zentralkomitees ihres Amtes enthoben, einer von ihnen wurde aus der Partei ausgeschlossen. Die Entlassung des Justizministers, des stellvertretenden Innenministers und des örtlichen Polizeichefs lassen auf einen bisher nicht offiziell enthüllten Skandal im Innenministerium dieser Republik schließen. Den Entlassenen wurde Vetternwirtschaft in beträchtlichem Umfang, Amtsmißbrauch und die Annahme von Bestechungsgeldern vorgeworfen.

Für offensive Politik gegenüber Moskau

Kanzler-Berater erwartet künftig eine größere Flexibilität der Sowjetunion

FRITZ WIRTH, Dallas

Die Bundesregierung ist entschlossen, eine wesentlich aktivere Ostpolitik zu betreiben. „Wir können nicht genug politische und diplomatische Phantasie entwickeln, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen West und Ost zu fördern", erklärte Horst Teltschik, der außen- und sicherheitspolitische Berater des Bundeskanzlers, auf der 13. Tagung der deutsch-amerikanischen „Atlantikbrücke" in Dallas (Texas).

Zugleich warnte Teltschik die westlichen Bündnispartner, sich von der Sowjetunion nicht in die Defensive drängen zu lassen. „Die westliche Politik gegenüber der Sowjetunion muß offensiv sein."

Teltschik vertrat die Meinung, daß den Deutschen mit ihrem „Reichtum an geschichtlichen Erfahrungen, an politischem, wirtschaftlichem, geistigem und kulturellem Austausch mit den östlichen Nachbarn" bei der Reaktivierung der Ostpolitik eine besondere Rolle zufalle.

Der Kanzler-Berater glaubt, daß die bisherige innen- und außenpolitische Immobilität und mangelnde Kompromißbereitschaft der Sowjets nunmehr unter Gorbatschow einer größeren Flexibilität weichen werde. Teltschik wäre jedoch nicht überrascht, wenn Gorbatschow gewisse Konflikte zunächst durch eine Demonstration sowjetischer Härte und Macht zu lösen versuchte.

Teltschik, dessen Referat vom Kanzler abgesegnet worden war, warnte die Bündnispartner vor Versuchen, die Staaten des Warschauer Paktes gegeneinander auszuspielen: „Ostpolitik wird immer scheitern, wenn sie nicht ihr Hauptaugenmerk auf die Sowjetunion richtet." Daher hält er auch „Sonderverhältnisse" der Bundesrepublik mit der „DDR" oder Polen für inopportun.

Diese Auffassungen zur Ostpolitik fanden in Dallas weitgehende Zustimmung der amerikanischen Gesprächspartner, nicht dagegen Teltschiks Thesen zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Reagans, die zum beherrschenden Konferenzthema in Dallas wurde. Teltschik stellte das SDI-Programm vor dem Hintergrund der Genfer Abrüstungsverhandlungen und wiederholte die kürzlich von Bundeskanzler Kohl geäußerte Hoffnung, in Genf könnten so drastische Reduzierungen der strategischen und Mittelstreckenraketen erzielt werden, daß auf die von Reagan geplanten Verteidigungssysteme im Weltraum verzichtet werden könne.

Die Äußerungen Kohls zur SDI hatten schon in der vergangenen Woche einige Betroffenheit in der Reagan-Administration ausgelöst, weil sie dem SDI-Konzept des Präsidenten entgegengesetzt seien. Reagan möchte mit Hilfe der Weltraumverteidigung das offensive Nuklearraketen-Arsenal obsolet machen, während Kohl hofft, daß das geplante SDI-Programm hinfällig werden könne.

In Dallas wurde eine Verhärtung der Fronten zwischen Bonn und Washington in der SDI-Frage deutlich. Die Bundesregierung hat die Reagan-Administration ihr wachsendes Unbehagen am Informationsaustausch über Ziele, technologische Einzelheiten und eine mögliche deutsche Teilnahme an der Forschung wissen lassen.

Richard Burt, der Leiter der West-europa-Abteilung im State Department und künftige amerikanische Botschafter in Bonn, erklärte dazu: „Es wäre ein fataler Fehler, wenn die SDI-Diskussion in den gleichen Bahnen wie die Diskussion über die NATO-Doppelbeschlüsse vom Dezember 1979 verlaufen würde. Wir

▲ Fortsetzung Seite 8

EG kann ihre Finanzkrise beenden

Mit der Süderweiterung sind die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft kann den Blick wieder in die Zukunft richten. Mit der Einigung über die Dotierung der umstrittenen „Integrierten Mittelmeer-Programme" hat der Brüsseler EG-Gipfel am Wochenende nicht nur den Weg für den Beitritt Spaniens und Portugals freigemacht, sondern auch die politischen Voraussetzungen für die Beilegung der Finanzkrise geschaffen, die die Gemeinschaft seit Jahren belastet.

Der Kompromiß sieht vor, daß die von der Erweiterung besonders betroffenen Mittelmeer-Regionen in der EG in den kommenden sieben Jahren Zuschüsse und Darlehen zur Entwicklung ihrer Wirtschaft von 14,7 Milliarden DM erhalten. Rund 3,57 Milliarden DM davon kommen aus zusätzlichen Haushaltsmitteln, zu denen die Bundesrepublik einen erheblichen Teil beitragen muß.

Auch Italien und Frankreich haben jedoch großen Anteil an der mühsam erzielten Einigung. Sie verzichteten zugunsten der Griechen, die die Erweiterung mit ihrem Veto blockiert hatten, weitgehend auf direkte Zuschüsse und begnügten sich statt dessen mit Darlehen der Europäischen Investitionsbank.

Spanien und Portugal können nun – wenn keine Verzögerungen bei der Ratifizierung der Beitrittsverträge eintreten – ab 1. Januar als Vollmitglieder am Brüsseler Ratstisch Platz nehmen. Gleichzeitig erhält die EG durch die Aufstockung ihres Anteils am Mehrwertsteueraufkommen von 1 auf 1,4 Prozent die dringend erforderliche Finanzspritze. Die „Haushaltslücke" dieses Jahres von rund 4,5 Milliarden DM soll nach einer Übereinkunft der Außenminister durch nicht rückzahlbare Vorauszahlungen der Mitgliedsländer ausgeglichen werden. Großbritannien bekommt die Sicherheit, daß es seinen im Dezember beim Dubliner EG-Gipfel ausgehandelten Beitragsrabatt auch tatsächlich erhält.

Die Brüsseler Einigung beendet zugleich die langwierigen Diskussionen über eine nachträgliche Aufbesserung der griechischen Beitrittsbedingungen. Sie gehen auf ein Memorandum zurück, das Ministerpräsident Andreas Papandreou nach dem Wahlsieg seiner Pasok-Partei an die EG-Partner gerichtet hatte und das in der Forderung nach einer substantiellen Finanzhilfe gipfelte.

Athen erhält in den kommenden sieben Jahren aus den „Integrierten Mittelmeer-Programmen" insgesamt 4,46 Milliarden DM. Wieviel von diesem Geld zusätzliche Mittel sind und wieviel aus ohnehin fälligen Leistungen der Brüsseler Strukturfonds (Regional-, Sozial- und Agrarfonds) kommen soll, blieb offen. Der Europäische Rat setzte neben den zusätzlichen Etatmitteln die Beteiligung der Fonds auf 5,58 Milliarden DM fest. Ein gleich hoher Betrag soll durch Darlehen (zu normalen Zinsen) bereitgestellt werden, an denen Athen jedoch nicht interessiert ist.

Der EG-Gipfel wurde durch die angespannte innenpolitische Lage in Griechenland überschattet. Obwohl er die „Hauptperson" der Konferenz war, traf Papandreou mit zweistündiger Verspätung zu den Beratungen ein und mußte Brüssel bereits am Samstagmittag wieder verlassen. Zu diesem Zeitpunkt war der Ausgang der Diskussionen noch völlig offen. Vor allem dem Drängen des italienischen Ratspräsidenten Bettino Craxi und Bundeskanzler Helmut Kohl war

▲ Fortsetzung Seite 8

Özal will Kürzung der US-Kredite rückgängig machen

Gespräche mit Präsident Reagan und Kongreßabgeordneten

E. ANTONAROS, Athen

Der türkische Ministerpräsident Turgut Özal wird morgen zu Gesprächen mit Präsident Reagan in Washington eintreffen. Bei den Beratungen, denen von türkischer Seite „besonders große Bedeutung" beigemessen wird, geht es vorwiegend um zweierlei: Özal will die Forderung nach mehr Wirtschafts- und Militärhilfe für sein Land erneuern und um mehr politisches Verständnis der USA für die Interessen Ankaras werben. Zu diesem Zweck will er die Schlüsselrolle der Türkei im politisch instabilen östlichen Mittelmeerraum erläutern.

Die Türken sind unzufrieden, weil die von Präsident Reagan für den NATO-Verbündeten vorgeschlagene Militär- und Wirtschaftshilfe für 1986 von 939 Millionen Dollar vom Kongreß auf 890 Millionen gestutzt worden ist. Özal wird sich – auch bei Kongreßabgeordneten – darum bemühen, die Kürzungen rückgängig zu machen. Es geht ihm weiter darum, Washington klar zu machen, daß der Proporzschlüssel von sieben (für Griechenland) zu zehn (für die Türkei) für Ankara zu niedrig sei.

Özal hat sich bereits in den letzten Tagen in New York darum bemüht, die Türkei als kreditwürdiges Land zu präsentieren und Zusagen für neue zinsgünstige Kredite zu erhalten. Die amerikanischen Banken sind dazu bereit, wünschen jedoch Garantien ihrer Regierung. Prinzipiell scheint die US-Administration – wie in Ankara zu erfahren war – einverstanden, solche Bürgschaften zur Verfügung zu stellen. Schwierigkeiten dürften hingegen in den Verhandlungen über türkische Textilexporte und neue Investitionen in der Türkei auftreten.

Im politischen Bereich will Özal die Westorientierung der Türkei herausstellen, gleichzeitig aber auf die besondere Rolle der Beziehungen zu den arabischen Ländern hinweisen. Nach Ansicht Ankaras könnte die Türkei im wirtschaftlichen wie im politischen Bereich als „Brückenkopf des Westens" in der arabischen Welt fungieren.

DIE WELT
UNABHANGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Steinkühlers Prophetie

Von Enno v. Loewenstern

Der Düsseldorfer Arbeitsminister Farthmann, selbst alter Gewerkschaftler, hat die Gewerkschaften kritisiert: Je größer der Sozialabbau werde, desto mehr Ruhe kehre bei ihnen ein. Auch Anke Fuchs warnte davor, „daß die Leute die neue Armut ganz normal finden".

Der unverbildete Zuhörer möchte daraus schließen, daß diese beiden SPD-Sozialpolitiker endlich das zentrale Problem der Arbeitslosigkeit erkannt haben: daß nämlich die Gewerkschaften die beiden Themen Arbeitsplatz und Lohnpolitik von einander getrennt haben. Für ersteres erklären sie prinzipiell den Staat, allenfalls die Unternehmer verantwortlich; ihre Lohn- und sonstigen Vergünstigungsforderungen behalten sie sich ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt vor.

Weder japanischen noch amerikanischen Gewerkschaften kommt es in den Sinn, den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik zu bestreiten. Solange unsere Gewrekschaften sich diesen Luxus leisten, solange werden nicht nur Unternehmen an Lohnkosten zusammenbrechen und Arbeitsplätze verlorengehen, wo man mit dem Rechenstift die Überlebenschance bei geringeren Belastungen nachkalkulieren kann. Es wird auch das Investitionsklima belastet.

Aber auch Farthmann fällt nichts ein als Maschinensteuer und Umverteilung und Staatsprogramme – und die Behauptung, Großunternehmen sparten Arbeitsplätze ein und wüßten zugleich nicht, „wohin mit den Milliarden". Arbeitsplätze aber werden nicht deshalb geschaffen, weil man einen Gewinn gemacht hat, sondern weil man sich durch sie zukünftige Gewinne ausrechnen darf. Jede andere Politik führt zu einer Arbeitsplatzbeschaffung á la UdSSR, wo die neue oder alte Armut weit oberhalb des Facharbeiters liegt.

Und just zu diesem Zeitpunkt zeigen sich die Gewerkschaften keineswegs ruhig, sondern sie preisen die Arbeitszeitverkürzung und verkünden durch Steinkühler die Dreißigstundenwoche Ende der neunziger Jahre, „und dies bei einem wesentlich höheren Lebensstandard". Deutlicher kann man es den Arbeitslosen nicht sagen, daß man sich nur den Arbeitsplatzbesitzern verantwortlich fühlt.

Sinn für Realitäten

Von Günter Friedländer

Perus Präsident Fernando Belaunde Terry ist glücklich: Er glaubt ein gutes Geschäft gemacht zu haben. Die Sowjetunion hat ihm erlaubt, Schulden von 235 Millionen Dollar in Waren, vornehmlich Bluejeans und Fischmehl zu bezahlen. „Ich muß den Sinn für die Realitäten der Sowjetunion und der sozialistischen Nationen anerkennen," verkündet Belaunde, „der uns hilft, unsere Zahlungen zu leisten – er fehlt oft auf unserer Seite der Erde."

Solche Worte fügen Spott zum Schaden. Peru schuldet der Sowjetunion eine Milliarde Dollar für Waffenkäufe seiner links orientierten Militärdiktatur (1968–1980), dem Westen hingegen 13 Milliarden. Es schuldet 350 Millionen Dollar Zinsen an 280 Banken und mehre Regierungen des Westens. Die im laufenden Jahr fälligen 3,5 Milliarden Dollar für den Zinsen- und Tilgungsdienst können nach Ansicht seines Finanzministers nicht bezahlt werden. Nur ein großer Sinn für die Wirklichkeit bewegt den Westen dazu, einen Ausweg aus der peruanischen Schuldenkrise zu finden, den Peru nicht mehr sieht.

Nun sind Bluejeans in der Sowjetunion eine sehr begehrte Mangelware. Sie erzielen phantastische Preise im Schwarzhandel. Ob die UdSSR nun Perus Bluejeans in ihren eigenen Läden oder auch teilweise über den Schwarzmarkt verkauft, sie macht dabei immer ein gutes Geschäft. Fischmehl ist ein wertvolles Düngemittel für die sowjetische Landwirtschaft. Der Westen kann mit Bluejeans aus Peru nichts anfangen: Er stellt sie billiger her. Nähme er Fischmehl in Zahlung, beraubte er Peru der Devisen für sein lukrativstes Exportprodukt.

Peru hat ein Exportgut, das hohe Preise im Ausland erzielt, Kokain, gegen das sich vor allem die USA mit großen Kosten verteidigen müssen. Im Parlament der USA werden daher Forderungen laut, die Wirtschaftshilfe für Länder zu sperren, die die Produktion und den Schmuggel von Rauschgiften nicht verhindern können oder wollen. Peru wird im April einen neuen Präsidenten wählen, der im Juli sein Amt antreten soll. Belaunde täte gut daran, in diesen vier Monaten den guten Willen derer zu pflegen, auf die sein Nachfolger für die Lösung der Probleme angewiesen ist, die er ihm hinterläßt.

Ein Senator lernt dazu

Von Heinz Barth

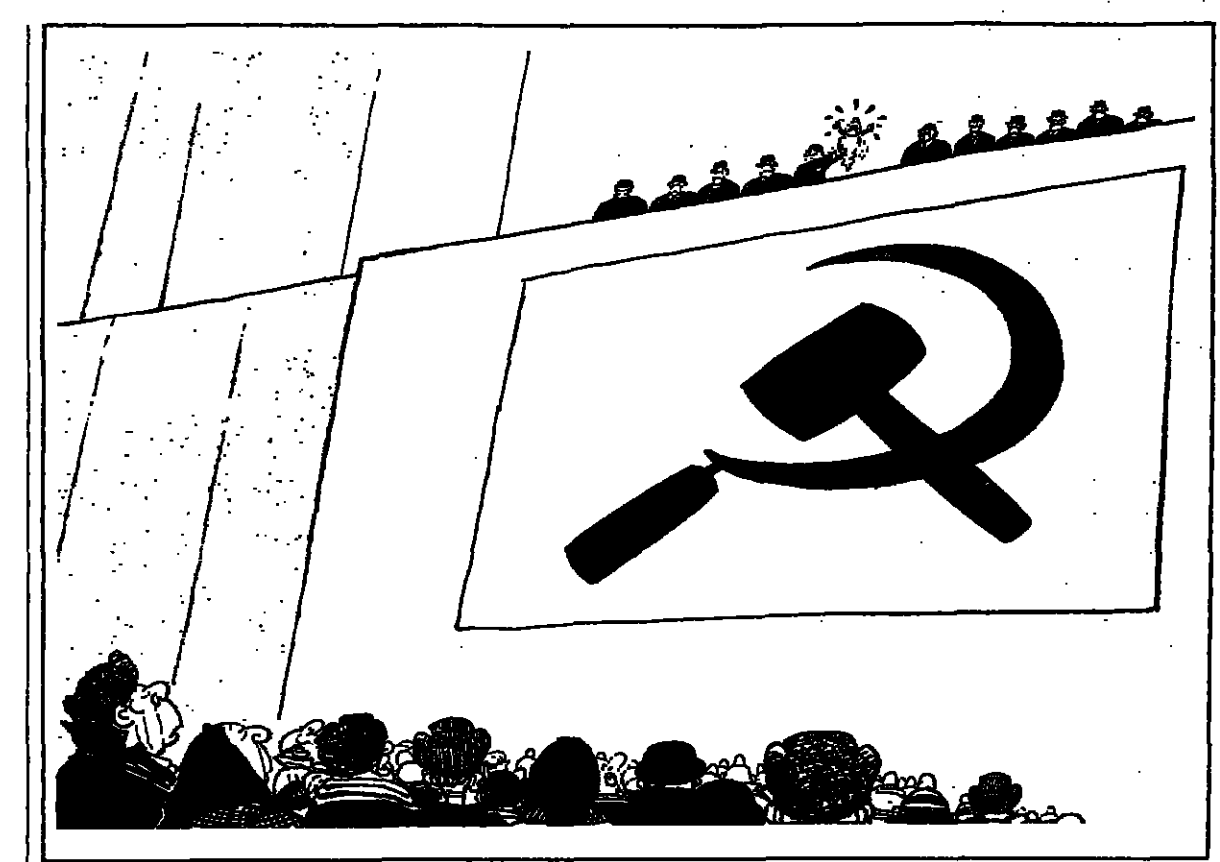
Hier ist die Geschichte eines amerikanischen Senators, der schon immer als Sorgenkind der Reagan-Administration galt. Arlen Specter, aus dem Staat Pennsylvanien, wird den republikanischen Parteifreunden des Präsidenten zugerechnet, die mit seiner Politik nationaler Selbstbesinnung selten harmonieren. Dennoch hat er sich, wie vom Blitz der Erleuchtung getroffen, plötzlich von einem Saulus in einen Paulus des Weißen Hauses verwandelt.

Die Reagan-Lobby, die sich auf dem Kapitol um seine Stimme bemühte, wollte kaum an ihr Glück glauben, als der widerspenstige Senator, ein Gegner des nuklearen Wettrüstens, in letzter Minute zu der Gruppe der 55 Senatoren stieß, die Reagan eine überraschend solide MX-Mehrheit bescherte. Es war nicht das gute Zureden der Präsidenten-Berater und auch nicht die unermüdliche Telefon-Arbeit, mit der Reagan die Widerstände zaudernder Volksvertreter zu überwinden weiß, die den Senator auf den Weg zu seinem Damaskus führten.

Woher also die Bekehrung? Sie kam ihm von einer Seite, von der er es am wenigsten erwartet hatte. Paul Warnke, ehemals Jimmy Carters Genfer Unterhändler, hatte ihm berichtet, wie enttäuscht er war, als der Präsident, ohne seine Genfer Delegation zu konsultieren, den Verzicht auf den B1-Bomber ankündigte – ein Geschenk an die Sowjets, von denen Warnke Gegenleistungen aushandeln wollte.

Das war eine jener Situationen, bei denen die Russen früher am Genfer Tisch Lachanfälle unterdrückten. Als jedoch Warnke seinem sowjetischen Gegenüber diese Enttäuschung eingestand, fand er zu seiner Verblüffung heraus, daß dieser noch enttäuschter war als er selbst. Der Sowjet-Delegierte hatte nämlich gehofft, im Kreml Pluspunkte für den Erfolg zu sammeln, die Amerikaner zum Nachgeben in der Frage des Langstrecken-Bombers zu zwingen.

Die Moral der Geschichte? Nicht immer sind überstürzte Zugeständnisse einem Sowjetmenschen willkommen, wenn er dafür unter Lustentzug leiden muß. Und die Lehre, die der Senator aus Pennsylvanien daraus zog? Verzichte nie vorschnell auf Raketen, so unethisch sie dir erscheinen mögen, solange sie noch als Verhandlungsobjekt zu gebrauchen sind.



„Die neue Führung setzt voll auf die Jugend – das ist Gorbatschows Stellvertreter!" ZEICHNUNG: MAC

Die Sache mit der Jugend

Von Ulrich Lohmar

Wenn man in den Journalen und soziologischen Publikationen der letzten Jahrzehnte nachblättert, stößt man auf eine verblüffende Tatsache: Etwa alle vier Jahre wurde der jungen Generation ein neues Etikett angehängt, wie sie denn wohl sei und denke. Das fing an mit der verlorenen Generation, ging dann weiter über die Ohne-mich-Leute, die Unpolitischen, die Skeptischen, die Revolutionären, die Weinerlichen bis hin zu den Alternativen unserer Tage. Allein die Vielzahl der Aufkleber, die man den jungen Menschen jeweils zudachte, spricht dafür, daß alle diese Aussagen mehr plakativ als zutreffend waren. In Wirklichkeit haben sich die allermeisten jungen Leute auf ganz normale Weise in das Leben hineinprobiert, wie das eben immer so war und auch bleiben wird.

Da ist es interessant, einen Blick auf zwei Untersuchungen zu werfen, die sich von Meinungen über die Jugend freihalten und sie statt dessen selber zu Wort kommen lassen: eine Arbeit der Universität Frankfurt und einen Aufsatzwettbewerb in Nordrhein-Westfalen. Die Frankfurter stellten eine vergleichende Befragung zu einer anderen Umfrage an, die vor zwanzig Jahren stattgefunden hat. Sie umfaßt jeweils die Gruppe der sechzehn- bis achtzehnjährigen. An dem Aufsatzwettbewerb an Rhein und Ruhr beteiligten sich fünfzehnjährige Schüler.

Und hier einige Resultate: Vor zwei Jahrzehnten gingen nur zwanzig Prozent der Jungen und Mädchen zwischen sechzehn und achtzehn noch zur Schule, heute tun das rund sechzig Prozent. Damals hatten demzufolge vier von fünf Befragten ein eigenes Einkommen, heute noch nicht einmal jeder zweite. Unser Bildungsboom hat also die ökonomische Selbständigkeit junger Leute für viele in spätere Lebensjahre verlagert. Gleichwohl ist das Verhältnis zur Arbeit über die beiden Jahrzehnte hinweg ziemlich konstant geblieben:

1962 meinten sechs Prozent der Jugendlichen, man könne sich ein glückliches Leben auch ohne Arbeit vorstellen, und zwanzig Jahre später waren auch nur rund acht Prozent dieser Auffassung. Das allgemeine Gerede vom Null-Bock auf Arbeit bei der jungen Generation erweist sich also als Seifenblase einer Angst, die offensichtlich unbegründet ist. So sehen denn auch mehr als achtzig Prozent der Jugendlichen ihrer eigenen Zukunft mit Optimismus entgegen, während nur sechsundfünfzig Prozent das für die allgemeine Entwicklung anzunehmen wagen. Die No-future-Phrase schlägt also auf das generelle Weltbild weit stärker durch als für die Einschätzung der persönlichen Lebensperspektive.

Einer der jungen Leute meinte auf die Frage nach der Zukunft zu dem Interviewer: „Ach, Du meinst, wegen der ganzen Zukunftsscheiße und so." Damit ist eigentlich alles gesagt. Tröstlich ist das Ergebnis der Aussagen der Jugendlichen auch für die meisten Eltern: neununddreißig Prozent nehmen sich die Mutter als Vorbild, dreiunddreißig Prozent den Vater, wie die Aufsatzschreiber in Westdeutschland anmerken. Daneben spielen nur noch Freunde und Bekannte mit achtzehn Prozent als Leitbilder eine Rolle.

Geradezu vernichtend ist die Aussage der Jugendlichen über die Politiker: Sie rangieren mit zwei Prozent unter elf angebotenen Auswahlmöglichkeit am Schluß der Skala, wo mögliche Vorbilder zu finden seien. Die Jungen und Mädchen empfinden die Politiker nicht als Diener des Staates, sondern als dessen Nutznießer und als Karrieristen. Dieser Eindruck läßt sich mit staatstragenden Parolen und Pathos ganz sicher nicht aus der Welt schaffen.

Was sollen junge Menschen, die ja mit achtzehn wählen können, auch davon halten, wenn ihnen vierzig- oder fünfzigjährige Politiker als „Enkel" vorgestellt werden, die sie aus ihrer Sicht ja schon eher als jugendliche Großväter empfinden müssen? Und wie muß es auf die wirklich Jungen wirken, wenn die Nachwuchsorganisationen der Parteien die Grenze für die Zugehörigkeit zu ihren Jugendgruppen bei fünfunddreißig Jahren ansetzen, einem Alter also, wo die meisten längst verantwortlich im Beruf stehen und selber Kinder haben?

Uns allen aber sollte zu denken geben, daß die jungen Leute nahezu einhellig meinen, die Erwachsenen dächten zu negativ über sie und behaupteten ohne Grund, die Jungen seien faul, gewalttätig, verrückt und aggressiv. Daraus kann man nur folgern, daß die Erwachsenen sich lieber öfters selber kritisch im Spiegel betrachten sollten, als ihrem Nachwuchs den Puls zu fühlen – zumeist mit Vorurteilen, wie man sieht.

Es gibt keinen Grund, die Jugend zu verherrlichen, denn jung sein ist kein Verdienst, sondern leider ein vorübergehender Zustand. Aber es ist auch töricht, das Selbstbewußtsein der Erwachsenen darauf gründen zu wollen, daß die nachfolgende Generation „natürlich" schlechter sei als man selber. Lassen wir also dem Leben seinen Lauf und vertrauen wir unseren Kindern.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Ulrich Lohmar war von 1957 bis 1976 SPD-Bundestagsabgeordneter. Heute ist er als freier Wissenschaftler tätig
FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Karl Miltner

Stille Arbeit belohnt

Von Manfred Schell

Auch in der Politik werden zäher Fleiß, Kompetenz und Loyalität anerkannt. Dieser Satz gilt, obgleich Rankünen häufig die Schlagzeilen prägen. Die Unionsfraktion im Bundestag hat, bevor sie in Osterferien gegangen ist, ihre engere Führung neu bestimmt. In geheimer Wahl hat von den fünf stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Karl Miltner, der für die Rechts- und Innenpolitik verantwortlich ist, die meisten Stimmen erhalten. Da haben viele aufgemerkt.

Hinter Miltner rangierten Helga Wex, der Sozialpolitiker Adolf Müller (Remscheid), der Repräsentant des Mittelstandes, Hansheinz Hauser, und der Außenpolitiker Volker Rühe.

Der promovierte Jurist Miltner (55), der den großflächigen Wahlkreis Odenwald-Tauber seit 1969 mit Traumergebnissen hält, gehört zu den stillen Arbeitern in der Fraktion. Er ist kein Mann, der Konflikte provoziert, um sich zu profilieren. Ihm liegen die scharfen Töne nicht. Seine sprichwörtliche Geduld ist im zähen Ringen mit FDP-Politikern wie Hirsch und Baum um neue Akzente in der Innen- und Rechtspolitik arg strapaziert worden. Hinter den Kulissen hat es oft gestaubt, aber nie sind die Auseinandersetzungen von Miltner an die Öffentlichkeit getragen worden – obwohl er manchesmal enttäuscht war, wenn Kompromisse, nach langen und quälenden Nachtgesprächen erzielt, hinterher wieder in Frage gestellt wurden.

Die Innen- und Rechtspolitik gehört zu den schwierigsten Feldern. Hier liegen, anders als in der Wirtschaftspolitik, die Gegensätze zwischen der CDU/CSU und der FDP weit auseinander: im Ausländer- und Asylrecht, im Demonstrationsstrafrecht. Hier gibt es nicht nur eine scharfe Frontstellung des Bundesinnenministers und der Union mit der FDP. Auch gewichtige Länderinteressen spielen eine Rolle, die Übereinkünfte zusätzlich komplizieren. Miltner versteht die Blockadepolitik der FDP nicht, obwohl er auch hier zwischen einzelnen Politikern, zum Beispiel zwischen Baum und Hirsch, unterscheidet, andere wiederum, wie den Abgeordneten Kleinert, ganz ausnimmt. Seinen „Widersachern" auf der anderen Bank stellt er die Frage, für welche „Klientel" sie eigentlich ihre Politik machen. Jedenfalls passe sie nicht zu der Linie der FDP, die Wirtschaft, Mittelstand, freie Berufe für sich gewinnen wolle.



Dicke Bretter bohren: Rechtspolitiker Miltner FOTO: AP

Miltner hat den Eindruck gewonnen, daß der allenthalben destruktive Kurs einzelner FDP-Politiker auch nicht das Wohlgefallen der FDP-Führung findet. Aber er wundert sich, daß dann nicht engere Grenzen für deren Selbstdarstellung gezogen werden. Dazu gehört der Versuch, so sieht es Miltner, Bundesinnenminister Zimmermann und die Innenpolitiker in der Unionsfraktion gegeneinander auszuspielen. Er hat die FDP vor einem solchen Spiel gewarnt. „Wir werden uns das nicht gefallen lassen", sagt Miltner. Inzwischen hat er auch öffentlich solche Versuche zurückgewiesen. Absolut falsch nennt Miltner die Anschuldigung, Zimmermann sei nicht kooperationsbereit. „Der Bundesinnenminister hat Termine angeboten. Sie sind wegen Herrn Hirsch nicht zustandegekommen."

Doch Lamento nütze nichts. Die Koalition müsse sich auch hier im eigenen Interesse als „handlungsfähig" erweisen. Und deshalb, so sagt Miltner in seiner bescheidenen Art, müßten weiterhin dicke Bretter gebohrt werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie kommentiert Papandreous Auftritt in Brüssel:

Das antike Griechenland hat der Welt einst das Licht geschenkt. Papandreou, der umtriebige sozialistische Regierungschef aus Athen, versorgt Europa mit düsteren Schatten. Sein Auftritt in Brüssel roch nach Erpressung. Papandreou hätte mit seinen maßlosen Forderungen um ein Haar verhindert, daß die Staats- und Regierungschefs der EG den Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft absegnen konnten. Zum Glück führte Papandreous rücksichtslose Quertreiberei nicht zum europäischen Desaster. Der Grieche pokerte hoch, als er seine Zustimmung zur EG-Erweiterung von einer Finanzhilfe für die griechische Wirtschaft in Höhe von 5,6 Milliarden Mark abhängig machte. Aber die anderen Europäer verstehen auch zu pokern. Sie werden einen hohen Preis zahlen, aber nicht den, den Papandreou wünschte und durch seine Abreise erzwingen wollte.

Rhein-Zeitung

Das Blatt zieht Schlußfolgerungen aus den Umständen der EG-Erweiterung:

Die bisher praktizierte Einstimmigkeit der Beschlüsse, die ohnehin den römischen Verträgen entgegensteht, muß fallen, damit Erpressungsversuche ein für allemal der Vergangenheit angehören. Denn die Gemeinschaft kann nur mit Mehrheitsentscheidungen, zumal bei jetzt zwölf Partnern, vorwärts schreiten.

ouest france

Die in Rennes erscheinende Zeitung meint zur Süderweiterung der EG:

Kann man eine Gemeinschaft mit Ländern errichten, die auf sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand stehen? Das traf zwar schon mit Irland und vor allem mit Griechenland zu. Dies ist aber noch viel stärker der Fall mit Spanien und Portugal. Von zwölf Ländern hat ein Drittel besondere Entwicklungsprobleme, die ganz anders sind als diejenigen, die wir bereits zu lösen gehabt haben.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie geht auf bayrische Anmerkungen ein:

Jetzt weiß auch Helmut Kohl, daß Franz Josef Strauß wieder genesen ist. Kampfeslustig wie eh und je meldete sich der CSU-Chef mit einer saftigen Kritik an der Bundesregierung auf der politischen Bühne zurück. Zumindest in einem Punkt hat Strauß diesmal recht: Das Hin und Her um die Haltung der Koalition zum amerikanischen Forschungsprogramm für Weltraumwaffen war selbst für abgebrühte Beobachter der Bonner Szene mehr als verwirrend. Wörner positiv, Kohl abwartend, Genscher skeptisch – am Ende wußte so recht keiner mehr, welchen Kurs die Bundesregierung steuert.

Moskaus Zweifel am Überleben der Sandinisten

Die Sowjets investieren wenig und setzen auf eine Spaltung des Westens / Von Werner Thomas

Ein europäischer Diplomat in Managua hat einmal Moskaus Nicaragua-Strategie auf diese Weise beurteilt: „Die Sowjets investieren so wenig wie möglich, weil sie nicht sicher sind, daß sich die Sandinisten halten werden. Wenn sie sich halten, steht das Land sowieso in ihrem Lager. Wenn nicht, waren die Kosten gering gewesen."

Diese Einschätzung wird mittlerweile von manchen Sowjet-Experten geteilt. Carl Jacobsen, Kreml-Beobachter der University of Miami, der besonders aufmerksam die Lateinamerika-Aktivitäten der kommunistischen Weltmacht verfolgt, erinnert daran, daß der Nicaragua-Konflikt eine wichtige Rolle bei den Bemühungen Moskaus spiele, den Westen zu spalten.

Nicaragua war ein unerwartetes Geschenk der Carter-Regierung. Als Jimmy Carter 1979 den Diktator Anastasio Somoza durch die Verweigerung weiterer Militärhilfe zum Rücktritt zwang, kam eine von den Sandinisten dominierte Koalitionsregierung ans Ruder, die bald die allgemeine Marschrichtung erkennen ließ. Verteidigungsminister Humberto Ortega, der Bruder des heutigen Präsidenten, verkündete bereits am 25. August 1981 vor sandinistischen Militärs: „Wir lassen uns vom Marxismus-Leninismus leiten, der wissenschaftlichen Doktrin unserer Revolution." Ähnliche Äußerungen bekam man immer wieder zu hören; nach dem Tode Tschernenkos proklamierten die Sandinisten eine dreitägige Staatstrauer, das Radio spielte Trauermusik von Chopin und Tschaikowsky. Der „Genosse Tschernenko" wurde als „großer Staatsmann und unermüdlicher Kämpfer für die Sache des Weltfriedens" gewürdigt.

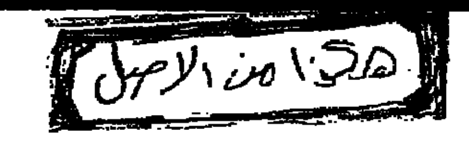
Viele Beobachter der sowjetischen Nicaragua-Politik registrieren eine genau kalkulierte Taktik. Massive sowjetische Waffenlieferungen, die amerikanische Geheimdienstkreise auf mehr als eine halbe Milliarde Dollar schätzen, machten Managua zur stärksten Militärmacht Mittelamerikas. Die Sowjets garantieren auch die Ölversorgung. Das wirtschaftliche Engagement beschränkte sich jedoch in erster Linie auf die Lieferung von technisch rückständigen Fahrzeugen und landwirtschaftlichen Maschinen. Die USA sind der größte Handelspartner Nicaraguas geblieben.

Während nach Auskunft der Reagan-Regierung zehntausend Kubaner in Nicaragua wirken, unter ihnen dreitausend Militärberater, und die Bulgaren etwa achthundert Entwicklungshelfer stellen, halten sich die Sowjets auffallend zurück. Westliche Beobachter in Managua schätzen die sowjetische Präsenz auf höchstens zweihundert Personen. Botschafter German Schljapnikow, ein großer, weißhaariger Diplomat, drängt sich nicht ins Rampenlicht. Er spielt seine Schlüsselrolle im Hintergrund.

Sowjet-Experte Jacobsen meint: „Der Kreml rechnet seit 1982 oder 1983 mit einer amerikanischen Intervention." Damals war die Entscheidung der Reagan-Regierung zum Aufbau der antisandinistischen Rebellenbewegung gefallen (mittlerweile kämpfen vierzehntausend „Contras" gegen die Marxisten in Managua). Jacobsen sieht eine Parallele zum Chile der Volksfront-Ära, 1970 bis 1973. Auch in jenen Jahren hätten sich die Sowjets vorsichtig verhalten, ohne kostspielige wirtschaftliche Verpflichtungen. Vergebens habe Allende engere Wirtschaftsbindungen an den Ostblock gesucht. Jacobsen: „Moskau wußte die Überlebenschancen der Allende-Regierung richtig einzuschätzen."

Die Sowjetunion gibt den Sandinisten Überlebenschancen, solange die militärische Bedrohung nur von den „Contra"-Brigaden ausgeht. Während sich die Waffenlieferungen an die Comandantes jederzeit erhöhen lassen, braucht die Reagan-Regierung die Zustimmung des Kongresses für eine weitere Unterstützung der antisandinistischen Partisanen. Es handelt sich um eine Summe von 14 Millionen Dollar. Schließlich setzen die Sowjets auf die Schützenhilfe Westeuropas: Die europäischen NATO-Nationen sollen auf die Vereinigten Staaten einwirken, damit keine direkte Intervention erfolgt. Die Westeuropäer, weit weg von Mittelamerika, spielen diese Rolle freilich auch ohne Druckmittel. Selbst prominente deutsche Christdemokraten wie Alois Mertes, der Staatsminister im Auswärtigen Amt, warnen Washington vor einem militärischen Eingreifen. Von den Sozialdemokraten ganz zu schweigen. Spaniens Außenminister Moran informierte die Reagan-Regierung, eine Invasion amerikanischer Marineinfanteristen könne die Bündnistreue einiger NATO-Länder gefährden. Er nannte sein eigenes Land. Die Regierungen des alten Kontinents beschwören die schöne (aber leere) Contadora-Formel: Verhandlungen statt Konfrontation.

Antonio Duenas Pulido, ein mexikanischer Diplomat mit Moskau-Erfahrungen, glaubt, daß die Sowjets nicht unglücklich sind über die derzeitige Situation der schwelenden Krise – und diese gern aufrechterhalten wollen. „Auch dieser Zustand bringt den USA politische Verluste." Carl Jacobsen prophezeit: „Die Sowjets werden am Ende die einzigen Sieger des Mittelamerika-Konfliktes sein."



Mit dem Kompromiß um Milliarden kam die Wende

Europa ist einen Schritt weitergekommen – die Süd-Erweiterung ist perfekt. Auch der Grieche Papandreou konnte nach quälenden Debatten finanziell zufriedengestellt werden. Nun geht es um neue, politische Probleme.

Von BERNT CONRAD

Andreas Papandreou hat eine dramatische Begabung für Auf- und Abtritte. Als sich die europäischen Staats- und Regierungschefs am Freitagmittag im Brüsseler Charlemagne-Gebäude versammelten, um nach dem endlich vollzogenen Abschluß der EG-Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal nun auch noch die Hürde der griechischen Milliarden-Forderungen zu nehmen, war der eigenwillige Herr aus Athen nicht da. Er mußte noch an der etwas zweifelhaften Präsidentenwahl zuhause teilnehmen.

Aber der späte Auftritt paßte ohnehin gut in sein Regie-Konzept. Würden seine Amtskollegen und ihre von nächtelangen Marathonsitzungen erschöpften Außenminister nicht heilfroh sein, wenn Papandreou nach einigem Warten schließlich als Deus ex machina erschiene und durch Entgegennahme der verlangten Mittelmeer-Subventionen den Weg zur Süd-Erweiterung freimachte?

Der listige Grieche jedenfalls besann sich, als er mit zwei Stunden Verspätung das Tagungsgebäude betrat, daß er eigentlich erst noch ins Hotel fahren sollte. So verschwand er wieder. Erst kurz vor Schluß der Nachmittagssitzung stieß er dann zur Gipfelrunde und ermöglichte damit, daß überhaupt mit der entscheidenden Diskussion begonnen werden konnte.

Die Partner mußten sich in der Zwischenzeit anderweitig beschäftigen. Ihre Stimmung war gut; hatte doch die Einigung über und mit Spanien und Portugal ein lähmend gewordenes Kapitel europäischer Entscheidungsschwäche glücklich abgeschlossen. Vor allem dem Italiener Giulio Andreotti als Vorsitzendem des Außenministerrates wurde allgemeiner Beifall gezollt. Die übrigen Minister hatten sich während der dem Gipfel vorausgegangenen nervenzermürbenden Verhandlungen gelegentlich vertreten lassen können. Andreotti aber saß in seiner typischen zusammengekrümmten Haltung, mit schiefem Blick von unten nach oben, ohne Anzeichen von Ungeduld Tag und Nacht im Saal und dirigierte die Kombattanten um immer neue Klippen herum in den Hafen des Beitritts.

Der historische Erfolg, der von dem ebenfalls im Kollegenkreis gefeierten Gipfelchef Bettino Craxi in vielen bilateralen Begegnungen mit vorbereitet worden war, der aber ohne Helmut Kohls Junktim zwischen Beitragserhöhung und Süd-Erweiterung kaum durchsetzbar gewesen wäre, hätte in der Tat Anlaß zu lautem Triumph sein können. Wenn nicht das angedrohte griechische Veto wie ein Damoklesschwert über der Runde geschwebt hätte.

So kam man schließlich, als Papandreou sich effektvoll zu Tisch setzte, „ohne Dramatik, geschäftsmäßig, im Bewußtsein des vorherigen Erfolges", wie ein Teilnehmer formulierte, zur eigentlichen Sache: dem Integrierten Mittelmeerprogramm, kurz IMP genannt. Den Griechen war ein solches Programm zum Ausgleich spezieller Nachteile versprochen worden. Dabei hatte die EG-Kommission zunächst die vollkommen unrealistische Summe von 15 Milliarden Mark für Athen genannt. Darauf hatte sich Papandreou versteift und heftig mit dem Zaunpfahl des Einspruchs gegen die Süd-Erweiterung gewinkt.

Daß es so nicht ging, war klar. Die Kommission hatte nun neue, finanziell reduzierte Vorschläge erarbeitet, die am Freitagnachmittag auf dem Gipfel ausgebreitet wurden. Papandreou verhielt sich zunächst sehr bedeckt, stellte Fragen und enthielt sich jeden Theaterdonners. Seine Strategie blieb unklar. Während sich die Chefs dann beim abendlichen Dinner anderen Themen zuwandten, ackerten die Außenminister noch einmal das ganze Projekt durch.

Der Bundeskanzler kam kurz vor Mitternacht sehr entspannt in das ehrwürdige Hotel Amigo nahe der Grande Place, das er seit einiger Zeit dem von seinem Vorgänger Helmut Schmidt geschätzten modernen Hilton-Hotel vorzieht. War es sein bevorstehender Urlaub oder die Freude über Spaniens und Portugals Beitritt? Helmut Kohl jedenfalls hatte von der ersten Gipfelstunde an heiter und gelassen gewirkt. Er war auch der einzige Regierungschef, der am Charlemagne-Gebäude zu den hinter Absperrungen laut rufenden Pro-Europa-Demonstranten ging und einigen von ihnen lächelnd die Hand schüttelte.

Beim nächtlichen Plausch mit Journalisten entwickelte Kohl dann in aller Ruhe, wie er am nächsten Tag das Problem Papandreou zu lösen gedenke: Neun Partner seien willens voranzugehen, und sie würden das tun, auch wenn einer nicht wolle. Ein Kompromiß sei möglich, wenngleich erheblich unter der geforderten Summe. Doch es könne auch anders kommen. An einem Fixpunkt ließ der Kanzler keinen Zweifel: „ Um 14 Uhr gehe ich fort. Das steht fest. Und andere gehen auch."



Helmut Kohl grüßt in Brüssel eine Schar von Europa-Enthusiasten FOTO: AP

Tatsächlich kam es anders. Denn nur einer ging wirklich vor der Zeit, und das war ausgerechnet Papandreou, der zur Vereidigung seines mühsam gekürten Präsidenten wieder nach Athen eilte. Alle anderen blieben, auch Kohl. Und das aus gutem Grund. Denn die Dinge kamen voran, wenngleich unter größten Mühen.

Zuerst wurde es am Samstag „quälend", wie Kohl sich ausdrückte. Er war dafür ein verläßlicher Zeuge, denn das EG-Protokoll hatte ihn am Gipfeltisch ausgerechnet neben die Griechen plaziert. Allenfalls der Blick auf die gegenüber sitzenden Freunde Margaret Thatcher und Wilfried Martens sowie der beruhigende dänische Nachbar Poul Schlüter konnten da psychologischen Ausgleich schaffen. Denn nun wurde es wirklich sehr lebhaft. Papandreou feilschte erbittert um Millionen. Es wurde laut.

Schließlich setzten sich Ratschef Craxi und Kohl zusammen und arbeiteten einen neuen Kompromißvorschlag aus. Er gestand den Griechen für die nächsten sieben Jahre 4,5 Milliarden Mark zu und brachte die Wende. Bevor es zum Schwur kam, erteilte Papandreou seinem Finanzminister Verhandlungsvollmacht und verschwand. Nach einigem Hickhack war es dann soweit: Griechenland akzeptierte, der Weg zur Süd-Erweiterung war frei. Mit Recht sprachen alle erleichtert von einem historischen Schritt.

Kohl war zwar nicht, wie angekündigt, um 14 Uhr „fortgegangen". Um so fröhlicher entschwand er nun gegen 17 Uhr in den Urlaub, um im österreichischen Hofgastein von seinen derzeit fast 228 Pfund 28 abzuspecken. Doch seine Gedanken werden auch bei strenger Diät wieder in Richtung Europa gehen. Denn nachdem nun zunächst einmal die internen Probleme gelöst sind, kann und muß sich die erweiterte Gemeinschaft jetzt mit allem Nachdruck der Zukunft widmen.

„Die nächste eigentliche Bewährungsprobe wird der Mailänder Gipfel im Frühsommer sein. Dort wird über die Weiterentwicklung der Gemeinschaft zu entscheiden sein", verkündete der Kanzler vor seiner Abreise aus Brüssel. Nun geht es um das von ihm mit besonderem Engagement betriebene und in vielen Gesprächen mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand besprochene Projekt der Politischen Union. Eine Kommission hat dafür konkrete Vorschläge ausgearbeitet, über die in Mailand befunden werden soll.

Nach erfolgreichen Beitritts-Verhandlungen: Portugals Finanzminister Ernani Lopes und der spanische Außenminister Fernando Moran FOTO: AP

Ein Stück Außenpolitik an deutschen Hochschulen

Gut ein Drittel der hierzulande studierenden 70 000 Ausländer wird durch deutsche Institutionen gefördert. Eine Investition öffentlicher Gelder, die Früchte tragen kann – aber nicht muß.

Von SUSANNE PLÜCK

Die ersten Verbindungen habe ich schon während des Studiums in Deutschland geknüpft. Das Selbständigmachen fiel dann nicht mehr so schwer." Kazuyoshi Oishi, ehemaliger Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung (KASt), leitet heute einen florierenden Beratungsdienst für deutsch-japanische Kooperation. Mit seiner Tätigkeit trägt er nicht nur zur „internationalen Verständigung" bei, sondern auch zum Wachstum der Handelsbeziehungen und zur Steigerung der Exportchancen der Bundesrepublik Deutschland. Beides hat die Bonner Regierung am 18. Oktober 1983 im Bundestag als Ziel und Zweck der Förderung ausländischer Studenten formuliert.

Kazuyoshi Oishi, der sein Architekturstudium in Aachen 1977 mit dem Dipl.-Ing. abgeschlossen hat, ist ein Paradebeispiel für die These, daß öffentliche Gelder für Stipendien eine Langzeit-Investition für die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen nach draußen sind. Anfangs allein, hat Oishi heute zwölf Mitarbeiter und eine Zweigstelle in Tokio. Sein Beratungsdienst vermittelt technische Lizenzen und Produkte im Im- und Export, er betreibt für seine Kunden Werbung, arrangiert ihre Teilnahme an Messen, macht Fachübersetzungen und dolmetscht in geschäftlichen Verhandlungen, leistet Fachuntersuchungen und leitet Verhandlungen zwischen potentiellen Geschäftspartnern in die Wege. Dies alles für japanische wie für deutsche Firmen.

Jeder zweite Stipendiat hält noch Kontakt

Die Vermittlung von Wissenschaft, technischem Know-how, kulturellen und politischen Werten, nicht zuletzt die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Ausland haben sich alle Institutionen zum Ziel gesetzt, die mit öffentlichen oder privaten Geldern Studienaufenthalte von Ausländern in der Bundesrepublik fördern: Das reicht von den rein wissenschaftlich orientierten – wie Alexander-von-Humboldt-Stiftung und Deutschem Akademischem Austauschdienst (DAAD) – über die politischen Stiftungen wie KASt und Friedrich-Ebert-Stiftung bis zu den stark an der beruflichen Praxis orientierten Deutsche Stiftung für Entwicklungshilfe (DSE) und Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG).

Können die Stiftungen ihren Zielen entsprechen, wird oft skeptisch gefragt, finden die „Ehemaligen" nach Abschluß ihres Deutschland-Aufenthaltes adäquate Arbeitsstellen, wo sie ihre Erfahrungen zum Wohl ihres Heimatlandes und für die Beziehungen zur Bundesrepublik einsetzen können?

Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, auch deshalb, weil sich die Lebenswege und Karrieren der ehemaligen Stipendiaten nach der Rückkehr in ihre Heimat nur über freiwillige Kontakte mit den Förderungswerken verfolgen lassen. Der Prozentsatz derer, die diese Verbindungen pflegen, liegt nach Auskünften der Stiftungen bei etwa 50. Die Kontakte werden in der Hauptsache durch periodisch erscheinende Mitgliederzeitschriften sowie durch gelegentliche Kontakt- oder Fortbildungsseminare in der Bundesrepublik, aber auch im Ausland aufrechterhalten.

In der Heimat bereiten Bürokraten Probleme

Sämtliche Förderungs-Institutionen legen größten Wert auf diese „Nachkontakte", weil sie den Altstipendiaten helfen, nützliche Kontakte zu pflegen, Wissen aufzufrischen und neuen Mut zum Durchhalten zu vermitteln. Denn es ist nicht immer einfach, nach Jahren der Assimilation in Deutschland sich in der alten Heimat wieder einzugliedern. Neid und Ignoranz über den Wissensvorsprung, schreibt die CDG, die vorwiegend Fortbildungsprogramme für Führungskräfte aus Entwicklungsländern finanziert, behindern häufig die Anwendung der neugewonnenen Erfahrungen am alten Arbeitsplatz.

Und der KASt-Altstipendiat Peter Kwadjoe Fordjor aus Ghana, der als Lehrer arbeitet, berichtet: „Bürokratie und die einheimische Elite erschweren durch unnötige Schikanen eine Anstellung. Meist erst nach jahrelanger Tätigkeit werden die im Ausland erworbenen Qualifikationen anerkannt und gewertet. Auch machen es oft chaotische politische Verhältnisse und die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage in den meisten afrikanischen Ländern schwer, einen der Ausbildung entsprechenden Einsatz zu finden."

Am vorsichtigsten über den Erfolg ihrer Förderung äußert sich die Ebert-Stiftung. Sie gibt an, schon diejenigen zu denen sie noch Kontakt habe, hätten „in hohem Maße Schwierigkeiten, adäquate Stellungen zu finden". Bei denen, die sich nicht mehr meldeten, gehe man davon aus, daß die Lage noch schlechter aussehe. Auch der Leiter des Instituts für Begabtenförderung der KASt, Ehrhardt Mayr, erklärt, die Erfolgsquote liege deutlich unter 50 Prozent. Anders Humboldt-Stiftung und DAAD, die Spitzenwissenschaftler fördern, die oft auf angestammte Lehrstühle zurückkehren. Und die Absolventen praktischer Berufsqualifikationen behalten nach Auskunft der CDG nach der Rückkehr in die Heimat in der Regel ihre Arbeitsplätzen oder rücken sogar weiter auf.

Nachkontaktpflege auch in Form von „Naturalienhilfe" – Sachbücher, Fachzeitschriften, Gerätespenden, Projektfinanzierungshilfen –, Vermittlung von Geschäfts- oder Arbeitspartnern in Deutschland und von Studienreisen ist ein erfolgversprechender Weg, den Start zu erleichtern. Quasi ein Pilotprojekt betreibt der Chinese Tzöl Zai Chung, selbst TU-Absolvent, mit seinem „Zentrum für Technische Zusammenarbeit", das Kontakte zwischen ehemaligen Studenten aus Entwicklungsländern und Berliner Firmen vermittelt. Dank dieser Vermittlung liefert etwa eine deutsche Firma inzwischen Know-how und Kapital für eine Neonlichtschalter-Fabrik in Indonesien.

Aber auch im wissenschaftlichen Bereich, in dem sich Erfolge nicht in vergleichbarer Form „sichtbar" machen lassen, scheinen durch die Stiftungen vermittelte und finanzierte zusätzliche Studienaufenthalte sinnvolle Ergebnisse zu zeitigen. So konnte KASt-Altstipendiat Roberto Mayorga Lorca, Jurist und inzwischen Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der chilenischen Universität von La Frontera, kürzlich in Deutschland eine Arbeit über die rechtliche Stellung von Ausländern in der Bundesrepublik vorbereiten. Er hofft, damit einen Beitrag zur internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu leisten.

Die generelle Frage, ob die Ausgabe erheblicher öffentlicher Mittel für die Förderung ausländischer Stipendiaten gerechtfertigt erscheint, ist schwer zu beantworten. (Zur Illustration: Der Etat 1983 der Humboldt-Stiftung betrug 4 Millionen, der des DAAD 2,25 Millionen, die KASt wird im nächsten Jahr 5 Millionen zur Verfügung haben.) Sicherlich wird es niemandem in den Sinn kommen, diesen Weg der Entwicklungshilfe und auch der Förderung eigener wirtschaftlicher und politischer Interessen schlicht zu sperren.

Entwicklungsarbeit, die in Zahlen kaum meßbar ist

Aber wie, was und wo man verbessert, das muß nach Art der Förderung – Haupt-, Aufbau-, Promotionsstudium oder Spezialisierungsprogramm –, nach Fachrichtung – Wirtschaft, Recht, Medizin oder Geisteswissenschaften, technische Fächer, Verwaltungslehre oder Sozialberufe – und nicht zuletzt nach den Ursprungsländern, deren gesellschaftliche und politische Bedingungen sich nicht unerheblich voneinander unterscheiden, differenziert werden.

Benjamin Ramirez Baracaldo, dem die KASt von 1974 bis 1977 ein Vertiefungsstudium finanzierte und der heute Direktor des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Santo Tomás in Bogotá ist, nennt einen interessanten Aspekt der Auswirkungen seines Deutschland-Studiums. Die Arbeit mit den Genossenschaften habe ihm gezeigt, daß es ein Instrument gebe, um in seinem Land Veränderungen ohne Gewaltveränderungen herbeizuführen. „Die Bedeutung solcher Entwicklungshilfe", schreibt er, „kann aus ökonomischer Sicht nicht einmal annähernd bewertet werden."

Genscher spricht von „schlimmer Entgleisung“

AP/DW. Bonn

Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat dem stellvertretenden IG-Metall-Vorsitzenden Rudolf Judith vorgeworfen, auf dem Kölner DGB-Mitbestimmungskongreß eine „öffentliche Verständniserklärung für den Terrorismus“ im Zusammenhang mit der FDP-Kritik an den Gewerkschaftsvorstellungen zur Montanmitbestimmung abgegeben zu haben.

Judith hatte auf dem Kölner DGB-Mitbestimmungskongreß auf die Kritik des bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner erklärt, wenn Brunners Auffassung das „Bild der Demokratie“ sei, bekomme er „so langsam auch Verständnis für Terroristen“. Brunner hatte zuvor den DGB-Wünschen nach Verlängerung der Montanmitbestimmung eine Absage erteilt und diese als „unheilige Allianz zwischen Großunternehmen, Gewerkschaften und Politik“ sowie als „Kartell der Unbeweglichkeit“ bezeichnet.

Genscher forderte in einem Gespräch mit der „Bild“-Zeitung die Führung des DGB und Judith auf, „diese schlimme Entgleisung“ vom Tisch zu nehmen. „Am Terrorismus müssen sich die Geister scheiden.“ Die Entgleisung Judiths bestärke die FDP in „unserer Überzeugung, daß die Mitbestimmung den ohnehin schon mächtigen Funktionären nur noch mehr Macht geben soll“, sagte der FDP-Politiker, der erneut betonte, daß die „auf den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen gestellte Mitbestimmungskampagne Gift für die Arbeitsplätze“ sei.

Zu mehr „kämpferischer Vertrauensarbeit“ hat dagegen die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Anke Fuchs, den DGB aufgefordert. Je größer der Sozialabbau werde, desto mehr Ruhe kehre bei den Arbeitnehmerorganisationen ein. Es könne nicht hingenommen werden, „daß die Leute die neue Armut ganz normal finden“, kritisierte Frau Fuchs den DGB.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632

„Spenden müssen bis zur nächsten Ernte reichen“

DRK-Präsident Sayn-Wittgenstein zum Thema Afrika-Hilfe

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Wir haben immer schon erklärt, daß wir Spendengelder für Afrika-Hungergebiete so einsetzen, daß für die Betroffenen der Anschluß an die nächste Ernte erreicht wird.“ Mit diesem Hinweis tritt der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, dem Eindruck entgegen, die am 23. Januar 1985, dem „Tag für Afrika“ von den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland gespendeten rund 120 Millionen Mark würden auf den Konten der Hilfsorganisationen gehortet.

In einem Gespräch mit der WELT bedauerte der Präsident gestern, daß eine „Gemeinsame Erklärung“ dieser Organisationen zu einem am 28. März vom Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) gesendeten Bericht unter dem Titel „Gesucht wird eine 100-Millionen-Mark-Spende“ mit viel Kritik an der Spendenpraxis nicht überzeugend genug ausgefallen sei. In dieser Erklärung hatten sich die Hilfswerke Diakonisches Werk, Caritas, Deutsche Welthungerhilfe, DRK und die zu einer für den Sammeltag zu einer „Gemeinschaftsaktion Afrika“ zusammengeschlossenen kleineren Organisationen „bestürzt“ darüber gezeigt, daß der Film von Autor Wolfgang Korruhn aus Köln „böswillige Interpretationen unstrittiger Fakten“ enthalte. Er sei geeignet, „Spender zu verunsichern“.

DRK-Präsident Sayn-Wittgenstein, der für das Rote Kreuz als Ergebnis des Sammeltages 18,3 Millionen Mark erhielt, rügt an der Sendung vor allem das, was hier ausgelassen worden sei. Seine Organisation habe von 1984 bis Januar 1985 für 47 Millionen Mark Güter, darunter neben Nahrungsmitteln vor allem Lastkraftwagen zum Weitertransport, in Hungerzonen Afrikas gebracht. Monatlich gingen allein vom DRK 2000 Tonnen Lebensmittel über den Sudan in das äthiopische Tigre-Gebiet. Am 10. März (dem laut Ankündigung des Fernsehens Abschlußtermin für den Film) seien 2,6 Millionen Mark nach Angola gegangen.

Das zusätzliche Spendenvolumen, für das nicht von einem Tag auf den anderen mehr Personal eingestellt werden könne, habe freilich organisatorische Probleme geschaffen, aber schließlich sei der Eingang der Gelder, anders als das im Film zum Ausdruck gekommen sei, nicht von einem Tag auf den anderen erfolgt, sondern er sei in mehreren Wochen verbucht worden. „Völlig abwegig“ nannte es der Präsident, die Situation so darzustellen, als ob die Afrika-Hilfe der deutschen Organisationen praktisch mit dem 23. Januar 1985 erst eingesetzt hätte.

Während das „Bischöfliche Hilfswerk Misereor“ in einer an die Presse gegebenen Erklärung tadelt, daß die für den Film befragten Repräsentanten der einzelnen Organisationen „aufs Kreuz gelegt“ worden seien, um „Beweise für ein Machwerk zusammenzutragen, das vor allem von der bedenkenlosen Verzerrung lebt“, steht Wolfgang Korruhn weiter zu seiner Aussage. Die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten (ARD), die maßgebend an der Vorbereitung und Werbung des „Tags für Afrika“ beteiligt war, habe es „interessant“ gefunden, sich weiterhin um den Verbleib des gesammelten Geldes zu kümmern, sagte Korruhn am Sonntag auf Anfrage der WELT. Die bisherige Zuschauer-Reaktion (es gingen bis Sonntag rund hundert Anrufe und schriftliche Anfragen ein) ließe erkennen, daß die Spendenfreudigkeit beim Publikum keineswegs gebremst sei. Die Leute würden nur sagen, daß sie künftig „gezielter spenden“ wollten.

In den Mittelpunkt seiner Zielrichtung rückt Korruhn die Absicht, „gemeinsam zu sehen, wo man etwas verbessern kann“. Dazu gehöre auch eine bessere Kontrolle über den Abfluß der Gelder. Bei der Caritas habe er, wie auch im Film dargestellt, erfahren, daß die Prüfung über das Büro „Solidaris“ erfolge, ein Haus in der Nachbarschaft der Stuttgarter Verwaltung, wo die Caritas über eine Steuerprüfgesellschaft Mitgesellschafter sei.

Ausschlaggebend für den „Tag für Afrika“ war der Filmbericht des englischen BBC-Berichterstatters Michael Burg, von dem im Oktober 1984 Teile in der Bundesrepublik gesendet wurden und eine Welle der Hilfsbereitschaft auslösten. Das Niederländische Fernsehen brachte 16 Stunden Afrika-Hunger auf die Bildschirme und rief zu einer Spendenaktion auf, die in dem kleinen Land rund 70 Millionen Mark einbrachte. Dies war das Vorbild für die deutsche Aktion.

McCloy Beispiel für „Kraft der Demokratie“

DW. Bonn

Die Staats- und Regierungsspitze der Bundesrepublik Deutschland hat gestern dem ehemaligen US-Militärgouverneur und Hochkommissar für Deutschland, John J. McCloy, zum 90. Geburtstag gratuliert. Bundespräsident Richard von Weizsäcker würdigte das Engagement des Jubilars nach dem Kriege in Europa. „Gerade diese Zeit zeigt aufs eindrücklichste, was für Ihr Denken und Handeln stets maßgebend gewesen ist: der Glaube an die Freiheit und an die Kraft der demokratischen Lebensform“.

Bundeskanzler Helmut Kohl betonte, daß McCloy „entscheidende Beiträge beim Aufbau eines neuen demokratischen Staatswesens in der Bundesrepublik Deutschland“ geleistet habe. „Wir werden Ihnen stets für die Freundschaft, die Sie den Deutschen gezeigt haben, dankbar sein“, versicherte der Bundeskanzler in seinem Schreiben. „Ohne Ihren unermütlichen Einsatz für die Entwicklung dieser Freundschaft wäre der Bau der deutsch-amerikanischen Verbundenheit nicht so fest und dauerhaft gefügt worden.“

Engholm sieht neuen Freiraum in Polen

DW. Lübeck

Die Volksrepublik Polen findet nach Ansicht des schleswig-holsteinischen Oppositionsführers Björn Engholm (SPD) behutsam zur Normalität zurück. Nach der Rückkehr von einem sechstägigen Informationsbesuch in verschiedenen Städten des Landes sagte der SPD-Politiker gestern in einem dpa-Gespräch, nach seinem Eindruck sei neben Ungarn heute in Polen das „relativ größte Maß an innerer Freiheit vorhanden“. Die politische Führung Polens sei offensichtlich bereit, den „geistigen Pluralismus zur Normalität zu machen“.

Bei Gesprächen mit Politbüro-Mitgliedern, Schriftstellern, Theaterleuten und dem Rektor der Universität Krakau habe er aber auch festgestellt, daß Polen heute stärker als je zuvor auf der „Suche nach sich selbst, nach einer neuen Identität ist“. Für Staat, Kirche und Intellektuelle gelte es jetzt, einen Kompromiß zu finden, wenn „Polen auf lange Sicht eine Chance haben soll“.

Mit kessen Sprüchen nimmt Brüderle B. Vogel aufs Korn

„Kandidat für die goldene Schlafmütze“ / FDP in Rheinland-Pfalz mit viel Selbstvertrauen

J. NEANDER, Deidesheim

Selbst alte Mitglieder erinnern sich nicht, daß auf einem FDP-Parteitag in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren so ausdauernd gejubelt worden wäre wie am Samstag in Deidesheim in der Pfalz. Dabei ist es erst zwei Jahre her, daß die Freien Demokraten zum erstenmal in der Geschichte des Bundeslandes aus dem Landtag herausgewählt wurden.

Zwar spielten die Wahlerfolge in Berlin, an der Saar und teilweise in Hessen für die Stimmung dieses Parteitages gewiß eine Rolle. Doch die Reden und Diskussionsbeiträge machten deutlich, daß man hier nicht nur die Muskeln anderer Leute spielen ließ. Diese FDP scheint der Landtagswahl 1987 fast entgegenzufiebern. Wie weit die Träume und Hoffnungen reichen, zeigte der Halbliterschoppen Pfälzer Weins, den ein heimischer Delegierter dem mit triumphalen 97 Prozent der Stimmen wiedergewählten Landesvorsitzenden Rainer Brüderle (Mainz) reichte. Er trug die Aufschrift: „7–11 Prozent“, was sowohl die FDP-Wahlprozente als auch die Alkoholprozente pfälzischen Weins anzeigen sollte.

Dieser Rainer Brüderle, 39 Jahre alt und von Beruf Wirtschaftsdezernent der Stadt Mainz, den seine total zerstrittene Partei nach der Wahl 1983 als quasi Notvorstand an ihre Spitze berief, hat offenbar das Beste draus gemacht. Aller Streit scheint begraben. Die Komplimente prasselten auf den Vorsitzenden nur so hernieder. Ausgerechnet der Sprecher der Jungen Liberalen war es, der ein wenig warnte: Die letzten 100 Meter vor einer Wahl seien die schwersten.

Brüderle bewies erneut, daß er, was kesse Sprüche betrifft, zur Zeit in Rheinland-Pfalz keine Konkurrenz zu fürchten braucht. Er verteilte sie – in der Sache keinen Zweifel an seiner Loyalität zur Politik der Bonner Koalition lassend – gleichmäßig auf Parteien und Personen. Hans-Jochen Vogel erhielt von ihm den Titel „Rudi Ratlos der Bonner Politik“. Bruder Bernhard Vogel schlug er für einen neu zu schaffenden Preis vor, die „Goldene Schlafmütze für verspätetes Handeln in der Politik“.

Sachliche Kritik konzentrierte er vor allem auf die Wirtschafts- und Medienpolitik der Landesregierung. Genüßlich zitierte er aus einer Emnid-Umfrage unter Managern, die Rheinland-Pfalz, was seine Attraktivität für Industrieansiedlungen betrifft, in der Tat als Schlußlicht unter den Unions-Ländern zeigt, nur noch vor Hamburg, Bremen und Hessen. Die Unfähigkeit der Landesregierung, für schnellere Kabelanschlüsse beim Kabelpilotprojekt Ludwigshafen zu sorgen, berge die Gefahr, daß das Land hier alle Zukunftschancen verschlafe. Die rheinland-pfälzische SPD wiederum schleiche in „grünen Tarnkappen“ durchs Land. 102 Jahre nach dem Tode von Karl Marx grabe sie verstaubte Altparolen wieder aus. Im Landtag habe sie ein Dauerabonnement für Opposition – „mit Recht“.

Für den Fall, daß die Landesregierung auch 1987 wieder Bundestags- und Landtagswahl auf einen Tag legen wolle, kündigte Brüderle, ermutigt durch einen einstimmigen Parteitagsbeschluß, eine Verfassungsklage an. Wenn der Bundestag im Februar 1987 gewählt werde, könne die Landtagswahl durchaus auf den Spätherbst 1986 vorgezogen werden.

Politische Beobachter rechnen in der Landespolitik mit einer Abkühlung des Klimas zwischen CDU und FDP. In einem Interview hatte vor einigen Tagen erstmals auch Ministerpräsident Vogel (CDU) die Attacken Brüderles mit bemerkenswerter Deutlichkeit zurückgewiesen. Für den Fall einer CDU/FDP-Koalition nach 1987 gilt der FDP-Vorsitzende als fast sicherer Kandidat für das Amt des Wirtschaftsministers.

IG Bau setzt auf den Umweltschutz

Investionsschwerpunkt von der Bundesregierung gefordert / Fachtagung in Nürnberg

DANKWARD SEITZ, Nürnberg

Es ist paradox: Der Baubedarf in der Bundesrepublik, und darin sind sich alle Experten einig, ist „ungeheuer groß“. Allein bei den Kommunen ist es in den letzten vier Jahren zu einem Investitionsstau von mehr als 40 Milliarden DM gekommen. Gleichzeitig befindet sich jedoch die deutsche Bauwirtschaft, in schwierigen Zeiten als größter binnenmarktorientierter Wirtschaftszweig immer die Konjunkturlokomotive Nummer 1, auf einer ungebremsten Talfahrt. Die Folge: 300 000 arbeitslose Bauarbeiter, für weitere 200 000 ist Kurzarbeit angemeldet.

Um dieser Entwicklung nicht länger sprach- und tatenlos zusehen zu müssen, hat jetzt die IG Bau-Steine-Erden auf ihrer Fachtagung „Bauen und Umwelt“ im Nürnberger Messezentrum eindringlich erneut ihre Forderung nach einem langfristigen Umweltschutzprogramm unterstrichen. Schon mit einem Investitionsvolumen von 15 Milliarden DM jährlich in den Bereichen Städtebau, Energie, Verkehrsberuhigung, Luft- und Wasserreinhaltung könnten, so der Gewerkschaftsvorsitzende Konrad Carl, „nicht nur positive Effekte für die Umwelt erreicht werden, sondern auch 400 000 Arbeitsplätze geschaffen oder zumindestens gesichert werden“.

Schneider erntete Unmut

Dagegen sei es eine „gigantische Verschwendung unseres gesellschaftlichen Reichtums“, so Carl, wenn pro Jahr rund 55 Milliarden DM für die Arbeitslosigkeit und etwa ebensoviel für Umweltschäden aufgebracht werden müßten. Wenn dem nicht gegengesteuert werde, gäbe es „eines Tages keinen Ausweg mehr aus der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Sackgasse“. Zudem sei es „volkswirtschaftlich unsinnig“, heute Baukapazitäten abbauen zu müssen, wenn sie morgen wieder fehlten.

Volle Unterstützung fand der IG-Bau-Chef dabei auf einer im Rahmen der Fachtagung stattfindenden Podiumsdiskussion bei dem Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günter Herion, und des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Fritz Eichbauer. Beide bedauerten, daß ihre schon vor Jahren erhobenen Forderungen nach Aufstockung der ERP-Mittel um 10 Milliarden DM bzw. eines 5-Milliarden-DM-Umweltprogrammes von Bonn nicht aufgenommen worden seien. Im Vergleich zu den gewährten Hilfen für die Stahlindustrie und Landwirtschaft seien diese Belastungen zudem relativ gering. Alle derartigen Vorstöße seien letztendlich am Bundesfinanzminister und seinem harten Sparkurs gescheitert.

Allzu verständlich war es da, daß Bundesbauminister Oscar Schneider – unter Unmutsbezeugungen der etwa 120 Zuhörer – mehrfach beteuerte, daß die Bundesregierung bereits einiges getan habe. Er verwies dabei unter anderem auf die Bereitstellung verschiedenster zinsgünstiger Kredite an die Gemeinden, das höhere Wohngeld, Verkürzung der Bindefristen für Bausparmittel und die Erweiterung der Bürgschaftsrahmen für Hypotheken-Darlehen. Damit sei bereits bewiesen worden, daß Bonn „die Bauwirtschaft mit ihren Anpassungsproblemen nicht allein läßt“. In dem vorgeschlagenen umfassenden Umweltschutzprogramm aber sehe die Bundesregierung „keinen geeigneten Weg, die Beschäftigungsprobleme zu lösen und die Umweltbelastungen mit möglichst geringen Kosten wirksam zu verbessern“.

Aus der Vergangenheit wisse man, so Schneider, daß beschäftigungspolitische Programme nicht geeignet seien, Probleme dauerhaft zu lösen. Daran ändere auch eine sinnvolle Zielsetzung nichts. Auf keinen Fall dürfen solche Programme mit hohen Subventionen durchgeführt werden, zudem müßten sie solide vorbereitet und dauerhaft im Haushalt abgesichert sein. Schneider: „Es wäre gefährlich, den Eindruck zu erwecken, es gäbe einfache Lösungen.“ Zudem handele es sich in der Mehrzahl um Aufgaben der Gemeinden. Die seien aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten, wobei sie finanziell besser dastünden als Bund und Länder.

Dem hielten Herion und Eichbauer entgegen, daß es statt dringender Appelle an die Gemeinden erforderlich sei, ihnen verstärkte Investitionsanreize zu bieten. Vorhandene Haushaltsmittel sollten wieder von konsumptive in investive Vorhaben umgelenkt werden. Der IG-Bau-Chef schlug dagegen ein Finanzierungsmodell vor, daß auf dem Verursacher- und dem Gemeinlastprinzip basiert. So sollte auf alle Energiearten ein „Umweltpfennig“ erhoben werden.

Appell an Bonn

Entschieden wandte sich Carl gegen den Begriff „Subvention“. Am Bau habe es nie „die reine Lehre der freien Marktwirtschaft“ gegeben. Denn zum einen sei die öffentliche Hand immer der größte Auftraggeber für den Bau gewesen und bis vor kurzem sei der Nutzen von politischen Vorgaben verschiedenster Art, auch von Programmen, für die bauwirtschaftliche Entwicklung her von keiner Regierung bestritten worden.

Übereinstimmend forderten Carl, Herion und Eichbauer die Bundesregierung auf, wenigstens über dieses oder ein ähnliches Programm schon jetzt, vor einem möglichen drastischen Rückgang des US-Dollar-Kurses, nachzudenken. Dann nämlich, wenn der Exportboom eines Tages die Konjunktur nicht mehr tragen könne, stünde Bonn spätestens wieder vor der Frage, wie der Binnenmarkt gestützt werden könne.

Scharnhorst und die Bundeswehr

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Führung der Bundeswehr hat sich seit nunmehr zwei Jahren darum bemüht, das Verständnis für die Pflege militärischer Traditionen zu entwickeln und zu vertiefen. Auslösendes Moment dafür waren zu Beginn der achtziger Jahre die zahlreichen mit Gewalt gepaarten krawallartigen Szenen bei öffentlichen Gelöbnisfeiern der Truppe und bei der Aufführung des Großen Zapfenstreiches. Unvergessen sind die Gruppen der Radaumacher auf dem Bonner Marktplatz, als die Bundeswehr 1980 ihr 25jähriges Bestehen mit einem Großen Zapfenstreich beging.

Eine vom Generalinspekteur beauftragte Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus allen Teilstreitkräften hat inzwischen die geistigen Grundlagen für eine angemessene Traditionspflege in der Bundeswehr überdacht und ist dabei zu einigen bemerkenswerten Ergebnissen gelangt, die künftig die Richtlinien für die militärische Traditionspraxis bilden sollen. Sie sollen in das Weißbuch über die Bundeswehr eingearbeitet werden, dessen Entwurf die Bundesregierung am 10. April verabschieden will und das im Juni veröffentlicht werden soll.

Als bestimmende Grundlagen für das Selbstverständnis der Soldaten und daraus folgernd das Traditionsverständnis der Bundeswehr werden die Wertordnung des Grundgesetzes und das darin enthaltene Friedensgebot, die Bindung an das Gewissen sowie das Leitbild der Inneren Führung, des Staatsbürgers in Uniform, gesehen. Der Schlüsselsatz dieser Erkenntnis lautet: „Nur was vor der Wertordnung des Grundgesetzes Bestand hat, kann traditionsbildende Bedeutung für die Bundeswehr haben.“ Und weiter: „Dies ist eine klare Absage an Ziele, Inhalte und Symbole der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

Dennoch wird von der Arbeitsgruppe moderne militärische Traditionspflege nicht nur als Gegenbild zu Vergangenem betrachtet. Vielmehr soll die deutsche Geschichte Lehrmeister für sie sein. Denn, so wird gesagt: „In der Traditionspflege der Bundeswehr sollen solche Zeugnisse, Haltungen und Erfahrungen aus der Geschichte bewahrt werden, in denen Wertvorstellungen zum Ausdruck kommen, die für unsere Zeit beispielhaft und überlieferungswürdig sind. Und zusätzlich: „Der durch das Grundgesetz auf Verteidigung festgelegte Auftrag der Bundeswehr und ihre Einordnung in den demokratischen Rechtsstaat sind eindeutige Folgerungen, die aus der Geschichte gezogen worden sind.“

Als Erfahrungen und Beispiele, soweit sie „tradiert zu werden verdienen“, werden erwähnt „zahlreiche Beispiele menschlicher Bewährung und soldatischer Leistung“ von der Reformzeit des frühen 19. Jahrhunderts über die Tapferkeit und Leiden deutscher Soldaten in Krieg, Gefangenschaft und beim Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft bis hin zu Soldaten der Bundeswehr, die ihr Leben gaben, um das Leben anderer zu retten.

Besonders erwähnt wird von der Arbeitsgruppe der preußische Reformer Scharnhorst, dessen Geburtstag, der 12. November, zum Gründungstag der Bundeswehr (1955) gemacht worden war. Mit Scharnhorst, so heißt es in den neuen Gedanken zur Traditionspflege, wollten die Gründer der deutschen Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland die Brücke aus der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft schlagen. Scharnhorsts Postulat, daß „alle Bewohner des Staates ... geborene Verteidiger desselben“ sein sollen und „Armee und Nation inniger zu vereinen“ seien, gelten heute als bleibende Verpflichtung auch für die Bundeswehr.

Mit allem Recht wird darauf hingewiesen, daß die Bundeswehr inzwischen auf eine längere eigene Geschichte zurückblicken kann als Reichswehr und Wehrmacht zusammen. Sie könne auf „eigene traditionswürdige Leistungen“ verweisen. „Mehr noch als Überlieferungen aus früherer deutscher Geschichte“ bestimmten deshalb diese das Selbstverständnis der Bundeswehr und ihr Gesicht in der Öffentlichkeit.

Abschließend wird die Aufgabe von der Arbeitsgruppe so zusammengefaßt: „Traditionspflege soll Bewährung soldatischer Tugenden überliefern und geschichtlich Bedeutsames bewahren. Sie soll den Soldaten helfen, ihren Auftrag besser zu verstehen, ihr staatsbürgerliches Engagement zu festigen und bindende sittliche Maßstäbe für soldatisches Handeln zu erkennen. Traditionspflege muß Offenheit und Mut zur Bildung neuer Traditionen einschließen. Sie setzt aber die Geduld voraus, Entwicklungen reifen zu lassen.“

USA und UdSSR sprechen über Nicholson

DW. Washington

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion wollen in Zukunft Zwischenfälle wie die Erschießung des amerikanischen Majors Arthur Nicholson in der „DDR" durch einen sowjetischen Wachposten vermeiden. Wie der sowjetische Botschafter in Washington, Anatoli Dobrynin, nach einem Gespräch mit US-Außenminister George Shultz mitteilte, einigten sich beide Seiten auf Gespräche zwischen amerikanischen und sowjetischen Kommandeuren in Europa, bei denen entsprechende Vorkehrungen vereinbart werden sollen. Shultz ließ nach dem 70 Minuten dauernden Gespräch mit Dobrynin durch einen Mitarbeiter mitteilen, er sei „sehr zufrieden über diese Vereinbarung". Sie habe zum Ziel, daß es keine Wiederholung eines derartigen Zwischenfalls gibt. Das Treffen zwischen Dobrynin und dem amerikanischen Außenminister war auf Wunsch von Shultz zustandegekommen.

Major Nicholson hatte der amerikanischen Militärmission in der „DDR" angehört und war am Sonntag vergangener Woche erschossen worden, als er in einem Gebiet fotografierte, das früher militärisches Sperrgebiet war. Der Sarg mit der Leiche des Erschossenen war am Freitag vergangener Woche an Bord eines US-Militärflugzeuges in Washington eingetroffen, wo Nicholson auf dem Heldenfriedhof Arlington beigesetzt werden sollte.

Neue Kämpfe in Südlibanon

DW. Beirut

Die Kämpfe zwischen christlichen und moslemischen Milizen sowie Palästinensern nahe der südlibanesischen Stadt Sidon haben sich am Wochenende verschärft, während israelische Truppen einen weiteren Vorstoß über ihre neue Frontlinie unternahmen. In Westbeirut wurde ein vor 16 Tagen entführter Brite freigelassen. Nach Augenzeugenberichten belegte die Christenmiliz „Libanesische Streitkräfte" die Palästinenserlager Ain Hilweh und Mieh-Mieh am Ostrand von Sidon den ganzen Tag über mit schwerem Artilleriefeuer. Palästinenser und Moslem-Milizen antworteten mit automatischen Waffen und Panzerfäusten. Auch die libanesische Armee griff mit schwerer Artillerie gegen die „Libanesischen Streitkräfte" ein.

Israelische Truppen rückten am Samstag in Jbaa und drei umliegende Ortschaften ein. Nach Polizei- und Korrespondentenangaben wurden dabei 14 Menschen getötet und zehn verletzt, bevor die Israelis wieder abzogen.

Peking drosselt Tempo seiner Reformpolitik

Von JOHNNY ERLING

Chinas Reformenthusiasmus hat einen spürbaren Dämpfer erlitten, obwohl die Wirtschaftsergebnisse einen durchschlagenden Erfolg signalisieren. Die Botschaft des Volkskongresses, der seit vergangener Woche tagt, heißt Nüchternheit und mehr Kontrollen.

Denn das Wachstum ist, so erstaunlich es auch klingt, in den vergangenen Jahren zu schnell und dabei in wichtigen Bereichen wie Energie und Transport ungleichgewichtiger verlaufen, als die Planer es erwarteten. Finanzen, Rohstoffvorräte und die unterentwickelte Infrastruktur des Landes sind überfordert. Vor einem weiteren „blinden Wachstumskurs" warnte daher Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang.

Chinas Spitzenpolitiker Deng Xioaping, der wie üblich, nicht am Volkskongreß teilnimmt, meldete sich begleitend zu Wort. Im Gespräch mit einer japanischen Delegation beruhigte er, die Probleme der wirtschaftlichen Überhitzung und der Korruption, die Chinas Premier angesprochen hatte, seien für das Zentralkomitee nicht unerwartet gekommen. An Chinas grundsätzlichem Reformkurs werde sich nichts ändern.

Nur fünf Monate nach dem Beschluß, seine Wirtschaftsreformen auf die Industrie auszudehnen verordnet Peking dem Land eine Atempause, zu der Chinas Ökonomen geraten hatten, um das Reformwerk nicht unnötig zu gefährden. Denn die für Juli angekündigte flexiblere Lohnneufestsetzung drohte an dem Wildwuchs der Prämienverteilung im voraus zu ersticken, die vorsichtig eingeleitete Preisreform aus dem Ruder zu geraten, und ein aufgeblähter Geldumlauf brachte die Finanzpolitik ins Rutschen.

Daß der Volkskongreß bremst, bevor es etwa der Parteitag im September tun müßte, ist dabei nicht nur eine Forderung der Wirtschaftsreformer. Bis September strebt China eine Verjüngung seiner Führungsmannschaft auf allen Ebenen an. Der „Übergang" soll nicht gefährdet werden.

Unmut entschärfen

Denn so gut gerüstet wie Deng Xiaoping es noch im November vor der besorgten Armeeführung und jetzt wieder vertrat, ist China auf die Initialzündung seiner Serie von Wirtschaftsreformen nun doch nicht. Hamsterkäufe, beschwichtigte Deng, habe es nach der Ankündigung von Preisreformen zwar gegeben, aber die Lager seien voll und die Leute hätten sich wieder beruhigt. Auf dem Volkskongreß schlug Zhao Ziyang andere Töne an. Der Inlandsmarkt verfüge zwar über große Kapazitäten, aber keine noch so reichen Vorräte würden eine hektische Massennachfrage ertragen.

Eine Konsolidierungsphase soll den Unmut in der städtischen Bevölkerung entschärfen. Die offiziell auf vier Prozent veranschlagte Inflationsrate verdeckt, daß längst bei vielen Bedarfsartikeln weit höhere Preissteigerungen hingenommen werden müssen. Mit der rasch gestiegenen Kaufkraft hielt das Angebot auf den Märkten nicht mehr Schritt. Zum Frühlingsfest im Februar traten wieder in den Städten Knappheiten auf und erzeugten eine Stimmung, die die Probleme nur allzuleicht den Reformen in die Schuhe schiebt.

Die Abkühlung setzte Anfang März ein. Deng Xiaoping trat vor die Nation und formulierte drastisch: „Wenn unsere Politik zur Polarisierung führt, dann wären wir auf einem Irrweg und in der Tat gescheitert". Er bezog sich damit auf Pekings Devise „reich zu werden", die von vielen Funktionären allzu wörtlich genommen wurde.

Scharfe Kontrollen

Drastisch schrieb die Pekinger „Volkszeitung", Bestechung und andere Verfehlungen drohten die Reformen Chinas zu hintertreiben. Mit einem Rundumschlag griff die Parteiführung darauf zu den vertrauten administrativen Maßnamen. Zirkulare des Staatsrates kündigten scharfe Preis-, Kredit-, und Devisenkontrollen an, und die Presse prangerte die Korruption an.(WELT v. 21.3).

Ergänzend, so der Volkskongreß, soll nun das Wachstum gedrosselt werden. Im neuen Haushaltsentwurf sind nur um 3,3 Prozent höhere Ausgaben vorgesehen, wobei – als Konzession an die Armee – erstmals seit 1980 das Militärbudget zulegen darf. Die Industrie- und Agrarproduktion soll nur noch halb so schnell wie 1984 (14,2 Prozent) wachsen. Um diese Ziele auch einzuhalten, hat hinter den Kulissen ein Revirement in Chinas Finanzorganisationen begonnen.

Die Staatsrätin und nun ehemalige Außenhandelsministerin Chen Muhua wurde neue Vorsitzende der Volksbank und auch die für den Devisenverkehr zuständige „Bank of China" erhielt einen neuen Direktor. Beide Banken sollen mit mehr Befugnissen zur finanz- und geldpolitischen Steuerung der Reformen ausgestattet werden.

Chinas Finanzminister mußte jetzt ein über die Hälfte höheres Haushaltsdefizit einräumen, als es zu Anfang 1984 erwartet worden war, eine Nachricht, auf die Peking besonders empfindlich reagiert, nachdem bereits in den Jahren 1979 und 1980 unter allerdings weit schlechterer Ausgangslage die Haushaltsdefizite zu einem vorläufigen Stopp der Reformen geführt hatten.

Auch im Verhältnis zum Ausland, soll Nüchternheit einkehren. An grundsätzliche Änderungen ist offenbar nicht gedacht. Beobachter erwarten aber eine Straffung und teilweise Rezentralisierung der inzwischen unübersichtlich verstreuten Außenhandelskompetenzen.

Athen denkt an vorzeitige Wahl

Präsident Sartzetakis vereidigt / Die Opposition verweigert weiterhin die Anerkennung

E. ANTONAROS, Athen

Nur knapp 36 Stunden nach seiner mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten erfolgten Wahl legte Griechenlands neuer Staatspräsident Christos Sartzetakis im halbvollen Plenarsaal des Athener Parlaments den Eid ab.

Die Vereidigungszeremonie wurde von den 114 Abgeordneten der bürgerlichen Oppositionspartei Neue Demokratie boykottiert, da sie Sartzetakis' Wahl aus verfassungsrechtlichen Gründen als ungültig betrachtet.

Sartzetakis, der vom Athener Erzbischof Serafeim unter Eid genommen wurde, hatte bereits unmittelbar nach seiner mit nur 180 Parlamentsstimmen zustandegekommenen Wahl die Aufforderung von Oppositionschef Konstantin Mitsotakis zurückgewiesen, er sollte sein Amt gar nicht antreten. In seiner ersten öffentlichen Rede versprach der 55jährige parteilose Richter mit Nachdruck, daß er „ein Präsident aller Griechen im Geist der Überparteilichkeit und politischen Objektivität" zu sein gedenke.

Mitsotakis, der auch einer weiteren Zeremonie am Sonntagvormittag fernblieb, bei der die Regierung, das Parlament, die Armeespitze und die in Athen akkreditierten Botschafter Sartzetakis zu seiner Wahl beglückwünschten, erneuerte seine Forderung nach Abhaltung von sofortigen Parlamentswahlen. Allein das Volk könne entscheiden, ob die Sozialisten richtig gehandelt hätten, sagte er.

Diese von der Opposition so nachdrücklich verlangten vorgezogenen Parlamentswahlen – fällig erst im Oktober – scheinen nicht mehr ausgeschlossen zu sein: Auf dem Flug von Brüssel nach Athen ließ der sozialistische Ministerpräsident Andreas Papandreou, der das Ende des EG-Gipfels gar nicht abwartete und zur Vereidigung Sartzetakis' nach Griechenland zurückeilte, deutlich erkennen, daß er unter gewissen Voraussetzungen für einen vorgezogenen Wahltermin ebenfalls zu gewinnen wäre.

So sagte er, daß „entweder ich oder der Oppositionsführer beim Staatspräsidenten die Abhaltung von Frühwahlen aus nationalen Gründen beantragen werde". Papandreou schloß nicht einmal aus, daß sich Regierung und Opposition möglicherweise über den Wahltermin einigen könnten. Zugleich verdeutlichte er allerdings, daß die Verabschiedung der von ihm eingeleiteten Verfassungsreform in erster und zweiter Lesung durch das jetzige Parlament eine Vorbedingung für vorgezogene Wahlen sei.

Kaum wahrscheinlich ist, daß eine Einigung über den Wahltermin zustandekommen könnte. Nach Papandreous Zeitrechnung können die Wahlen frühestens Ende Mai, höchstwahrscheinlich im Juni stattfinden, weil die Parlamentsdebatte über die Einschränkung der Vollmachten des Staatsoberhauptes erst diese Woche beginnt. Die beiden ersten Abstimmungen müssen aber im Abstand von mindestens 30 Tagen stattfinden.

Mitsotakis hingegen besteht darauf, daß die Wahlen „unverzüglich", also möglichst schon in der ersten Maihälfte, stattfinden müßten. *Dadurch hofft er, von der Unsicherheit* und der Unzufriedenheit zu profitieren, die durch die Kaltstellung des bisherigen Staatschefs Karamanlis durch die Sozialisten entstanden sind. Aber gleichzeitig will er das rasante Tempo der von den Sozialisten geplanten Verfassungsrevision verlangsamen. (SAD)

Madrid: Justiz und Parlament im Clinch

Verfassungsgericht angerufen / Streit zeigt Unzufriedenheit in der Regierungspartei

ROLF GÖRTZ, Madrid

Polemische Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Alfonso Guerra über das spanische Justizwesen und insbesondere über das Verfassungsgericht lösten eine Protestwelle unter Rechtsgelehrten und den ersten Kompetenzstreit zwischen zwei wichtigen Staatsorganen der jungen Demokratie in Spanien aus: Justiz und Parlament stehen im Clinch.

Der Streit entspricht der zunehmenden Nervosität der sozialistischen Regierung wegen der wachsenden Unzufriedenheit in den Reihen der eigenen Partei. Weil Alfonso Guerra die Unabhängigkeit der Rechtsprechung in Frage stellte, beschloß der „Generalrat der rechtsprechenden Gewalt" – das höchste Organ der spanischen Justiz –, das Verfassungsgericht anzurufen.

Das oberste Tribunal soll entscheiden: ob alle Mitglieder des Generalrates vom Parlament (Kongreß und Senat) gewählt werden, ob die Reglementierung des Justizwesens Angelegenheit der Regierung sein soll. Beides ist in einem Gesetzesentwurf der Regierung enthalten.

Die Verfassung setzte den Generalrat als das leitende Organ unabhängiger Rechtssprechung ein. Nach Artikel 122 setzt sich dieses Gremium aus einem Präsidenten (oberster Richter) und 20 Ratsmitgliedern zusammen, davon „zwölf Richter aller Justizklassen ..., vier auf Vorschlag des Kongresses und vier auf Vorschlag des Senats". Sollten in Zukunft auch die bisher unabhängigen Richter vom Parlament und nicht von der neutralen Justizverwaltung bestimmt werden, „dann geht die Unabhängigkeit der Richter und der Gerichte in die Hände einer Gruppe von Politikern und der sie kontrollierenden Parteien über", stellte der angesehene Rechtsgelehrte Carreras von der Universität Navarra fest. Eine derartige Politisierung des Justizwesens könnte das Verfassungsgericht zum Rücktritt bewegen, befürchtete dessen Vorsitzender Garcia Pelayo.

Was hier als Kompetenzstreit erscheint, muß vor einem innenpolitischen Hintergrund gesehen werden, vor der gefährlichen Auseinandersetzung der in ihrer ideologischen Orientierung keineswegs ausgeglichenen Regierungspartei. Denn nicht die parlamentarische Opposition gefährdet die Regierung González, sondern die zunehmende und erfolgreiche Kritik der Parteiideologen. Sie werfen der pragmatisch geführten Regierung vor, „sozialistische Grundsätze zu verraten". Tatsächlich entsprechen weder die Wirtschaftspolitik noch die Sicherheits- und Außenpolitik dem angekündigten Programm der González-Partei.

Der Gegensatz zwischen sozialistischer Theorie und Regierungspraxis müßte nicht besonders ernst genommen werden, wenn nicht die bevorstehende Volksbefragung über Verbleib oder Nichtverbleib in der NATO als ein Plebiszit über die Regierungspolitik insgesamt bewertet werden müßte. Unter diesem Aspekt kommt zum Beispiel der erfolgreichen Anti-NATO-Kampagne des Chefs der Gewerkschaft UGT, Nicolás Redondo, eine besondere Bedeutung zu.

Um die Kritik des eigenen Lagers zu besänftigen, bemüht sich die Regierung um Reformen im Erziehungs- und Rechtswesen, deren Grundlinien bisher im wesentlichen von der Kirche gestaltet wurden. Nach dem Scheidungsrecht ist deshalb die beschlossene Straffreiheit der Abtreibung in bestimmten Fällen besonders wichtig.

Wie jetzt durchsickert, wird jedoch das Verfassungsgericht in Kürze die Zulassung der Abtreibung – in Übereinstimmung mit der katholischen Mehrheit der Bevölkerung – ablehnen. Um nun dieser Entscheidung den enttäuschenden Überraschungseffekt zu nehmen, attackierte Alfonso Guerra das Verfassungsgericht und die Justiz mit Bemerkungen, die offensichtlich den linken Flügel der Partei bei der Stange halten sollen.

Er nannte die Ablehnung des Abtreibungsgesetzes eine „Entscheidung des 18. Jahrhunderts", die eine „Maschinerie der Gnadenerlasse" durch die Regierung in Gang setzen würde. Es dürfe doch nicht wahr sein, „daß die Reformen der sozialistischen Regierung von zwölf Personen (des Verfassungsgerichtes) gebremst werden, die nicht durch das Volk gewählt sind". Zum Ende der von Montesquieu seinerzeit errungenen Gewaltenteilung sagte er nur: „Der Herr ist doch schon so lange tot." (SAD)

Anschlag auf jüdisches Kino in Paris

DW. Paris

Bei einer Bombenexplosion während eines jüdischen Filmfestivals in einem Kino im Zentrum von Paris sind nach Angaben der Feuerwehr 18 Menschen verletzt worden. Drei davon erlitten schwere Verletzungen. Die Polizei hatte zunächst von rund 20 Verletzten gesprochen. Augenzeugen erklärten, die Bombe sei offenbar unter einer der hinteren Sitzreihen deponiert worden. Der gaullistische Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, der sich sofort an den Ort des Geschehens begab, sprach von einem „blinden rassistischen Anschlag". Feuerwehrbrigaden rasten zu dem Kino Rivoli Beaubourg und löschten einen Brand, der in Anwesenheit von etwa 50 Zuschauern in dem Saal ausbrach. Innenminister Pierre Joxe, der sich ebenfalls zu dem Kino begab, wurde mit der Angabe zitiert, daß das Kino ab sofort unter strenger Polizeibewachung stehe. Er sprach von einem „würdelosen Attentat". Augenzeugen berichteten, die Explosion habe einen Krater von etwa einem halben Meter Tiefe gerissen.

Mehrere tausend Menschen haben am Wochenende gegen den Rassismus in Frankreich demonstriert. Staatspräsident François Mitterrand drückte in einem Telegramm gegenüber der jüdischen Gemeinschaft seine Entrüstung aus. Der Führer der extrem rechts stehenden „Nationalen Front", Jean-Marie Le Pen, forderte von Innenminister Pierre Joxe eine schärfere Sicherheitspolitik.

Papst im Gespräch mit jungen Menschen

dpa, Rom

Junge Menschen aus aller Welt beherrschten am Wochenende das Stadtbild von Rom. Mit 200 000 Teilnehmern rechneten die kirchlichen Veranstalter bei dem Treffen der Weltjugend, zu dem der Papst aus Anlaß des von der UNO ausgerufenen Jahrs der Jugend für Palmsonntag eingeladen hatte. Die Jugendlichen versammelten sich vor der Kirche Sankt Johann im Lateran, um am Abend zusammen mit dem Papst zu beten. Mit Gesängen, Tänzen und Grußbotschaften schilderten sie dem katholischen Kirchenoberhaupt ihre Lage.

Der Papst rief die Anwesenden dazu auf, ihren Glauben zu bekennen und sich auch sozial zu engagieren. Die Jugend müsse sich „an der großen und unabweisbaren Anstrengung der ganzen Menschheit beteiligen, um das Gespenst des Krieges zu entfernen und den Frieden aufzubauen". In einem anschließenden Friedensgebet hieß es: „Wir wollen nicht mit Kanonen und Zerstörung die Schwelle zum dritten Jahrhundert überschreiten". Die jungen Menschen kamen aus 54 Ländern, darunter auch aus Jugoslawien, Polen und Ungarn.

Die Länderchefs

mal **Manager** mal **Monarch**

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen" oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut, sie befragt und mit ihren Wählern gesprochen. Diese Folge seiner WELT-Serie porträtiert Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der sich am 12. Mai zur Wiederwahl stellt.

Ein rascher Aufstieg zur Spitze der Partei

Johannes Rau, Jahrgang 1931, Sohn eines Predigers aus Wuppertal-Barmen, leitete einen evangelischen Verlag, als er 1952 in die Gesamtdeutsche Volkspartei Gustav Heinemanns eintrat. Und mit ihm, der sein politischer Ziehvater wurde, wechselte er 1957 zur SPD. Hier war ihm dann eine rasche Karriere beschieden: 1969 bis 1970 Oberbürgermeister in Wuppertal; von 1968 an Mitglied im SPD-Bundesvorstand; seit 1978 im Präsidium der Partei; seit 1982 einer der Stellvertreter des Vorsitzenden Willy Brandt. Im Juli 1970 hatte ihn Heinz Kühn als Minister für Wissenschaft und Forschung in sein Kabinett geholt. Im Juni 1977 kandidierte Rau gegen Arbeitsminister Farthmann um den SPD-Landesvorsitz, gewann im zweiten Wahlgang und obsiegte schließlich, als es um die Kühn-Nachfolge ging, über seinen Freund Posser. Am 20. September 1978 wurde Rau mit allen Stimmen der damaligen SPD/FDP-Koalition zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen gewählt, ein Amt, das er, 1980 durch eine absolute Mehrheit bestätigt, seither innehat.

„Ich mache eben manches anders als andere"

Lachfältchen um die Augen und im Gesicht aufgeräumtes Behagen: Johannes Rau schaut drein, als dürfe er sich selbst den Stern zum Großen Verdienstkreuz an die Jacke heften. „Endlich mal wieder was, wo ich mir nicht den Kopf zerbrechen muß", sagt er und blickt von Karl Josef Denzer, dem Fraktionschef der SPD im Landtag, der zum sechzigsten Geburtstag dekoriert werden soll, in die Verleihungsurkunde: „Tja, lieber Karl, eigentlich sollte ich dir jetzt daraus deine Verdienste vorlesen. Aber da steht nicht drin, daß du ein liebenswerter Bollerkopp bist. Und da steht auch nicht drin, daß du imstande bist, freundschaftliche Gefühle anzunehmen und sie sogar zu erwidern." Alles lacht und gratuliert.

„Die menschliche Seite stimmt", flüstert mir der Hausfotograf ins Ohr, der die Szene vor dem unvermeidlichen Gobelin und den beiden ausdrucksvollen Schmidt-Rottluffs im Amtszimmer des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen festzuhalten hat. Mag auch der Argwohn allgemein sein, daß Politiker rastlos die eigene Person inszenierten, Johannes Rau führt mit sich jedenfalls kein Weihefestspiel auf. Er läßt weder, wenn er auftritt, die Luren blasen, noch eilen ihm Rauchopfer voraus. Auch jetzt zieht durch die MP-Etage in der Staatskanzlei, die er ironisch „das Pförtnerhäuschen von Mannesmann" nennt, ein trivialerer Duft: nach Mettbrötchen, Käse und Kaffee, die Rau zum Arbeitsfrühstück mit Bernhard Worms und Kurt Biedenkopf, seinen CDU-Herausforderern bei der nahen Landtagswahl, hat servieren lassen.

Opulente Repräsentation und dekorative Gesten liegen dem Protestanten aus Wuppertal so wenig, daß selbst seine Maßanzüge wie von der Stange wirken. Ein Primus, der sorgfältig verbirgt, wie viele Stunden er täglich zu Hause büffelt, weil er gerne was von einem Luftikus hätte. Drinnen Ameise und draußen Grille. Beinahe wäre Rau deswegen nicht Ministerpräsident geworden, denn der damalige Amtsinhaber Heinz Kühn hielt ihn prompt für einen Bruder Leichtfuß und favorisierte 1978 Diether Posser, heute Chef des Finanzressorts.

Man muß den eloquenten Mann, dem sich die Sätze wie von selbst toupieren, eine Weile studieren, um hinter dieses Vexierspiel zu kommen.

Beim Gespräch etwa mit jungen Leuten aus Israel, die als Gäste im Lande sind und die „so warm und so herzlich empfangen" wurden, „daß wir die Kälte des Schnees draußen kaum merkten". Die Israelis möchten einen Ausbau des Jugendaustausches, „wir müssen einander in die Augen sehen", sagt einer von ihnen, sie wollen, daß am Netz der Städtepartnerschaften weitergeknüpft werde. Rau merkt interessiert auf, als sie das „Fehlen von Minimal-Informationen über den Nahen Osten" in der Bundesrepublik beklagen; daß die Aufarbeitung der Geschichte nicht bei 1945 stehenbleiben dürfe, daß sie aber bereit seien, sich „absolut der Kritik zu stellen". Der Ministerpräsident war oft schon in Israel, das Versöhnungswerk ist ihm „ein wichtiges Anliegen, eine große Aufgabe". Als er davon erzählt, mit einem Rau-typischen „Kennen-Sie-den ... ?"-Einschub dazwischen, erwähnt er auch seine Freundschaft mit einer früheren Miß Israel. Schon echot es ihm keß entgegen: „Die würden wir auch gern kennenlernen."

Am Nachmittag dann hält der Ministerpräsident in Köln eine große Rede: „Deutschland und Israel – der Weg zu Vertrauen ohne Vergessen", eine Würdigung des 20. Jahrestages der deutsch-israelischen Beziehungen. Am 14. März 1965 nämlich fand im New Yorker Waldorf Astoria die historische Begegnung zwischen Adenauer und Ben Gurion statt. „Ohne deutsche Betroffenheit", betont Rau eindringlich, „kann es keinen Neubeginn geben." Israels Botschafter Ben Ari merkt hinterher mit einem scherzhaften Stoßseufzer an, es sei „der Alptraum eines jeden Botschafters, nach dem brillantesten Redner in Europa und Umgebung sprechen zu müssen". Die Gabe der Rhetorik falle nun mal „nicht als Manna vom Himmel".

Auf dem Nachhauseweg, im Auto, kommt Johannes Rau nochmals auf die Veranstaltung zu sprechen. „Ich nehme dieses Thema sehr, sehr ernst." Er ist sichtlich glücklich, daß so viele Bürger „zu so einer Zeit", um 16.30 Uhr, gekommen sind. Für ihn ein Hinweis darauf, daß die Botschaft Wurzeln geschlagen hat.

Sicher gebührt ihm ein Mitverdienst daran und seiner bibelfesten Glaubensgewißheit, die ihn an diesem ehedem schier aussichtslosen Werk mitwirken ließ. Denn für ihn ist es eben „nicht christlich, zu glauben, daß alles immer schlimmer wird. Sich als Christ verstehen heißt, für diese Welt Hoffnung zu haben, für diese Welt zu leben." – „Wenn es ein Klischee gibt", merkte einmal ein Gesprächspartner an, „dem Johannes Rau wirklich entspricht, dann ist es das von dem fröhlichen zuversichtlichen Christen, der er tatsächlich ist, den er nicht spielen muß, hinter dem er sich aber auch nicht versteckt." So hat es nichts mit lauter Selbstdarstellung zu tun oder einem unbezwinglichen Hang Raus zur Clownerie, den Regierungschef häufig scherzen zu sehen: „Gut, daß wir diese mittelständischen Unternehmen haben", sagt er zum Auftakt einer Visite im Siemens-Zweigwerk Witten und nennt den Konzern unbefangen „die größte Bank mit angeschlossener Fertigung". Eine Anspielung auf die gewaltigen Dollar-Rücklagen der AG. Der Ministerpräsident erweist mit seinem Besuch einem bedeutenden Unternehmen des Landes seine Reverenz. Immerhin machen 26 000 Siemens-Mitarbeiter allein in Nordrhein-Westfalen einen Umsatz „deutlich über fünf Milliarden Mark", verdienen 1,2 Milliarden an Löhnen und Gehältern.

In Witten produzieren 1700 Mann in einer 300 Meter langen Halle Telefonanlagen mit bis zu 16000 Nebenstellen. In Bälde schon geht HICOM in Serie, das mit einem 500-Millionen-Aufwand entwickelte Kommunikationssystem, das nicht nur telefonieren und schreiben kann, sondern auch „computern", wie Siemens-Leute stolz versichern. Ein Nonplusultra intelligenter Technologie. Die lautlosen unbemannten Geisterzüge, die den Materialtransport in diesem Riesenbau besorgen, erinnern Rau an die Boten eines neuen Industriezeitalters. Er registriert es mit Befriedigung, ebenso wie die Information, daß mehr als die Hälfte der in NRW gefertigten Siemens-Produkte jünger als fünf Jahre ist. Denn das entspricht einer Botschaft, die dieser Sohn eines Predigers rheinab, ruhrauf unermüdlich den Bürgern verkündet: „Wir müssen die Optik des Landes verändern!" Johannes Unverzagt will Arbeitslose wie Unternehmer gleichermaßen mit seinem Optimismus impfen, daß die traditionellen Industrieregionen, daß die alten Kohle- und Stahlreviere durchaus gute Chancen für eine Revitalisierung hätten. Er wolle zwar keinen „technologischen Goldrausch" verheißen, aber das triste Malen Grau in Grau sei auch nicht angebracht. „Wir stehen ohnehin in einem publizistisch-psychologischen Abwehrkampf gegen unsere rührigen Nachbarn im Süden."



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

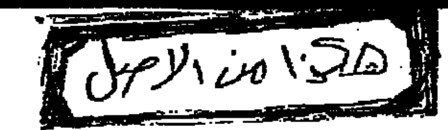
Wenn der Ministerpräsident rhetorisch auf die Pauke haut, dann, um dem „schädlichen Gerede von einem Süd-Nord-Gefälle" zu begegnen. „Unser Land hat den Anschluß an die Entwicklung wiedergefunden", betont er deshalb immer wieder, „wir sind nach wie vor das wirtschaftliche Herz der Bundesrepublik. Wir erzeugen 28 Prozent der Bruttowertschöpfung und steuern zum deutschen Export ein Drittel bei – fast soviel wie Kanada und bald doppelt soviel wie Schweden oder die Schweiz." In solchen Augenblicken ist Johannes Rau ganz weitsichtiger Landesvater, der den Zuhörern klarmacht, daß man unter seiner Führung jetzt den großen Sprung nach vorn tun müsse. „Es gab da eine kritische Phase", räumt er ein, „in den letzten zehn Jahren; zum Beispiel im Anlagenbau." Zwölf von zwanzig Milliarden Umsatz dieser Branche seien zwar aus NRW gekommen, „aber je stärker Baden-Württemberg ausbaute, desto größer wurde die Gefahr, etwa bei den numerisch gesteuerten Maschinen, daß wir nur das Grobe machten und die den Feinausbau".

Versäumnisse? Der Regierungschef will nichts davon hören. „Ich mach' das vielleicht ein bißchen anders als andere", sagt er, „vielleicht ein bißchen leiser als mein Kollege Späth, aber ich habe das Gefühl: auch nicht ohne Wirkung." Und er verweist auf die „Landesinitiative Zukunftstechnologie", ein Instrument der Innovationsförderung, auf die Forschungsinstitute, die er ins Land habe holen können, auf „die einzigartige Hochschullandschaft, die es in ganz Europa so nicht noch einmal gibt". Rau ist stolz darauf, daß es trotz einer durch den Strukturwandel gravierend verschärften Arbeitslosigkeit nicht zu sozialen Brüchen gekommen sei, „zur Verelendung ganzer Landstriche, zu riesigen leerstehenden Wohnsiedlungen, zur Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten".

Der Ministerpräsident vertraut auch darin seiner Fähigkeit, mit einer „Politik der Zuwendung" Spannungen und politische Gegensätze auffangen und integrieren zu können. Daher kratzt es ihn wenig, wenn Kritiker, auch aus den eigenen Reihen, mehr Aktionismus fordern; wenn sie vorbringen, daß er sein Kabinett zu wenig antreibe; daß er, anstatt Zeichen zu setzen, politische Entscheidungen als Moderator zwischen den Lagern ausmittle – oft genug um den Preis des eigenen Profils. Er fühlt sich nun mal als ein Mann der Mitte und Mäßigung, der auch in der Partei von keinem der der Flügel vereinnahmt werden will. „Ich gehe eben auf meine Weise vor", brummt er, „Schritt für Schritt."

27 Jahre in der Politik – nach den Wahlen im Mai wird Rau dienstältestes Mitglied des Düsseldorfer Landtages sein – haben ihn noch immer nicht von dem Grundsatz abbringen können, daß ihm seine Arbeit Spaß machen müsse. „Und ich sage Ihnen was: Dieser Landesvater macht mir gewaltig Spaß. Ich liebe dieses Amt." Wer Johannes Rau bei etlichen Auftritten beobachten konnte, nimmt ihm dieses Geständnis mühelos ab. Ob bei einer Fernsehdiskussion mit lebhaftem Studiopublikum in Grevenbroich, ob vor Senioren in Wickede oder vor Genossen in Lünen, die ihn zum „Pläuschken", wie dort die Talkshow heißt, aufs Sofa bitten – der Regierungschef genießt den unmittelbaren Bürgerkontakt. Er produziert nicht, wie manch anderer Würdenträger, Distanz, Rau sucht und schafft Nähe. Dies ist, ganz offensichtlich, seine wahre, seine sonnige Gemeindehelfer-Natur.

Dennoch halte ich Rau entgegen, daß es ja auch für einen Politiker nicht immer nur Spaß geben könne. Es seien doch Situationen denkbar, da eine Pflicht unabweisbar und fordernd auf ihn zukomme. „Was wäre denn", sage ich, „den Fall mal gesetzt, daß die Partei Sie eines Tages am Portepee faßte und für den Vorsitz reklamiert?" Wir sitzen im Wohnzimmer seines Wuppertales Hauses, Rau auf dem Sofa und schmust mit Tochter Anna Christina, eben 14 Monate alt. Sohn Philip-Emanuael – („mit einem 'p', bitte, meine Frau ist englisch erzogen") – , mittlerweile acht Wochen, ist mit Mutter Christine per Eisenbahn zu den Großeltern verreist. Johannes Rau, der eben noch lebhaft von diesem und jenem erzählte, vom politischen Mentor und Förderer Gustav Heinemann, dem Großvater seiner Frau, und von seiner Lust auf einen „scharfen Skat mit Schmakkes", von Männern die er schätzt und achtet, von Brandt und Schmidt, von Carstens, Weizsäcker, Strauß und Späth, jetzt richtet er sich kerzengerade auf: „Ob Sie mir das nun glauben oder nicht: Diese Situation wäre nicht nach meinem Wunsch. Wozu hab' ich wohl noch eine Familie gegründet? Ich will meiner Tochter schließlich noch einen Mann aussuchen." Rau schaut mich aus ehrlichen Augen an. Doch ein Rau-Vertrauter, dem ich das später erzähle, macht einen anderen Reim daraus: „Wenn sie ihn vier Tage lang beknien, dann macht er es am Ende doch. Ich kenne ihn."



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die vergessenen Lager

„Bischof Werner Leich rührt an SED-Tabu"; WELT vom 26. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

der thüringische Bischof Werner Leich hat sich in der „DDR" wohl auf seinen engeren Wirkungskreis beschränkt, wenn er nur das KZ Buchenwald als von den Sowjets eingerichtetes Internierungslager nennt, obwohl es schon ein erheblicher Fortschritt ist, in deren Machtbereich derartige Einrichtungen zu erwähnen, die sogar in unserer Bundesrepublik von Politikern bestimmter Couleur in der Diskussion um den 8. Mai unter den Teppich gekehrt werden.

Leute, die kaum noch wissen, wo Thürigen, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg liegen, könnten deshalb glauben, Buchenwald sei das einzige von den Sowjets installierte Internierungslager in der „DDR" gewesen. Es gab noch mehr, so z. B. auf dem Gelände des KZ Sachsenhausen bei Oranienburg (u. a. kam dort Heinrich George um), in Niederschönhausen bei Berlin, in Fünfeichen bei Neubrandenburg/Mecklenburg, von wo aus am 30. 1. 1976 mehr als 2000 Lagerinsassen in Viehwaggons nach Prokopjewsk bei Nowosibirsk deportiert wurden, usw.

Als unmittelbar Betroffener darf ich feststellen, daß die Insassen durchaus keine „Kriegsverbrecher" und daß echte Nazis in der Minderheit waren. Der weitaus überwiegende Teil bestand aus Landwirten, Arbeitern, Angestellten, Beamten und sonstigen Vertretern freier Berufe. Sie alle hatten sich auf irgendeine Weise bei den unter dem Protektorat der Sowjets hausenden deutschen kommunistischen Schergen mißliebig gemacht. Auch wahllos auf der Straße aufgegriffene Flüchtlinge waren darunter. Zehntausende Verhungerte und an Krankheiten (Seuchen) Verstorbene liegen in unmittelbarer Nähe dieser Stätten verscharrt, an denen keine Gedenkmale errichtet wurden, um sich der Opfer der „Befreiung" zu erinnern.

Mit freundlichem Gruß
G. Tauschwitz,
Mering

Was ist eine „Normalfrau"?

„Auf der Suche nach der ‚Normalfrau'"; WELT vom 22. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

als „Nur"-Ehefrau und Gehilfe meines Mannes, als „Nur"-Mutter unserer Kinder und als „Nur"-Hausfrau, als eine der vielen Frauen, die mit ihrer Familie diesen grundgesetzlich verfaßten Staat überhaupt erst ermöglichte, habe ich mit Staunen den Bericht vom Parteitag der sich immer noch „christlich" nennenden Partei gelesen, von der unüberbietbaren Arroganz ihres „Generalsekretärs" und seiner Funktionärinnen, pardon: „CDU-Damen"!

Danach bin ich nur ein „Rollen-Spieler", eine „Schauspielerin", ohne „selbstbewußtes eigenes Leben", ein primitives „Heimchen am Herd", ein bedauernswerter Primitivling, dem die hoheitliche Funktionärskaste jegliche menschliche Achtung versagen muß, die sie sonst jedem „Azubi" entgegenbringt. Aber schon Karl Marx schrieb: „Die Frau wird erst dann zum wahren Menschen, wenn sie aus der Reproduktion (Familie) in die (industrielle) Produktion überführt wird." Oder, nach M. Horkheimer: „Die Emanzipation der Frau ist ihre Durchtrainierung zur Waffengattung des Sozialismus."

Etwas ehrlicher und unverschleierter lautet der „Leitantrag" der „christlichen" Partei: Weg vom Grundgesetz, weg von unserer christlich geprägten Kultur, weg von der Familie als Grundlage eines jeden Volkes, hin zum gott- und seelenlosen sozialistischen Kollektiv des Ostblocks. Oder man will sogar den Genocid unseres Volkes, der sich schon anbahnt? Der Herr „Generalsekretär" hat insoweit ja schon manche erstaunliche Äußerungen von sich gegeben.

Den „CDU-Damen" kann ich als primitives „Heimchen am Herd" nur empfehlen, das Buch ihrer früheren Mitstreiterin Ursula Erler „Zerstörung und Selbstzerstörung der Frau" (Seewald-Verlag) zu lesen – ehe sie unsere Töchter auf die Telegraphenmasten und an die Stanzmaschinen jagen, damit einige Funktionärinnen ihr Süppchen kochen können.

Vielen Dank für den Bericht. Jetzt wissen wir christlichen Frauen und Familien wenigstens, was wir von dieser sich „christlich" nennenden Partei noch alles zu erwarten haben!

Mit freundlichen Grüßen
E. von Löbbecke,
Kronberg

Elbe-Grenze

„Das Appetit-Häppchen"; WELT vom 26. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

ausgezeichnet, was Ihr Herr Conrad über den wahren Sachverhalt der Elbgrenze schreibt.

Die SPD braucht für Nordrhein-Westfalen Wahlmunition auf der einen Seite. Andererseits wissen die sogenannten Strategen in der Bonner SPD-Baracke ganz genau, daß diese Grenze bei Kriegsende von den Besatzungsmächten festgelegt wurde. Da kann auch kein Politologe etwas ändern. Dieser Herr Schröder, der das Gutachten erstellte, sollte sich seine Studiengelder wieder zurückgeben lassen.

Mit freundlichen Grüßen
H. Klippert,
Neubulach

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Grenze in der Elbmitte?

Bei Unfällen oder einer Flucht eines Mitteldeutschen können und müssen die westdeutschen Zollboote, Sportboote und Schiffsbesatzungen auf der Elbe nach geltendem Recht Hilfe leisten.

Die westdeutschen Zollbeamten usw. werden bei einer Verlegung der Grenze zur Flußmitte bei der gebotenen Hilfeleistung unter Beschuß geraten oder wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagt.

Auf die Anklagebank gehören aber dann, wegen grober Fahrlässigkeit, die Verursacher – der Gutachter der SPD und die Herren der SPD – die diese Verlegung der Grenze fordern.

Der Bundesvorstand der SPD und Herr Dr. Vogel sind gefordert, sich zu distanzieren, wenn sie nicht wegen Beihilfe mit auf die Anklagebank kommen wollen.

Solange kein freier, ungehinderter Verkehr an der Zonengrenze möglich ist, die Streifenboote der DDR auf der Elbe vor jeder Fahrt sogar einen „Kampfauftrag" erhalten, und jeder DDR-Grenzer schießen darf und soll, könnten die Verursacher einer Verlegung der Grenze zur Strommitte zum Schreibtischtäter werden. Das Bundeskanzleramt ist gefordert, dies zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen
H. Geerds,
Zernien

Unersättlich

„Eine gutgemeinte Meinung"; WELT vom 26. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem ausgezeichneten Leitartikel beschäftigt sich Peter Gillies mit den Ermahnungen des BDI-Präsidenten Langmann an die CDU. Dem kann man nur voll zustimmen.

Ich meine aber, daß noch eine Mahnung hinzugefügt werden müßte. Eine Ermahnung aus der Sicht der den Staat durch Fleiß, Tüchtigkeit und Sparsamkeit wahrhaft tragenden Bürger – letztlich an alle Politiker: Unterlaßt es künftig, das Einkommen der Bürger – praktisch grenzenlos – als politische Manövriermasse zu betrachten. Unterlaßt es künftig, das den Bürgern Weggenommene als Eure Geschenke großzügig zu verteilen. Die hier zum Ausdruck kommende Mißachtung der Leistungsträger ist unerträglich.

Ich möchte eine Warnung hinzufügen: Durch die Unersättlichkeit der öffentlichen Hand ist die Schicht der Düpierten erheblich geworden. Sie würde eine starke politische Kraft darstellen, wenn das Bewußtsein der gemeinsamen Lage geweckt würde. Eine Kraft, an der niemand vorbeiregieren könnte. Wo ist der Mann, der diese Tat vollbringt?

Mit freundlichem Gruß
G. Albers,
Hamburg 90

Wort des Tages

» In einer Sache schweigen, über die alles klatscht, über Menschen und Einrichtungen ohne Feindschaft lächeln, das Minus an Liebe im Kleinen und Privaten bekämpfen: das sind allerlei Wege, die man gehen kann. «

Hermann Hesse; dt. Autor und Nobelpreisträger (1877–1962)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Friedrich Schäfer, langjähriger innenpolitischer Experte der SPD-Fraktion begeht am 6. April seinen 70. Geburtstag. Das Rüstzeug für seine parlamentarische Arbeit hatte er sich in mehreren Stationen des öffentlichen Dienstes erworben. 1946 begann er als Regierungsassessor beim Landrat von Biberach (damals **Fritz Erler**, später führender sozialdemokratischer Bundespolitiker). Im seinerzeitigen Staat Südwürttemberg-Hohenzollern leitete Schäfer das Staatskommissariat für Flüchtlingswesen und anschließend die Landespolizeidirektion. 1957 kam er erstmals in den Deutschen Bundestag. Dort war er von 1961 bis 1965 einer der parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion. 1965 bis 1967 leitete er den Bundestagsausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. 1967 bis 1969 amtierte er als beamteter Staatssekretär im Bundesratsministerium. 1969 kehrte er in den Bundestag zurück, dem er bis 1980 angehörte. Er wurde stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender (1969 bis 1980), Vorsitzender des Innenausschusses (1969 bis 1976), des Steiner-Wienand-Untersuchungsausschusses (1973/74) und der Enquete-Kommission Verfassungsreform.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Jürgen Bloech** von der Universität Göttingen erhielt einen Ruf an die Universität Münster auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre.

*

Professor Dr. **Gottfried Huttner** von der Universität Konstanz hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Strukturchemie an der Universität Heidelberg erhalten.

*

Der stellvertretende Direktor der Firma F. Hoffmann-La Roche & Co. AG, Basel, und Honorarprofessor der Universität Heidelberg, Professor Dr. **Hermann Bujard**, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Molekularbiologie am Zentrum für Molekulare Biologie in Heidelberg erhalten.

*

Professor Dr. **Franz Bender**, Direktor der Medizinischen Klinik und Poliklinik der Universität Münster, wurde vom Vorstand der American Heart Association in den neugegründeten internationalen Beirat der Gesellschaft in Dallas gewählt.

AUSZEICHNUNGEN

Der Leiter der Abteilung Wirtschaftsförderung des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, **Dieter Güth**, ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der Präsident des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Dr. **Hans Rummer**, betonte in seiner Laudatio für Güth, daß dieser sich nicht nur durch seine hauptberufliche Tätigkeit in der Wirtschaft Respekt und Anerkennung erworben habe, sondern darüber hinaus sich im Interesse des Gemeinwohls sehr engagiere. Güth ist ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht in Frankfurt am Main.

*

Der von der Gema-Stiftung jährlich verliehene „Ernst-Fischer-Preis" für Nachwuchskomponisten der gehobenen sinfonischen Unterhaltungsmusik wurde in diesem Jahr in der Gesamthöhe von 20 000 Mark an drei Gewinner vergeben: Den mit 10 000 Mark dotierten 1. Preis erhielt **Florian Poser** für sein Werk „St. Mountain", der 2. Preis mit 6000 Mark ging an **Gerd Wilden** für „Valse des Halles" und **Annegret Klemm** erhielt für ihre Komposition „Die Geheimnisse des Grafen Cagliostro" den mit 4000 Mark dotierten 3. Preis.

*

Der mit 18 000 Mark dotierte spanische Übersetzerpreis „Premio Nacional de Traducción a Otras Lenguas" wird während der „Deutschen Buchwoche" (vom 3. bis 7. Juni in Madrid) an **Fritz Vogelsang** übergeben. Vogelsang erhält den spanischen Preis für seine Übersetzung des Autors **Valle-Inclam**.

*

Für die vom Südwestfunk ausgestrahlte Sendung „Die gucken einen an mit großen Augen" hat die Autorin **Bärbel Döhring** den Hörfunkpreis der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege erhalten. In ihrem ausgezeichneten Beitrag hat sie die Situation der Kinder von alkoholkranken Vätern und Müttern eindringlich dargestellt. Der mit 5000 Mark dotierte Preis wird jährlich für die beste Sendung mit einem sozialen Thema verliehen.

*

Der Deutsche Jagdschutzverband (DJV) wird mit seinem erstmals in diesem Jahr vergebenen Naturschutzpreis den ehemaligen nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsminister Dr. **Diether Deneke** (SPD) auszeichnen. Der Preis wird anläßlich des ersten Bundesjägertages in der Bundesrepublik Deutschland am 4. Mai in Kassel überreicht.

EHRUNGEN

Professor Dr. **Johann Baptist Metz**, Direktor des Seminars für Fundamentaltheologie der Universität Münster, wurde während einer Gastprofessur in den USA zusammen mit Professor **H. G. Gadamer** aus Heidelberg mit der „Joseph-Coolige-Medaille" des Boston College für Verdienste um den internationalen theologischen Ausgleich ausgezeichnet.

*

Die höchste Auszeichnung, die die Stadt Mönchengladbach zu vergeben hat, den Ehrenring, erhält der Ende Februar dieses Jahres in den Ruhestand getretene langjährige Leiter des Städtischen Museums Abteiberg Mönchengladbach, Professor Dr. **Johannes Cladders**.

*

Professor Dr. **Joachim Wollasch**, Direktor des Historischen Seminars und des Instituts für Frühmittelaltererforschung der Universität Münster, wurde zum korrespondierenden ausländischen Mitglied der „Société Nationale des Antiquaires de France" gewählt.

*

Professor Dr. **Ludwig Hempel**, Hochschullehrer am Institut für Geographie der Universität Münster, wurde in das wissenschaftliche Komitee der „Mediterranean Scientific Association of Environmental Protection" berufen.

ERNENNUNG

Rudolf Schmitz, Hamburg, ist vom Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) zum neuen Leiter der Abteilung internationaler Verkehr im „Haus des Straßenverkehrs" in Frankfurt am Main ernannt worden.

NRW-Grüne revidieren Forderung zur Sexualität

Tumulte bei Bonner Tagungen / Fraktionsspitze neu gewählt

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Grünen haben am Wochenende auf zwei Versammlungen in Bonn versucht, wieder Geschlossenheit zu demonstrieren: Auf einem tumultartig verlaufenden Sonderparteitag strichen die nordrhein-westfälischen Grünen ihre heftige kritisierte Wahlkampf-Forderung, den „gewaltfreien Geschlechtsverkehr" mit Kindern nicht mehr unter Strafe zu stellen. In einer Klausur wählten ihre neuen Bundestagsabgeordneten, die gegenwärtig – dem Rotationsbeschluß entsprechend – nachrücken, eine neue Fraktionsspitze.

Auf ihrer sechsten Landesdelegiertenkonferenz innerhalb weniger Monate sprachen sich die mehr als hundert NRW-Vertreter mit überwältigender Mehrheit für einen kurzfristig nachgeschobenen Programmentwurf zum Thema „Sexualität und Herrschaft" aus: Entgegen ihrem zwei Wochen alten Lüdenscheider Beschluß wollen sie nun doch daran festhalten, daß Kinder unter 14 Jahren vor sexuellem Mißbrauch zu schützen sind. Während der hitzigen Diskussion wurden Senfbomben geworfen und es kam zu Handgreiflichkeiten. Den nicht zu den Grünen gehörenden Krawallmachern der Nürnberger „Indianer-Kommune", die mit vermummten Jugendlichen angereist waren und für „freie Liebe" mit Kindern sind, drohte der Kongreß, die Polizei zu rufen.

Zuvor hatte ein ehemaliges CDU-Mitglied erklärt, bei der Union „ein solches Maß an Intoleranz nicht erlebt" zu haben. Der Delegierte meinte, „faschistoides Gesindel" habe „sich Zugang zu den Grünen verschafft". Ein anderer sagte, es sei „eine Verhöhnung der Wähler", wenn „nur ein nicht-relevanter Wahlkampf-Punkt" behandelt werde. Schließlich wurde gefordert, „die Frage der Sexualität als ökologische Schlüsselfrage zu diskutieren" oder einen „Sexualitätskongreß auf Bundesebene" einzuberufen. Verantwortlich gemacht für die Kontroverse wurden wiederholt die Medien, weil sie über die Sexual-Forderungen der Grünen berichtet hatten.

Die Bundestagsabgeordneten ersetzten auf ihrer Klausur die ein Jahr lang nur aus Frauen bestehende Fraktionsführung durch ein „paritätisch" besetztes Gremium. Die Nachrücker zeigten sich optimistisch, bald den gleichen Stellenwert wie ihre ausscheidenden Kollegen zu erreichen.

Ein teurer Kompromiß

▲ Fortsetzung von Seite 1

es zu danken, daß die Staats- und Regierungschefs sich weiter um eine Einigung bemühten.

Athens Forderungen wurden schließlich weitgehend erfüllt. Verglichen mit dem Stand der Beratungen beim Dubliner Gipfel kann es auf erheblich höhere Finanzhilfen rechnen. Bei ihrem letzten Treffen hatten die Regierungschefs den Griechen zusätzliche EG-Mittel von höchstens 1,2 Milliarden DM zugestehen wollen. Die Kompromißbereitschaft war offensichtlich nur mit dem Wunsch zu erklären, die Süderweiterung endlich unter Dach und Fach zu bekommen und die drohende Lähmung der EG abzuwenden.

Mit „großer Befriedigung" verzeichnete der Europäische Rat denn auch den Abschluß der Beitrittsverhandlungen. Kohl meinte, die Gemeinschaft habe trotz aller widrigen Umstände eine „historische Etappe" durchschritten. Er lobte besonders die Außenminister. Nicht zuletzt Hans-Dietrich Genscher habe eine „ausgezeichnete Arbeit" geleistet.

In seiner traditionellen Erklärung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage bekräftigte der Gipfel den Willen der EG-Regierungen, die Arbeitslosigkeit mit einer gemeinsamen Strategie zu bekämpfen. Die Bedingungen für mehr Wirtschaftswachstum sollen durch die Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes geschaffen werden.

„Kein Abschied von der 40-Stunden-Woche"

DW. Köln

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat der Industriegewerkschaft Metall vorgeworfen, im Zusammenhang mit den neuen Arbeitszeitregelungen „Augenwischerei" und „Verschleierung" zu betreiben. Es gebe „keinen Abschied von der 40-Stunden-Woche", heißt es in einer Erklärung des Verbandes. Wenn die Gewerkschaft das Inkrafttreten des neuen Manteltarifvertrages zum 1. April dennoch als Abschied von der 40-Stunden-Woche feiere, verschweige sie, daß eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden im Rahmen der Flexibilisierung weiterhin möglich sei.

Mit einer zentralen Veranstaltung hatte die IG Metall in Frankfurt die 40-Stunden-Woche „feierlich verabschiedet". Für die rund 3,6 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie beginnt heute die 38,5-Stunden-Woche. Nach Darstellung des IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr kann das „Durchbrechen" der seit 20 Jahren bestehenden 40-Stunden-Woche für die Gewerkschaften „nur ein erster Schritt zu weiteren generellen Arbeitszeitverkürzungen" sein.

Seite 2: Steinkühlers Prophetie

„Agrarüberschüsse in Energie umsetzen"

hey, **Mettmann**

Landwirtschaftliche Überschüsse sollen nach einer Forderung des ehemaligen FDP-Vorsitzenden, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, nicht mehr ungenutzt vernichtet, sondern künftig auch zur Erzeugung von Bio-Energie verwandt werden. Auf dem Agrarkongreß seiner Partei meinte Genscher am Wochenende in Mettmann, daß zum Beispiel die Herstellung des Treibstoffzusatzes Äthanol aus Agrarrohstoffen denkbar sei.

Gleichzeitig betonte Gescher, daß die deutsche und europäische Landwirtschaft „weg vom Dirigismus und Interventionismus" müsse. Sonst sei sie „auf Dauer" nicht zu sichern. Er räumte aber ein, daß die deutsche Landwirtschaft durch die EG-Sparbeschlüsse in besonderem Maß belastet worden sei.

SDI oder: Ritt auf störrischem Rosse

Von FRITZ WIRTH

Sie wollten dem nervösen politischen Treibhausklima Washingtons entfliehen und fanden sich in Dallas wieder, der „He-City" in Texas, der Stadt ohne Einkommensteuer (in „J.R. We trust"), Trutzburg des Optimismus und des Konservatismus, die ihren Hang zur Revolution in ihrer Architektur abreagierte.

Dort also landeten sie, die Bauherren, Stützpfeiler und Passanten der „Atlantik-Brücke", die alle zwei Jahre das politische Gewässer unter dieser Brücke ausloten, Untiefen orten und allzu hohe Wellengänge glätten. Männer der Wirtschaft, der Politik, der Medien. Es begann sehr überzeugend, sehr elegant mit einem Referat Manfred Wörners von immerwährender Aktualität über „Stärke und Herausforderung der NATO". Er trug eine Botschaft des Optimismus ins Haus. Es war ein rhetorischer Herrenritt, der das gegenwärtige Haupt-Hindernis in den deutsch-amerikanischen Diskussionen – die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) – sicher, aber nicht spektakulär nahm.

Dann aber erschien Lawrence Eagleburger, der ehemalige Unterstaatssekretär im State Department, der seit seinem Ausscheiden aus diesem Ministerium nach eigenem Bekunden „die Faszination des Denkens" wiederentdeckt hat, und es erschien Horst Ehmke, der Jockey der schnellen Worte. Und plötzlich war, weil man ja in Texas war, aus einer politischen Dressur das große „SDI-Rodeo" geworden. Die drei Buchstaben drückten der Veranstaltung den Stempel auf. Das Thema wurde zur Faszination und zum Fluch dieses Treffens, dem man sich nicht mehr entziehen konnte. So klagte ein Konferenzteilnehmer: „Selbst wenn wir hier über Wetter sprechen, landen wir schließlich bei SDI."

Der Haken: Manche schwangen sich dabei auf ein Pferd, das sie nicht reiten konnten. Denn wie das bei einem Rodeo so ist: man weiß meist wenig über das Pferd, man weiß nur, daß es sehr störrisch ist. So fielen einige SDI-Reiter sehr schnell vom Pferd und Karsten Voigt, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, bekannte nach zweitägigem Bemühen, er sei entschlossen, weiterhin auf ein ihm altvertrautes Strategie-Roß zu setzen namens „flexible response".



General James Abrahamson, Leiter des amerikanischen Forschungsprogramms für Defensivwaffen im Weltraum (links), und der stellvertretende Direktor des Büros für politisch-militärische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Bob Dean (rechts), informierten in der vergangenen Woche den Verteidigungsausschuß des Bundestages. In der Mitte Kanzlerberater Horst Teltschik. FOTO:DPA

So sehr am Ende sich SDI-Überdruß verbreitete, die Diskussionen darüber waren eine notwendige und nützliche Übung. Denn es wurde sehr schnell deutlich, welch erstaunliches Informationsdefizit auf deutscher Seite über ein Thema besteht, zu dem Präsident Reagan vor genau zwei Jahren das Stichwort lieferte. Dieses Thema, das zu einer fundamentalen Änderung der gesamten Verteidigungsstrategie der westlichen und östlichen Welt führen kann, ist offenbar selbst bei einigen leitenden deutschen Politikern dem Fluch der allgemeinen SDI-Verteufelung anheimgefallen. Da scheint sich intuitiv eine Sperre gebildet zu haben, das ihnen undenkbar Scheinende nachzudenken.

Dieser Mangel an Kenntnissen über das SDI-Programm offenbarte sich zuerst bei Professor Horst Ehmke, der gleich zu Konferenzbeginn mit einem robusten Parforceritt gegen SDI bei manchen amerikanischen Teilnehmern Betroffenheit auslöste. Er wirkte wie ein Mann, der durch einen Obstgarten geht, die faulen Früchte einsammelt und bei einem Blick auf den Inhalt seines Korbes eine Mißernte verkündet. Sein SDI-Konzept war ohne klare kohärente Linie, es war eher eine Ansammlung von Verurteilungen, Ahnungen, Ängsten und Mißverständnissen. So erklärte er beispielsweise: „Es wird nun deutlich, daß SDI, so wie es jetzt aussieht, kein fünfjähriges Programm zur Forschung zum Preis von 30 Milliarden Dollar, sondern ein Zehnjahresprogramm zur Forschung, Entwicklung, zum Testen und zur Installierung zum Preise von 70 Milliarden Dollar ist."

So genau wußten es selbst die Amerikaner nicht, was kein Wunder ist, denn Ehmkes Feststellungen waren nicht nur neu, sie waren auch unzutreffend. Und deshalb war es ein Segen, daß schließlich, wenn auch mit 24stündiger Verspätung, General James Abrahamson, der Direktor des SDI-Programmes, sich in dieses „SDI-Rodeo" einschaltete. Obwohl er nur zu einer Stippvisite in Dallas war – Abrahamson wurde schnell zum unbestreitbaren Star und zur Schlüsselfigur dieser Konferenz, die durch ihn ihren Charakter änderte und von einer oft eindrucksvollen Diskussionsrunde zum SDI-Seminar wurde.

Abrahamson ist ein faszinierender Mann. Ruhig, sachlich, höflich, unendlich geduldig, von jungenhaftem Charme und fern jener aggressiven amerikanischen „salesmanship", die man von einem Mann in dieser Mission erwarten könnte. Er „verkauft" sein SDI-Programm nicht mit Slogans und Beschwörungen, sondern in fast beiläufiger, aber höchst überzeugender Erzählform.

Es gelang ihm dabei, dieses SDI-Programm als angeblichen „Krieg der Sterne" zu entmythologisieren. „Wir beschäftigen uns nicht nur mit unserer Technologie, sondern auch mit der der Sowjets und deren möglichen Reaktionen auf unsere Arbeit. Und wir haben dabei ständig im Auge, daß dabei nichts, was wir tun, die gegenwärtige Strategie der Abschreckung, die allein unsere Sicherheit garantiert, destabilisiert."

Er informierte ferner darüber, „daß wir uns bei allem, was wir tun, innerhalb der Bedingungen und Grenzen des ABM-Vertrages bewegen" und er ließ wissen, daß man bei diesen SDI-Forschungen nicht unbedingt ein Monopol habe. „Dies ist ein aggressiver Vormarsch in eine neue Technologie", sagte er. „Die Sowjets sind schon lange unterwegs. Sie beschäftigen beispielsweise mehr Leute in der fortgeschrittenen Laserforschung als wir sie haben."

Die Vorstellung dieses inoffiziellen SDI-Botschafters zeigte deutliche Wirkung: „Ich bin sehr beeindruckt", sagte Horst Ehmke, fiel dann aber schnell in seine Skepsis zurück: „Abrahamson ist ein Techniker. SDI aber ist in entscheidendem Maße ein Problem für die Politiker." Und Carsten Voigt gab Abrahamson gönnerhaft das Lob mit auf den Weg: „Sie sind ein brillanter Verteidiger eines fundamental falschen Konzepts."

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Es war trotz mancher Widersprüche und Widerreden eine harmonische und eine wichtige Konferenz, ein Brückenschlag zu einer SDI-Diskussion, die erst jetzt ihren Weg über den Atlantik findet. „Wir müssen darauf achten, nicht die falschen Pferde zu satteln", hatte Kanzlerberater Horst Teltschik gemahnt, bevor er nach Dallas kam. Wer von einem Rodeo kommt, weiß noch besser, wovon er spricht.

Zwei Voraussetzungen sind nötig

■ Fortsetzung von Seite 1

Kanzler dabei der enge Schulterschluß mit Frankreich, den die Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Roland Dumas in Brüssel, entsprechend den Beschlüssen des letzten deutsch-französischen Gipfels, noch einmal beschworen haben. Dieser Schulterschluß, so sagte Genscher, sei wichtig für Europa und für die unverzichtbare Einheit des atlantischen Bündnisses. Dumas versicherte, Frankreich beurteile SDI ebenso, wie es in der Bonner Erklärung vom 27. März zum Ausdruck gekommen sei, die sich zur Weitergeltung der Strategie der flexiblen Reaktion bekannt und jede Abkoppelung Europas von der Sicherheit Amerikas abgelehnt hatte.

Wie Kohl, so hindert auch Francois Mitterand diese strategisch warnende Position offensichtlich nicht daran, eine Forschungsbeteiligung für wünschenswert zu halten. Kanzler und Staatspräsident haben darüber in Brüssel noch einmal gesprochen.

Sehr klar bekundeten die Briten ihr Interesse, „auf kommerzieller Basis" an dem amerikanischen Forschungsprogramm teilzunehmen. „Wir wollen, daß unsere Wissenschaftler einen Beitrag leisten", war – ungeachtet der am 15. März von Außenminister Sir Geoffrey Howe geäußerten kritischen Fragen – von englischer Seite zu hören. Experten berichteten, in Italien sei zumindest die Regierung ebenfalls stark an einer Forschungsbeteiligung interessiert.

Das entscheidende Motiv besteht in allen diesen Fällen, wie auch beim Bundeskanzler, in dem dringenden Wunsch, sich unabhängig von sämtlichen strategischen Erwägungen technologisch nicht abhängen zu lassen. Denn kaum jemand, und schon gar nicht Kohl, zweifelt daran, daß mit dem SDI-Programm, das Investitionen von insgesamt 80 Milliarden Mark erfordert, ein großer technologischer Sprung nach vorn verbunden sein wird. Als Kronzeuge wird dabei der „Vater der Wasserstoffbombe", Edward Teller, zitiert, der die Ansicht geäußert hat, die zivile Nutzung der erwarteten wissenschaftlichen Erkenntnisse bei der SDI-Forschung könnte sich auf 90 Prozent der Ergebnisse erstrecken.

Daraus wird in der Bonner Regierungsspitze geschlossen: „Nichtbeteiligung führt zu Zweitklassigkeit." Wer sich der Forschung verweigere, habe weder Einfluß auf die zivile noch auf die militärische Komponente. Dies sei für die Bundesrepublik Deutschland, eine der großen Exportnationen der Welt, von existentieller Bedeutung. Denn Export sei nur mit erstklassigen Erzeugnissen möglich.

Diese Gedanken aber bedingen, wie man aus Kohls Umgebung hören kann, eine klare Gleichrangigkeit der Forschungspartner und schließen bloße Zulieferung ohne Übersicht über die Gesamtentwicklung aus. Gerade der Kanzler, der sich am 9.2.1985 auf der Münchner Wehrkunde-Tagung als einer der ersten positiv zur SDI-Forschung geäußert hatte, hält die Forderung nach vollem technologischen Zugang für unverzichtbar. Teilnahme um jeden Preis ist für ihn ebenso undiskutabel wie ein Nein um jeden Preis. Der Amerikafreund Kohl betrachtet dies als die absolut legitime Wahrnehmung eigener Interessen, für die er bei Präsident Ronald Reagan, wenn er ihn Anfang Mai in Bonn treffen wird, mit freundschaftlichem Verständnis rechnet.

Darüber wird bei den bilateralen Gesprächen zwischen Kohl und Reagan, wie auch bei den Unterredungen mit dem japanischen Ministerpräsidenten Nakasone und dem Meinungsaustausch mit den anderen Teilnehmern des Bonner Weltwirtschaftsgipfels ausführlich debattiert werden.

Für offensive Politik gegenüber der Sowjetunion

▲ Fortsetzung von Seite 1

brauchen keine selbstgeschaffenen Krisen in der Allianz." Die gegenwärtigen Differenzen zwischen Bonn und Washington in der SDI-Frage kommentierte er mit der Bemerkung: „Ich sehe diese Debatte als eine gesunde Übung, nicht aber als ein Zeichen von Unloyalität."

Burt teilte im übrigen die Auffassung Teltschiks, daß mit dem Führungswechsel im Kreml eine Periode neuer Hoffnung im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis begonnen habe, schätzte die Lage insgesamt jedoch vorsichtiger ein als sein deutscher Gesprächspartner: „Es gibt Hoffnungen, doch diese Hoffnungen können jäh zerstört werden, wie die Schüsse von Ludwigslust zeigten."

Burt plädierte vor allem für eine Ausweitung des Dialogs mit den Sowjets. „Wir können auf lange Sicht keine Fortschritte in der Abrüstung erzielen, wenn wir keine Fortschritte in anderen Bereichen machen. Es muß mit den Sowjets über ihre militarisierte Politik in Afrika, über regionale Konflikte im Nahen Osten, in Mittelamerika und vor allem in Afghanistan gesprochen werden." Er sei beschämt zu sehen, daß das Afghanistan-Problem vollständig aus dem Bewußtsein des Westens verschwunden zu sein scheine.

Partnerschaft angemahnt

● Fortsetzung von Seite 1

zept des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan realisierbar sei, was bisher noch ausstehende Forschungsarbeiten ergeben müßten, „wird kein amerikanischer Präsident darauf verzichten, es zu verwirklichen. Die USA würden dadurch die Unverwundbarkeit zurückerhalten, die sie bis zur Erfindung der Interkontinentalraketen besessen haben." Im übrigen arbeite die Sowjetunion „seit langem" an entsprechenden Systemen.

Dregger: „Die erste Frage, die Europa in dieser Lage zu entscheiden hat, ist, ob es sich an den Forschungsarbeiten seines amerikanischen Verbündeten beteiligen will. Darüber muß mit den USA verhandelt werden. Das bedeutet zum Beispiel, daß es nicht einen einseitigen Technologietransfer von Europa in die USA geben darf, sondern daß beiden Seiten alle Forschungsergebnisse auch zur zivilen Nutzung zugänglich gemacht werden."

Die zweite Frage betreffe die „militärische Nutzung" der noch zu erzielenden Forschungsergebnisse, sagte Dregger in dem WELT-Gespräch. Er gehe davon aus, daß im Falle der Realisierbarkeit eines solchen Abwehrsystems auch die Sowjetunion in der Lage sei, es zu verwirklichen. Daher sei es gut, daß dieses Thema „auch eines der drei Themen ist, über die die Weltmächte in Genf verhandeln wollen".

Dregger: „Die ungünstigste aller denkbaren Entwicklungen aus europäischer Sicht wäre die Unverwundbarkeit der beiden Weltmächte in ihren Territorien, ohne daß es einen vergleichbaren Schutz für Europa gäbe. Das würde nämlich Europa zu einem möglichen Schlachtfeld machen. Es ist daher ein existenzielles Interesse Europas und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, darauf hinzuwirken, daß keine Zonen ungleicher Sicherheit entstehen, und Europa, soweit überhaupt vorstellbar, in den Schutz eines SDI-Systems einbezogen wird." Auch dies sei „nur sicherzustellen, wenn die Europäer sich nicht von Entwicklungen ausschließen, die auch ohne ihre Beteiligung stattfinden".

Er teile die Auffassung von Bundeskanzler Kohl, sagte Dregger, „daß eine tiefgreifende Abrüstung der Angriffsraketen, wie sie die USA der Sowjetunion vorgeschlagen haben, ein SDI-System entweder überflüssig machen oder doch in seinen Ausmaßen und seinen Kosten wesentlich verringern würde". Wichtig sei daher, daß jede Seite in Ost und West auf „Überlegenheit verzichtet".

Dazu führte Dregger aus: „Ich habe Verständnis für die Erklärung des neuen sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow gegenüber dem Bundeskanzler, daß die Sicherheitsfrage für die deutsch-sowjetischen Beziehungen von entscheidender Bedeutung sind."

Boom bei Plastikgeld

fu (London) – Ausländern, die in London ihre Einkäufe in bar bezahlen, passiert es immer wieder, daß sie erstaunt oder gar mißtrauisch gemustert werden. Dies läßt sich – grob vereinfacht – damit erklären, daß die Engländer eine grundsätzlich andere Einstellung zum Geld haben als die meisten Kontinentaleuropäer. Sie neigen eher dazu, sich zu verschulden und nutzen entsprechend alle Möglichkeiten, die ihnen dazu zur Verfügung stehen.

So kommt es nicht von ungefähr, daß „Plastikgeld" in den letzten Jahren in Großbritannien einen bemerkenswerten Boom erlebte. Einer Untersuchung der Sparkassenorganisation Trustee Savings Bank zufolge ist die Zahl der Kreditkarten im letzten Jahr auf 22,7 Millionen gestiegen. Das sind 40 Prozent mehr als drei Jahre zuvor.

Noch vor einem halben Jahrzehnt wäre es für völlig ausgeschlossen gehalten worden, daß heute jeder dritte erwachsene Brite im Besitz einer Kreditkarte sein würde. Doch tatsächlich nutzen inzwischen 13 Millionen Erwachsene die Vorteile, mit einer oder mehreren Plastikkarten nicht nur bargeldlos einkaufen, tanken oder essen gehen zu können, sondern damit auch einen zusätzlichen Kreditrahmen auszunutzen.

Immerhin liegt dieser zusätzliche Finanzspielraum bei Kreditkarten in Großbritannien im Durchschnitt bei 2300 Mark. Und wenn der ausgeschöpft ist, hat man ja immer noch sein Scheckheft. Schulden sind Trumpf – Bargeld ist out, lautet die Devise zumindest der Londoner, auf die mehr als ein Viertel der Kreditkarten in Großbritannien entfällt.

Logisch?

pje. – Der Mann, der im Medizinbetrieb die höchsten Kosten verursacht, wird weiterhin nur unzureichend ausgebildet bleiben: der Allgemeinmediziner, der in der Regel als Hausarzt tätig ist. Er verursacht etwa 75 Prozent aller Arzneimittelausgaben, rechnet zwei Drittel aller Beratungen ab. Er stellt 75 Prozent aller Arbeitsunfähigkeits-Bescheinigungen aus und veranlaßt zwei Drittel aller Krankenhauseinweisungen. Kurz, er verursacht jährlich Kosten im Gesundheitswesen in Höhe von 1,5 Millionen Mark. Er spielt also medizinisch und wirtschaftlich eine herausragende Rolle. Aber er darf seinen Beruf als einziger unter den 27 medizinischen Fachgebieten ohne Weiterbildung nach der Approbation ausüben. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hatte jetzt auch für den Allgemeinarzt eine dreijährige ärztliche Tätigkeit als Qualifikationsvoraussetzung gefordert. Sie scheiterte am Widerstand der freien Ärzteverbände. Wehe den Patienten, die künftig diesen unzureichend qualifizierten Medizinern in die Hände fallen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN / WELT-Gespräch mit Minister Jürgen Westphal

Mittelständische Struktur bietet Chancen für notwendige Anpassung

HEINZ HECK, Bonn

„Ich lehne es ab, von einem Nord-Süd-Gefälle zu sprechen", erklärte der schleswig-holsteinische Minister für Wirtschaft und Verkehr, Jürgen Westphal (CDU), in einem Gespräch mit der WELT. Die Diskussion über eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung im Norden und Süden der Bundesrepublik sei noch keineswegs abgeschlossen.

Zur Entwicklung in seinem Bundesland verweist Westphal auf die gute Position im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. So sei das Bruttoinlandsprodukt von 1970 bis 1982 in der Bundesrepublik real um 31,7, in Schleswig-Holstein aber um 38,1 Prozent gestiegen. Damit halte es im Wachstumstempo hinter Bayern (43,8) und Hessen (40,2) den dritten Platz.

Zumindest in dieser Hinsicht sieht Westphal negative Einflüsse der Nachbarstaaten: Die ungünstigen Durchschnittswerte für die norddeutsche Region, zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Steuerkraft, werden „ganz wesentlich von der schwierigen Situation in den beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg (und Nordrhein-Westfalen, das in diesem Zusammenhang auch zur Nordregion gerechnet wird), mitbestimmt".

Dagegen würde sich Westphal eine positivere Entwicklung der benachbarten Hansestadt wünschen. Denn Schleswig-Holstein könne nur davon profitieren, wenn Hamburg sich gut entwickelt. Der Minister lobt die Industrieansiedlungs-Politik in Berlin und in Bayern. Aber: „Wir haben kein München. Für uns müßte München eigentlich Hamburg sein, wenn man sich die Landesgrenzen wegdenkt."

Die für Schleswig-Holstein typische mittelständische Wirtschaftsstruktur biete „die besten Voraussetzungen für einen schnellen Strukturwandel und die Übernahme neuer Technologien". In wichtigen neuen Wachstumsfeldern wie Mikrobiologie, Gentechnologie, Luft- und Raumfahrt, Meeres- und Bodenforschung sowie Medizin-, Kommunikations-, Energie- und Solartechnik sieht Westphal „eine gute Ausgangsposition" für Schleswig-Holstein.

Er verschweigt aber auch nicht die Defizite, auf die die Industrie- und Handelskammern der vier Küstenländer kürzlich aufmerksam gemacht haben, zum Beispiel die unterschiedliche Entwicklung des Arbeitsmarkts, die geringere Innovations-Intensität der Industrie, die unzulängliche infrastrukturelle Ausstattung mit Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaft und Forschung, der niedrigere Industrialisierungsgrad einschließlich der unter Bundesdurchschnitt liegenden Exportquote und die nachlassende Steuerkraft. Mit Ausnahme Schleswig-Holsteins sei auch eine deutliche Wanderbewegung in den Süden zu beobachten.

Westphal verweist auf die Bemühungen der Landesregierung, den Technologietransfer gezielt zu fördern: „Wir können keine Technologiepolitik auf der grünen Wiese betreiben." Er will die Eigenkräfte in der Region entwickeln und bündeln. Dazu gibt es ein breit angelegtes Instrumentarium, zum Beispiel Innovationsförderung aus Landesmitteln (gemeinsam mit Niedersachsen betreibt Schleswig-Holstein das Erfinderzentrum Norddeutschland) und technologieorientierte Beratung über die Beratungsstelle für Innovation und Technologietransfer (Bitt).

Besondere Anstöße bei der Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte verspricht sich Westphal von der nordischen Universität, die im Sommer 1986 den Lehrbetrieb in Flensburg und Neumünster in Landwirtschaft, Betriebswirtschaft und Ingenieurwissenschaften aufnehmen wird. Der Förderung des Technologietransfers dient die Einrichtung des Instituts für anwendungsnahe Technologie-Entwicklung in Anlehnung an die private Fachhochschule Wedel und des Instituts für Informationstechnologie Kiel GmbH in Zusammenarbeit mit der Universität Kiel. Beide sollen in enger Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft technische Problemlösungen erarbeiten. Mit der beabsichtigten Errichtung von drei Technologie- und Gründerzentren soll außerdem die Ausgliederung von neuen Ideen und Forschungsergebnissen und die Gründung junger Unternehmen unterstützt werden.

US-AKTIENMÄRKTE

Positive Faktoren wurden von der Börse ignoriert

LEO FISCHER/VWD, Bonn

Die gute Stimmung, die Präsident Ronald Reagan bei seinem Besuch der Wall Street in der letzten Woche zur Schau trug, sprang auf die Börsianer an der New York Stock Exchange nicht über. Zu viele negative Faktoren beherrschen derzeit den Markt: Der abrupte Kurssturz des Dollar, die Ungewißheit über die Unternehmensgewinne im ersten Quartal nach der Ankündigung von IBM, einen geringeren Gewinn im ersten Vierteljahr erzielt zu haben als im Vorjahr, und die sich mehrenden Anzeichen, daß sich das Wachstum der Wirtschaft verlangsamt hat.

Nach dem 20-Punkte-Gewinn in der Vorwoche gab der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte an den letzten fünf Börsentagen allerdings nur um 0,67 auf 1266,78 Punkte nach. Der breiter gestreute NYSE-Index erhöhte sich dagegen um 1,42 auf 104,60 Punkte. Der durchschnittliche Tagesumsatz ermäßigte sich von 103,65 Millionen in der Vorwoche auf 93,23 Millionen Stück.

Vor allem der Gewinnrückgang bei IBM, deren Aktien den Dow-Jones-Index erheblich zu beeinflussen pflegen, hat den Markt verunsichert und die Anleger für die weiter anstehenden Gewinnveröffentlichungen der nächsten Tage skeptisch gestimmt. Hinzu kam, daß General Electric, ebenfalls von großem Einfluß auf den Allgemeintrend des Marktes, mitteilen mußte, daß der Vierteljahresgewinn niedriger ausgefallen war, als die Broker erwartet hatten. Ein übriges tat die Nachricht, daß General Electric, viertgrößter Auftragsnehmer des Verteidigungsministeriums, wegen des Vorwurfs überhöhter Rechnungen von der Regierung zeitweise von Verteidigungsaufträgen ausgeschlossen werden soll. Die Enttäuschung bei IBM und General Electric hatten die Anleger aber schnell verdaut. Beide Aktien gaben im Wochenverlauf nur geringfügig nach.

Vor allem die Geschäftsbelebung in der letzten Sitzungsstunde am Freitag sorgte dafür, daß die Woche nicht mit einem Verlust endete. So zog der Index am Freitag um 6,07 Punkte an und das Zahlenverhältnis der Gewinner zu den Verlierern betrug am Freitag zwei zu eins. Von der Schlußphase abgesehen verlief das Geschäft schleppend.

Aber es gab in der letzten Woche durchaus auch positive Nachrichten, die vielfach vom Gesamtmarkt vernachlässigt wurden. Einige Fusionspläne sorgten nur bei den betroffenen Unternehmen für Anregungen. Docutel, die von Olivetti voll übernommen werden sollen, machten einen Kurssprung von mehr als 50 Prozent.

Auch die feste Haltung des Anleihemarktes könnte, wenn sie anhielte, dem Aktienmarkt Impulse geben. Auf Grund der neuesten Konjunkturindikatoren erhielt die Hoffnung neue Nahrung, daß die kurzfristigen Zinsen eher nachgeben könnten.

Verwirrende Preissprünge

Von LEO FISCHER

Die zeitweise, gerade in der letzten Woche, erratischen Kursbewegungen an den Devisenbörsen haben auch an den Weltrohstoffmärkten ihre Spuren hinterlassen. Die Wirkung auf die Warenpreise mußte vor allem deshalb so verwirrend sein, weil die beiden Hauptwährungen, in denen die im Welthandel bedeutenden Rohstoffe notiert werden, nämlich Dollar und Pfund Sterling, sich exakt gegenläufig entwickelten.

Es kam nach dem Höhenflug der amerikanischen Währung nicht nur zu einem drastischen Preisverfall des Dollar, sondern gleichzeitig zu einer in diesem Ausmaß ebenso unerwarteten Hausse für das Pfund Sterling. Während der Dollar zum Beispiel in den letzen vier Wochen gegenüber der D-Mark nur um sieben Prozent nachgab, fiel er gegenüber der britischen Währung um nicht weniger als 18 Prozent.

Dies schlägt sich natürlich vor allem in der Preisentwicklung derjenigen Rohstoffe nieder, die in den vergangenen Monaten von der Dollarstärke und Pfundschwäche profitiert haben, der NE-Metalle. Sie notieren ausnahmslos unter dem Preisniveau des Vormonats; Aluminium und Zinn fielen sogar auf ein neues Jahrestiefstniveau, was im Falle von Zinn besonders erstaunlich ist, weil der Internationale Zinnrat durch Käufe für die „buffer stocks" den Preis zu halten versuchte. Auf der anderen Seite konnte sich der Goldpreis, der unter anderem auch durch den starken Dollar in den vergangenen Monaten gedrückt wurde, um fast 30 Dollar auf ein neues Jahreshöchstniveau von 328,75 Dollar erholen.

Die Währungseinflüsse zeigen sich auch bei der Entwicklung der Indices. Der Reuters-Index, auf Pfundpreisen basierend, war unter dem Einfluß der Sterling-Schwäche im vergangenen Monat auf den neuen Höchststand von 2101,4 geklettert, gab erstmals seit drei Monaten wieder nach. Dagegen konnte sich der auf Dollarpreisen berechnete Moody's-Index, der sich seit einem Jahr im Abwärtstrend befindet, allerdings nur leicht um 16 Punkte erholen.

Zum Teil konnten die Währungseinflüsse sonst als gewichtiger geltende Faktoren in ihrer Wirkung aufheben. Dies gilt zum Beispiel für Kupfer. Ein Erdbeben in Chile, das die Produktion des weltgrößten Herstellers (15 Prozent Marktanteil) zeitweise beeinträchtigte, konnte den Preisrückgang für das rote Metall ebensowenig verhindern wie die Nachricht, daß Kennecott Copper, der größte US-Produzent seine Anlagen in Utah und der zweitgrößte Hersteller Phelpse Dodge seinen Betrieb in Arizona stillegen werden.

Allerdings kann der Preisverfall bei den NE-Metallen nicht allein auf die Bewegungen an den Devisenmärkten zurückgeführt werden. Alle Indikatoren deuten darauf hin, daß sich das Wirtschaftswachstum in den USA verlangsamt; da gleichzeitig keine Anzeichen bestehen, daß die Konjunkturerholung in den anderen wichtigen Industrieländern ein Tempo erreicht, wie man es aus früheren Aufschwungphasen kannte, bleibt die Nachfrage nach den sehr konjunkturreagiblen Rohstoffen wie den NE-Metallen gedämpft.

Nicht konjunkturelle Faktoren, sondern möglicherweise das gesteigerte Umweltbewußtsein haben zu dem Preisrückgang bei Blei geführt. Nach einem Bericht der International Lead and Zinc Study Group ist der weltweite Bleiverbrauch für die Kraftstoffbeimischung von 204 900 (1983) auf 193 000 Tonnen 1984 gesunken. Dieser Rückgang, für den vor allem die USA verantwortlich sind, entspricht immerhin fast fünf Prozent des Verbrauchs an raffiniertem Blei in der westlichen Welt.

Unter dem Einfluß sehr gegensätzlich wirkender Faktoren steht nach Ansicht des „Terminmarkts", eines Informationsdienstes des Brokerhauses Hornblower und Fischer, der Kaffeemarkt. Auf der einen Seite haben die Röster unter dem Eindruck der nachgebenden Preise ihre Kaufaktivitäten verstärkt. Gleichzeitig sind die Verschiffungen der Exportländer im Zeitraum Oktober 1984 bis Februar 1985 mit 20,5 Millionen Tonnen auf ein Sechsjahrestief gefallen. Die brasilianischen Bestände sollen nach Schätzungen des Internationalen Kaffee-Abkommens mit 4,7 Millionen Sack (zu je 60 Kilo) gar auf das tiefste Niveau seit 15 Jahren abgesackt sein.

Auf der anderen Seite halten Marktbeobachter aber die amerikanischen Bestände – auch wenn diese zuletzt etwas abgenommen haben – für ausreichend, um einen Versorgungsengpaß zu verhindern. Daher erwartet man kurzfristig eher stagnierende Kaffeepreise, ohne freilich einen Preisanstieg ausschließen zu können, wenn es zu einer Verknappung von sofort verfügbarer Ware kommen sollte. Der längerfristige Preistrend sollte dagegen von den Beständen der Produzentenländer und den Exporteuren abhängen. Unter diesen Aspekten sollten die späteren Termine eher nach oben tendieren.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende März 1985	Ende Februar 1985	Hoch 1985	Tief 1985
Kupfer	L	£/t	1139,5	1244,75	1302,50	1128
Zink	L	£/t	761,50	833	851	690,50
Zinn	L	£/t	9552,50	10092,50	10265	9552,50
Blei	L	£/t	292,50	321,75	395	292,50
Aluminium	L	£/t	886,50	1008,50	1060,25	886,50
Nickel	L	£/t	4300	4665	4927,50	4180
Gold	L	$/Unze	328,75	290,50	329,90	285
Silber	L	p/Unze	533,30	523,35	576,90	509,85
Platin	L	£/Unze	227	234,45	252,40	227
Weizen	C	Cts/bu	359,25	346,12	373,37	340,62
Mais	C	Cts/bu	297,60	264,37	279,62	262
Kakao	L	£/t	2028,50	2174	2266,50	1852
Kaffee	L	£/t	2143	2346	2423,50	2005
Zucker	L	£/t	108,50	115	122,50	95
Sojaöl	C	Cts/lb	30,02	28,33	31,40	25,59
Baumwolle	C	Cts/lb	67,55	67,85	71,95	66,65
Schweißwolle	S	Cts/kg	615	572	618,50	555
Kautschuk	L	p/kg	68	69,25	73,75	63,75
Indices: Moody's (31.12.31=100) New York			966,2	950,7	973,4	946,4
Reuter's (31.9.31=100) London			1953,9	2015,6	2101,4	1915,4

L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT



„Aufwertungserwartungen der D-Mark gegenüber dem Dollar können wir nur dauerhaft fördern, indem wir die Effizienz unserer Wirtschaft steigern und unser Kosten- und Preisniveau stabil halten, nicht jedoch, indem wir versuchen, über Zinsanreize Kapital in die D-Mark zu locken."

Dr. Wilhelm Arendts, Sprecher des Vorstandes der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München
FOTO: WOLF P. PRANGE

Benzinpreise unter Wettbewerbsdruck

Bm. Essen

Am Wochenende vor dem 1. April haben in Nordrhein-Westfalen die Benzinpreise zum Teil um einen Pfennig je Liter nachgegeben. Erst letzte Woche waren die Preise um fünf Pfennig je Liter angehoben worden, um den Stand vom 27. Februar wieder zu erreichen. Daß der Benzinpreis schon vor dem 1. April wieder nachgibt, wird in der Branche mit der ungewöhnlichen Heftigkeit des Wettbewerbsdrucks erklärt. Ursprünglich hofften die Raffineure, die fünf Pfennig Aufschlag wenigstens bis zum 1. April durchzustehen, um dann auf den erhöhten Preis vom heutigen Montag an den Steueraufschlag von zwei Pfennig je Liter verbleites Benzin aufsatteln zu können.

US-KONJUNKTUR

Indikatoren signalisieren ein langsameres Wachstum

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA pendelt sich das wirtschaftliche Wachstumstempo auf historischem Niveau ein. Das signalisieren die führenden Konjunkturindikatoren, die im Februar um 0,7 Prozent gestiegen sind, verglichen mit 1,5 Prozent im Vormonat. Im Dezember war das Barometer mit 0,5 Prozent ins Minus gerutscht. Aus dem Abwärtstrend, der von begleitenden Indikatoren bestätigt wird, ist der Schluß zu ziehen, daß Amerikas reales Bruttosozialprodukt in diesem Jahr nur halb so schnell zunehmen wird wie 1984 – statt um 6,8 vermutlich um drei bis 3,5 Prozent.

Was das Februarplus noch erheblich relativiert, sind die „Einzelposten". So zeigten nur fünf von zehn verfügbaren Indikatoren nach oben, und zwar die Lieferzeiten, Firmengründungen, Aktienkurse, inflationsbereinigte Geldversorgung und Kapitalgüteraufträge. Die letzteren – plus 1,02 Prozent – geben ein unklares Bild, weil sie überdurchschnittliche Rüstungsorder und Baugenehmigungen enthalten. Negativ waren so wichtige Indikatoren wie Anträge auf Arbeitslosenunterstützung, Konsumgüteraufträge und Rohstoffpreise.

Die Abschwächung ist auch zweifellos der Grund, warum sich die US-Notenbank hinsichtlich der Geldvermehrung neutral verhält. Bisher hat eine Liquiditätsverknappung nicht stattgefunden. Nach dem jetzt veröffentlichten Protokoll der Februar-Sitzung des Offen-Markt-Komitees plädierten zwar einige Mitglieder für einen restriktiveren Kurs, einstimmig sah man dann jedoch davon ab. Als die Schwachpunkte der US-Konjunktur wurden Produktion und Beschäftigung bezeichnet.

MEXIKO

Zwanzig Milliarden Dollar sind schon umgeschuldet

dpa, New York

Mexiko und Vertreter von über 600 internationalen Gläubigerbanken haben am Freitag in New York die erste Tranche eines langfristigen Umschuldungsprogramms in Höhe von insgesamt 48,7 Mrd. Dollar unterzeichnet. Es handelt sich um die bislang größte kommerzielle Umschuldung.

Der mexikanische Finanzminister Herzog erklärte, die Aktion sei keine Lösung für das gesamte Schuldenproblem, doch gewähre sie eine Atempause, „die wir brauchen, um die gesamtwirtschaftlichen Probleme Mexikos in Ordnung zu bringen". Mexiko ist mit über 90 Mrd. Dollar Auslandsschulden der zweitgrößte Schuldner der Welt nach Brasilien.

Die grundsätzliche Einigung über das Programm kam bereits im September 1984 zustande. Es geht bei diesem ersten Teil um die Streckung von 23,6 Mrd. Dollar öffentlicher Schulden, die ursprünglich zwischen August und Dezember fällig gewesen waren, und eines mittelfristigen Kredits in Höhe von fünf Milliarden Dollar, der im März 1983 gewährt wurde.

Der Präsident des Bankenkonsortiums Rhodes erklärte, Mexiko sei das erste lateinamerikanische Land gewesen, das in der gegenwärtigen Verschuldungskrise ernsthafte außenwirtschaftliche Zahlungsprobleme gehabt habe, und sei nun das erste Land, das ein langfristiges, über mehrere Jahre laufendes Umschuldungs-Abkommen unterzeichne.

Das zweite Abkommen, dessen Grundlinien bereits vereinbart wurden, soll im zweiten Halbjahr 1985 in Einzelverträgen zwischen den Gläubigern und den 52 größten Staatsunternehmen Mexikos unterzeichnet werden. Es betrifft 20,1 Mrd. Dollar, deren Rückzahlung zwischen 1985 und 1990 fällig wird.

VERMÖGENSBILDUNG / Union will Bausparen stärker fördern – Kritik der FDP

Bauwirtschaft soll angekurbelt werden

HEINZ STÜWE, Bonn

Die beiden Koalitionsfraktionen wollen sich bis Ende April über die zweite Stufe der Vermögensbildung verständigen. In einer gemeinsamen Entschließung sollen dann der Bundesregierung Vorgaben für ein Gesetz gemacht werden. Bei zügiger Beratung könne dieses bereits am 1. Januar 1985 in Kraft treten, hofft der vermögenspolitische Sprecher der Union im Bundestag, Kurt Faltlhauser. Der CSU-Politiker wies gegenüber der WELT die Kritik an den Vorschlägen der von ihm geleiteten fraktionsinternen Arbeitsgruppe „Eigentum und Vermögensbildung" zurück. Faltlhauser hält es nicht für vertretbar, die Förderung des Konten- und Versicherungssparens auslaufen zu lassen, wie die FDP das möchte. Der Ratensparvertrag sei „die klassische Sparform für die jungen Leute"; die Lebensversicherung könne nicht zu einer Zeit aus dem Katalog gestrichen werden, in dem über eine alternative Altersvorsorge neben der Rentenversicherung nachgedacht werde.

Im Mittelpunkt der Kritik steht der Unionsvorschlag, den Förderrahmen beim Bausparen von 624 auf 936 Mark jährlich aufzustocken, dafür allerdings die Sparzulage von 23 auf 15 Prozent zu senken. Faltlhauser betrachtet das als Möglichkeit, die Baukonjunktur anzukurbeln.

Das Neugeschäft der Bausparkassen werde um 110 Mill. DM zunehmen. Mit nur einem Vierteljahr Verzögerung könnte damit ein Bauvolumen von 370 Mill. DM finanziert werden, was 11 000 Arbeitsplätze schaffe oder sichere. Eine Abkehr von dem Ziel, mehr Geld in echte Beteiligungstitel zu lenken, sieht der CSU-Experte in der Begünstigung des Bausparens ohnehin nicht. „Die Hinführung zum Produktivkapital läßt sich nicht durch Gesetz von einem zum anderen Tag erzwingen", meint Faltlhauser. Vielmehr gehe es darum, den Tarifpartnern eine breite Palette von Anlageformen anzubieten.

Dazu zählt der CSU-Politiker auch indirekte Beteiligungsmöglichkeiten an Unternehmen. Faltlhauser setzt hier vor allem auf Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die Aktien an das Publikum ausgeben sollen. Wie die Bundesregierung, die dazu ein spezielles Gesetz vorbereitet, befindet er sich damit im Gegensatz zu seinen Parteifreunden in Hannover. Die niedersächsische Landesregierung hat in ihrem Gesetzentwurf Beteiligungs-Sondervermögen nach dem Muster der Investment-Fonds angeregt, die bis zu 40 Prozent ihres Vermögens in typischen stillen Beteiligungen anlegen können. Die Befürworter dieser Lösung glauben, daß sich solche Anteile bei unerfahrenen Anlegern eher durchsetzen als die stärker risikobehafteten Aktien von Beteiligungsgesellschaften.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesbürgers bewegliche Habe

Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte in Mrd DM (Zeitwert nach Abschreibung)

1970: 182 · 1975: 341 · 1980: 540 · 1984: 686 Mrd DM

davon: (grobe Schätzung): Teppiche 48 · Möbel 247 Mrd DM · Uhren, Schmuck 72 · Autos 192 · Fernseher, Videorecorder u.ä. 38 · Elektrische Haushaltsgeräte 34 · sonstiges 55

Globus 5528

Das bewegliche Vermögen der privaten deutschen Haushalte – beispielsweise Auto, Fahrrad, Schrankwand, Polstergarnitur, Videorecorder, Brillantring oder Perlenkette – hat, würde man es jetzt auf einen Schlag verkaufen, einen Wert von 686 Milliarden Mark. Das sind 27 000 Mark pro Haushalt. Über ein Drittel dieses Gebrauchsvermögens entfällt auf die Möblierung der Wohnungen. An zweiter Stelle steht das Auto – mit 200 Milliarden Mark.
QUELLE: GLOBUS

Reagan schickt Vermittler

Washington (Sbt.) – Um einen handelspolitischen Schlagabtausch mit Japan zu vermeiden, hat Präsident Reagan Gaston Sigur, der dem Stab des Nationalen Sicherheitsrates angehört, nach Tokio entsandt. Er soll Ministerpräsident Nakasone noch einmal auffordern, den japanischen Markt für amerikanische Erzeugnisse zu öffnen und auf die Erhöhung der Autolieferungen um 25 Prozent zu verzichten. In einer Resolution hat der US-Senat Japan zum „unfairen Handelspartner" erklärt. Falls Tokio nicht einlenkt, drohen Handelsschranken.

Abkommen mit der UdSSR

Peking (VWD) – Die VR China und die UdSSR wollen im Juni ein langfristiges Handelsabkommen unterzeichnen. Der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng hat erklärt, China strebe mit Moskau freundschaftliche Beziehungen an, jedoch kein Bündnis. Die sechste Runde der Normalisierungsgespräche beider Regierungen beginnt am 9. April in Moskau. Im Außenhandel wird 1985 mit einem Zuwachs der beiderseitigen Güterlieferungen um 36 Prozent auf mindestens 1,6 Mrd. Dollar gerechnet.

Verlängerung genehmigt

Bonn (dpa/VWD) – Kurze Butterfahrten (ohne Anlaufen eines ausländischen Hafens) sollen erst vom 1. Oktober 1985 und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, vom 1. Juni an gestoppt werden. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, hat Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) der von den Küstenländern vorgeschlagenen Verlängerung zugestimmt. Die Länder hätten darauf verwiesen, die meisten betroffenen Unternehmen benötigten genügend Zeit für Betriebsumstellungen. Das Ministerium bekräftigte, daß für längere Fahrten die bisherigen Steuerfreimengen über den 30. Oktober hinaus gelten sollen.

Vorbedingung abgelehnt

Washington (Sbt.) – Wenn die EG nicht nachgibt, fällt die geplante Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) aus. Auf amerikanischer Seite würde sie durch bilaterale Absprachen ersetzt. Daran ist nicht mehr zu zweifeln, nachdem der neue US-Finanzminister James Baker die von Frankreich geforderte Koppelung mit Gesprächen über eine Reform des Währungssystems und damit Dollar-Kontrolle kategorisch abgelehnt hat. Wie Baker in Washington erklärte, dürften an die Gatt-Runde keine Vorbedingungen geknüpft werden.

Auslieferung beschlossen

Frankfurt (rtr) – Der ehemalige Chef des Anfang 1983 enteigneten spanischen Rumasa-Konzerns, José Ruiz Mateos, darf nach einer Entscheidung des Frankfurter Oberlandesgerichts (OLG) an Spanien ausgeliefert werden. Wie der Anwalt des im April vergangenen Jahres auf dem Frankfurter Flughafen verhafteten Industriellen auf Anfrage mitteilte, stimmte das Gericht einer Auslieferung wegen angeblich fingierter Kreditgeschäfte und des Verdachts des Bilanzbetrugs zu. Ob Ruiz Mateos gegen das Urteil Einspruch erheben wird, ist noch unklar.

Dollar-Euroanleihe

London (VWD) – Eine Anleihe über 100 Mill. Dollar legt das Königreich Dänemark über Goldman Sachs International Corp. auf den Eurokapitalmarkt auf. Bei einem Kupon von 11⅞ Punkte. Die an der Luxemburger Börse amtlich notierten Bonds im Nennwert von 5000 Dollar können bis zum 2. April bezeichnet werden. Valutierungstermin ist der 10. April.

Zinserhöhung in China

Peking (dpa/VWD) – Die chinesische Zentralbank in Peking hat die Erhöhung der Zinssätze für Kredite sowie Spareinlagen mit Wirkung vom 1. April bekanntgegeben. Danach steigen die Zinsen für die als freies Betriebskapital verwendbaren Anleihen von gegenwärtig 7,2 auf knapp acht Prozent jährlich. Auch die Kreditzinsen für die meisten Anlageninvestitionen sollen, wie die chinesiche Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, angehoben werden. Die Zinserhöhung ist die erste Reaktion auf die beim in Peking tagenden Volkskongreß vielfach geübte Kritik an der zu lockeren Geld- und Finanzpolitik des vergangenen Jahres.

ENERGIEAGENTUR / Wettbewerb durch Opec-Ölprodukte

Protektionismus hilft nicht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Den Raffinerien der westlichen Industriestaaten drohen neue Gefahren. Nachdem sie ihre Kapazitäten wegen des rückläufigen Ölverbrauchs und aus strukturellen Gründen stark reduzieren mußten – in der Bundesrepublik wurde seit 1978 ein Drittel der Raffinagekapazität stillgelegt –, werden in den nächsten Jahren zunehmende Mengen an Ölprodukten aus Drittländern, insbesondere aus der Opec, auf diese Märkte drängen. Die Lösung dieses Problems ist die zur Zeit wichtigste Aufgabe der Internationalen Energieagentur (IEA), Paris.

„Vor protektionistischen Reaktionen der Mitgliedstaaten kann ich hier nur eindringlich warnen", erklärte IEA-Chefin Helga Steeg in einem Gespräch mit der WELT. Beschränkt einer der drei Verbraucherblöcke (EG, Nordamerika und Japan) die Einfuhren, gerieten die Raffinerien der übrigen IEA-Zone in große Schwierigkeiten. Auf offenen Märkten könnte das zusätzliche Angebot dagegen verkraftet werden.

Nach Berechnungen der IEA wird die Raffinagekapazität allein der Opec-Staaten zwischen 1984 und 1988 um zwei auf 7,3 Mill. Barrel (Faß) täglich steigen. Demgegenüber dürfte der heimische Verbrauch dieser Staaten nur um 0,6 auf 3,7 Mill. Faß zunehmen und Anfang der neunziger Jahre etwas über vier Mill. Faß erreichen.

Davon ausgehend, daß die neuen Kapazitäten zu 80 Prozent ausgenutzt werden, könnte also der Ölproduktenexport der Opec bis 1988 um etwa eine Million Faß täglich gesteigert werden. Das wären 50 Prozent mehr als die Opec gegenwärtig an Produkten exportiert. Von diesen Exporten gehen zwei Drittel in die westlichen Industriestaaten (OECD).

Demgegenüber erreicht der Ölproduktenverbrauch der OECD gegenwärtig 35 Mill. Faß täglich. Er wird sich nach IEA-Schätzung bis 1990 aber nur um drei Prozent erhöhen und bis zum Jahre 2000 auf das Niveau von 1983 zurückfallen. Die Ölproduktenimporte (auch aus anderen Drittländern) würden den Markt der OECD-Zone zunehmend belasten.

Andererseits schließt Frau Steeg eine Verknappung des Rohöls für den Beginn der neunziger Jahre nicht aus. Denn dann würde die Ölproduktion in der Nordsee zurückgehen und der Ölbedarf der Entwicklungsländer zunehmen. Das Raffinageproblem der westlichen Industriestaaten droht sich also auch von dieser Seite her – mangels Rohöl – zu verschärfen.

Die Hoffnung der Raffinerien, daß der Benzinverbrauch mit der Einführung des umweltfreundlichen Autos steigt, teilt Frau Steeg nicht. Die derzeit verfügbaren Katalysatoren würden zwar mehr (bleifreies) Benzin schlucken. Aber die Erfahrungen in den USA und in Japan hätten gezeigt, daß durch neue Technologien Einsparungen möglich sind.

Nachdem das Antikriseninstrumentarium der IEA ständig in Takt gehalten wird, bemüht sich Frau Steeg um die fortschreitende Koordinierung der Energiepolitik der Mitgliedstaaten und um die Entkrampfung der Beziehungen zwischen der IEA und der Opec.

JAPAN / Bei Unternehmen bricht das China-Fieber aus – Exporte stark gestiegen

Zahlreiche Kooperationen vorgesehen

FRED de LA TROBE, Tokio

In der japanischen Industrie hat sich ein China-Fieber ausgebreitet, das der spektakuläre Exporterfolg des Inselreichs in der Volksrepublik ausgelöst hat. Weite Handelskreise in Tokio erwarten schon, daß China in nicht allzu langer Zeit nach den USA zum zweitgrößten Handelspartner Japans aufsteigen wird. Ein ähnlicher Boom herrschte in Japan schon 1979–80; damals wurden aber zahlreiche mit den Japanern beschlossene Projekte einseitig storniert, das Verhältnis kühlte wieder ab. Inzwischen hat sich jedoch die chinesische Wirtschaftslage wesentlich gebessert.

Die japanischen Exporte nach China stiegen 1984 um 47 Prozent auf 7,2 Mrd. Dollar, die Importe von dort nahmen um 17 Prozent auf 5,6 Mrd. Dollar zu. Sprunghaft erhöhten sich vor allem die Lieferungen Japans von langlebigen Verbrauchsgütern mit Unterhaltungselektronik und Elektrogeräten an der Spitze. Die Ausfuhren von Farbfernsehern verneunfachten sich auf 2,5 Mill. Apparate. Die Exporte von Waschmaschinen stiegen um das dreifache auf 7,5 Mill., auch bei Kühlschränken, Tonbandgeräten, Taschenrechnern und Videorekordern wurden erstaunliche Zunahmen erzielt.

Die japanischen Lieferungen von Eisen und Stahl, traditionell die größte Ausfuhrposition im China-Handel, wuchsen 1984 um 16 Prozent auf 8,6 Mill. Tonnen. Damit war die Volksrepublik der größte Abnehmer in diesem Bereich vor den USA. Die Kraftwagenexporte erhöhten sich um das vierfache auf 84 600 Fahrzeuge. Davon waren zwei Drittel Lastwagen und Busse, der Rest Personenwagen. Die Motorradausfuhren stiegen von 1600 Maschinen 1983 auf 186 000 im vergangenen Jahr.

Nach fünf Jahren der Zurückhaltung investiert die japanische Industrie auch wieder mehr in China. Bis Ende vergangenen Jahres hatten die Unternehmen aus Japan 28 Joint ventures mit chinesischen Partnern gegründet und dafür rund 50 Mill. Dollar aufgewendet. Einige Firmen, auf der Suche nach billigen Arbeitskräften, schlossen Werke in Südkorea oder Taiwan und eröffneten dafür Betriebe neu in der Volksrepublik.

Beispiele neuer Investitionen, die seit Beginn dieses Jahres rasant zugenommen haben, sind ein Joint Venture zwischen Sanyo und Huagiang Janyu Electric in Shenzen zur Produktion von Farbfernsehern, der Bau eines 27stöckigen Hotels in Shanghai seitens der Aoki Construction unter Mitwirkung der Shanghai Pacific Hotel, der 60 Mill. Dollar kosten wird oder die Anlage eines Ferienzentrums auf der Insel Hainan bei Kosten von 25 Mill. Dollar, bei dem die Firma Kajimo Corp. zusammen mit zwei anderen japanischen Unternehmen mitwirken wird.

Die Modernisierungspläne Chinas legen besonderen Nachdruck auf den Bau neuer Kraftwerke. Der 1986 beginnende 7-Jahresplan will die Stromkapazität jährlich zwischen 7 Mill. und 10 Mill. Kilowatt erhöhen. Die japanischen Produzenten benötigter Anlagen verhandeln mit den Chinesen über den Bau neuer Werke.

Auch bei großen Infrastruktur-Projekten wirken japanische Unternehmen mit. Bei der Entwicklung des Kohlebergbaus in der inneren Mongolei sind die Nippon Steel Corporation und das Handelshaus C. Itoh als Koordinatoren tätig. Beim Bau einer 240 Kilometer langen Autobahn zwischen Guangzhou, Shenzen und Zhukai ist die Handelsfirma Kanematsu Gosho zusammen mit der Regierung von Hongkong und der Provin Guangzhou maßgeblich beteiligt.

Mit Abkommen über technischen Beistand und Joint ventures ist die japanische Autoindustrie in China engagiert. (SAD)

BERENBERG BANK / Mehrere Beteiligungen veräußert

Das Geschäft wächst stetig

JAN BRECH, Hamburg

Die Hamburger Privatbank Joh. Berenberg, Gossler & Co hat im Berichtsjahr 1984 ihr stetiges, qualitätsorientiertes Wachstum fortgesetzt. Die Bilanzsumme weitete sich um 6,4 Prozent auf 1,6 Mrd. DM aus, das Geschäftsvolumen um 5,9 Prozent auf 2,1 Mrd. DM. Nach Angaben der persönlich haftenden Gesellschafter Joachim H. Wetzel, Peter Freiherr von Kapherr und Joachim von Berenberg-Consbruch hat sich parallel zur Geschäftsentwicklung das Ergebnis in allen Sparten „erfreulich" entwickelt.

Konkrete Angaben werden zum Ertrag nicht gemacht. Die Verbesserung des Betriebsergebnisses, so Wetzel, sei überproportional zum Wachstum der Bilanzsumme, und der Zinsüberschuß überdecke trotz einer von 2,25 auf 2,10 Prozent verringerten Zinsmarge den Verwaltungsaufwand deutlich. Auf hohem Niveau weiter gestiegen sei ferner das Provisionsaufkommen im Außenhandelsbereich und aus dem Vermögensverwaltungs- und -beratungsgeschäft. Die Zahl der für Privatkunden und institutionelle Anleger verwalteten Depots erhöhte sich um 17 Prozent, das verwaltete Volumen um 27 Prozent.

Das Kapital der Bank ist wie in den vergangenen Jahren um fünf Prozent auf jetzt 80 Mill. DM erhöht worden. Die Kapitalquote beträgt 4,94 Prozent und soll auch künftig bei rund 5 Prozent gehalten werden. Bei einem für 1985 geplantem Wachstum von sechs Prozent dürfte aus dem Gewinn dieses Jahres das Kommanditkapital wieder um 5 Mill. DM erhöht werden.

Trotz insgesamt verhaltener Kreditnachfrage der traditionellen Außenhandelskundschaft sei es der Bank gelungen, im Verlauf des Jahres das überwiegend kurzfristige Kreditgeschäft zu beleben und neue Kunden zu gewinnen, erklärte Wetzel. Das Volumen stieg um 3,6 Prozent auf 1,3 Mrd. DM. Im Passivgeschäft blieb die überdurchschnittlich gute Bilanzstruktur erhalten. Von den Gesamteinlagen entfielen 61 auf Kundeneinlagen und 39 Prozent auf Bankengelder.

Veränderungen hat es bei den Beteiligungen der Bank gegeben. Nach Angaben von Wetzel ist ein ganzes Bündel kleinerer Beteiligungen veräußert worden, darunter als einziges größeres Engagement ein Anteil von 10 Prozent an der Ibero-Amerika-Bank AG, Bremen. In der Bilanz verminderte sich die Position Beteiligungen um rund 2 Mill. DM.

WÜRTTHYPO / 22 Prozent Dividende plus Bonus

„Ein Jahr der besseren Sorte"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für die Württembergische Hypothekenbank AG, Stuttgart, war das Geschäftsjahr 1984 nach Worten von Vorstandsmitglied Hans Walter Schmidt ertragsmäßig „eines von der besseren Sorte". Der erweiterte Zinsüberschuß, also Zins- und Einmalüberschuß zusammengerechnet, stieg um 13 Prozent auf 86,6 Mill. DM. Das Betriebsergebnis verbesserte sich um 15,6 Prozent auf 62,8 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 17,1 (16,7) Mill. DM werden wieder 22 Prozent Dividende gezahlt, zusätzlich gibt es einen Bonus von zwei Prozent. Am Aktienkapital von 27,5 Mill. DM ist die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank mehrheitlich beteiligt.

Nach Zuweisung von zehn Mill. DM an die Rücklagen verfügt das Institut über 208,8 Mill. DM eigene Mittel, die ihm genügend Emissionsspielraum (für weitere 1,8 Mrd. DM Schuldverschreibungen) geben. Wie bei anderen Hypothekenbanken auch gingen bei den Darlehensneuzusagen im Berichtsjahr 1984 die Hypotheken um 25 Prozent auf 448 Mill. DM zurück. Im Anpassungsgeschäft standen 554 (667) Mill. DM Hypothekendarlehen zur Verlängerung an. Davon konnten 84 (80) Prozent im Bestand gehalten werden. Das Kommunalgeschäft stieg im Zusagevolumen um 15,5 Prozent auf 717 Mill. DM. Der gesamte Darlehensbestand vergrößerte sich um 5 Prozent auf 9,17 Mrd. DM; die Kommunaldarlehen um 60,1, die Hypotheken um 39,9 Prozent.

In der regionalen Aufteilung des Hypothekenbestandes rangiert Baden-Württemberg (33,1 Prozent) vor Nordrhein-Westfalen (27,6 Prozent). Es wurden 2,12 Mrd. DM Schuldverschreibungen (plus 15,2 Prozent) verkauft. Die Bilanzsumme erreichte 9,61 Mrd. DM (plus 5,1 Prozent).

NAMEN

Dr. **Ulrich Erdmann**, Leiter der Rechtsabteilung der IBM Deutschland GmbH, wurde zum Generalbevollmächtigten ernannt.

Flugkapitän **Dieter Uchtdorf** (44), der zur Zeit neben seiner aktiven Tätigkeit als Kommandant auf DC 10 den Bereich Cockpit-Besatzungen der Deutsche Lufthansa AG, Köln, leitet, wird mit Wirkung vom 1. Januar 1986 Chefpilot und übernimmt gleichzeitig die Leitung der Direktion Flugbetrieb.

Dr. **Willi Lamberts** hat den Direktoriumsposten im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, aufgegeben.

Karl H. Pless, Geschäftsführer der Hoechst Boliviana Ltd., wurde zum Präsidenten der Deutsch-Bolivianischen Industrie- und Handelskammer, La Paz, für das Geschäftsjahr 1985/86 gewählt. Vizepräsident wurde turnusgemäß **Fernando Anker**, Direktor des Banco Mercantil.

RENTENMARKT / Bundesbank stützt Optimismus

Zinsen sind weiter gesunken

Der weitere Rückgang des Dollar und der US-Zinsen hat die freundliche Stimmung verfestigt. Dazu trägt auch das Zinssenkungssignal bei, das die Bundesbank mit einem Wertpapierpensionsgeschäft zum Zins von nur noch 5,7 Prozent gesetzt hat, auf das 15 Mrd. DM zugeteilt wurden. Ebenfalls ein Zinssenkungssignal ist die Rücknahme des Schatzwechselankaufszinses von 5,5 auf 5,3 Prozent, mit dem die Bundesbank zu erkennen gibt, daß ihr ein Rückgang des Tagesgeldzinses auf 5,3 Prozent ins Konzept paßt, weil sie den aktuellen Dollarkurs nicht mehr als so störend empfindet. Die Bundesanleihe hatte einen guten Start. (cd.)

Emissionen	29.3. 85	22.3. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,12	7,24	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,29	7,35	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,29	7,36	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,22	7,29	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,33	7,47	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,13	7,25	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,62	7,75	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,31	7,44	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,53	7,63	7,20	8,08	8,45

In Betroffenheit und Trauer nehmen wir Abschied von

Paul Cramer

Brauereibesitzer

* 12. 8. 1913 † 27. 3. 1985

Sein Lebensinhalt war Liebe zu seiner Familie, Begeisterung für seinen Beruf und Treue zu seinen Freunden.

Nach einem Leben voller Arbeit und Fürsorge wurde mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel von Gott in Frieden heimgeholt. Er wird uns sehr fehlen.
Wir gedenken seiner in Dankbarkeit und Liebe.

Annemarie Cramer geb. Frye
Annemarie Cramer-Hesse geb. Cramer
Albert Cramer und Frau Marianne geb. Sülberg
Günther Müller und Frau Edith geb. Cramer
Jesus Claro-Alvarez und Frau Jutta geb. Cramer
zehn Enkelkinder
und alle Anverwandten

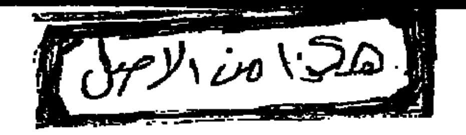
4788 Warstein, Wilhelmstraße 15

Mit unserem verehrten Seniorchef verlieren wir einen Unternehmer, der durch seine Tatkraft, sein Wissen und seinen Weitblick die Entwicklung und den Aufstieg der Warsteiner Brauerei über Jahrzehnte entscheidend beeinflußt hat.
Bis zuletzt war er seinem Unternehmen eng verbunden.
Sein Wirken war Vorbild und Verpflichtung.
Wir werden ihm ein bleibendes Gedenken bewahren.

WARSTEINER BRAUEREI
Gebr. Cramer GmbH & Co. KG
Inhaber, Geschäftsleitung,
Betriebsrat und Belegschaft

Das Seelenamt ist am Mittwoch, 3. April 1985, 14.00 Uhr, in der Pfarrkirche St. Pankratius zu Warstein; anschließend der Trauerzug und die Beisetzung von dort aus.

Anstelle von zugedachten Blumen und Kränzen wäre auch eine Spende zugunsten des SOS-Kinderdorfes in Guatemala im Sinne des Verstorbenen (Volksbank Warstein, Kto.-Nr. 11 55 100, BLZ 416 625 57).



RHEIN-MAIN RECHENZENTRUM / Software „von der Stange" für Microcomputer

Auf deutschen Bedarf ausgerichtet

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Das Rhein-Main Rechenzentrum GmbH & Co. KG, Frankfurt, drittgrößter deutscher Anbieter von EDV-Dienstleistungen (nach Datev und Taylorix), stellt sich auf die wachsende „Konkurrenz" der in den Unternehmen direkt betriebenen Mikrocomputer ein. Genau dieser Zielgruppe nämlich will das Unternehmen jetzt standardisierte Software zur Lösung der betrieblichen Aufgaben anbieten.

Dabei setzt Geschäftsführer Bernd Jacke auf einen steil wachsenden Markt. Schon 1983 wurden in der Bundesrepublik 249 Mill. DM mit Software „von der Stange" für Mikrocomputer umgesetzt. 1986 soll bereits die Marke von 1 Mrd. DM erreicht werden. Auch im Gesamtmarkt der Programme erreicht die Konfektionsware einen immer größeren Marktanteil. Mit 11,4 Mrd. DM machte sie 1984 rund 31 Prozent des westeuropäischen EDV-Software- und Dienstleistungsmarktes aus, 1989 soll sie mit 50 Mrd. DM 48 Prozent erreicht haben.

Das Rhein-Main-Rechenzentrum, Tochtergesellschaft des belgischen EDV-Dienstleistungskonzerns CIG, rechnet sich auf diesem Markt gute Chancen aus. Dabei baut man auf die eigenen Erfahrungen aus dem Rechenzentrums-Geschäft: Zum einen habe man dabei bereits die Kunden aus einer Vielzahl verschiedener Branchen mit einem einzigen variablen Standard-Software-Paket bedient, zum anderen aber auch wichtige Erfahrungen mit einer betreuungsbedürftigen Klientel gewonnen.

Beides – die Kenntnis der typisch deutschen Anforderungen und das „Händchenhalten" – wertet Jacke als klare Wettbewerbsvorteile gegenüber der amerikanischen Konkurrenz, die bislang überwiegend den Mikro-Markt mit Software versorgt. Damit, so hofft er, wird er auch die bisherigen Rechenzentrumskunden halten können.

Das 180-Mitarbeiter-Unternehmen, das schon seit längerem auch im Mikrocomputer-Vertrieb tätig ist, hat 1984 den Umsatz um 21 Prozent auf 23 (19) Mill. DM gesteigert. Die CIG, zu der der mehr als 30 Jahre alte frühere Familienbetrieb seit 1980 gehört, kam mit fast 1000 Mitarbeitern in neun Ländern auf einen Umsatz von 175 (170) Mill. DM.

Davon entfiel rund die Hälfte allein auf die Muttergesellschaft; der deutsche Beitrag lag bei 14 Prozent. Die Gruppe kam auf einen Gewinn vor Steuern von acht Prozent vom Umsatz. Hauptaktionär der CIG ist die belgische Société Générale de Banque.

Knürr-Mechanik erhöht Dividende

VWD, München

Die Knürr-Mechanik für die Elektronik AG, München, erhöht ihre Dividenden. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung am 14. Mai hervorgeht, sollen aus dem Bilanzgewinn von rund 0,525 (0,186) Mill. DM je Stammaktie 3,50 (zwei) DM und je stimmrechtslose Vorzugsaktie 4,50 (drei) DM gezahlt werden. Außerdem soll die HV der Schaffung eines genehmigten Kapitals von 3,3 Mill. DM zustimmen; befristet bis 1990. Das genehmigte Kapital kann unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts in Anspruch genommen werden.

Der Praxis des Unternehmens entspricht, ein genehmigtes Kapital von der Hälfte des begebenen Kapitals von 6,6 Mill. DM zur Verfügung zu haben. In den nächsten drei Jahren sollen 16 Mill. DM investiert werden – zum großen Teil aus Eigenmitteln finanziert. Grundsätzlich werde das Bezugsrecht bei Kapitalerhöhungen gegen Geldeinlage gewahrt.

INTERFUNK / Rabattspreizung wird angeprangert – Umsatz wie im Vorjahr

Markt bleibt attraktiv und innovativ

WERNER NEITZEL, Sonthofen

Keine schlechten Vorzeichen für das Jahr 1985 in der Branche der Unterhaltungselektronik sieht die Interfunk Einkaufsgenossenschaft europäischer Unterhaltungselektronik- und Haustechnik-Fachbetriebe eG, Ditzingen bei Stuttgart. Der Markt erweise sich weiterhin als attraktiv und innovativ mit großen Zukunftschancen. Für das neue Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.) rechnet Hermann Seringer, geschäftsführender Interfunk-Vorstand, für das Unternehmen mit einer leichten Umsatzsteigerung von zwei bis drei Prozent.

Wichtig bleibe für die Branche, Ertrag über Menge und Absatz zu stellen. Angesichts des in der Branche verbreiteten „ruinösen Preis- und Spannenverfalls" müsse das Jahr 1984, wie Interfunk-Aufsichtsratsvorsitzender Robert Gast anläßlich der 20. Interfunk-Börse in Oberstdorf (24.3. bis 1.4.) formulierte, als „Katastrophenjahr" bezeichnet werden. Der Handel, der in 1982 noch ein betriebswirtschaftliches Minus von einem Prozent erwirtschaftete, mußte nach zwei Prozent in 1983 im vergangenen Jahr ein Minus von 2,6 Prozent hinnehmen. Anzuprangern sei die Rabattspreizung von Seiten der Industrie zu Gunsten großer Abnehmer.

Nach den vorläufigen Zahlen erzielten die 980 (Vorjahr: 960) Mitglieder der Interfunk im Geschäftsjahr 1984/85 einen Umsatz von 2,5 Mrd. DM, was in etwa dem Vorjahresresultat entspricht. Die über die Interfunk getätigten Käufe der Mitglieder betrugen unverändert 1,5 Mrd. DM. Dabei verringerte sich der Umsatz mit Produkten der Unterhaltungselektronik leicht auf 1,27 (1,29) Mrd. DM, während in der Haustechnik-Sparte ein Anstieg auf 0,23 (0,21) Mrd. DM zu verzeichnen war. Stolz ist Seringer auf die mit konstant 86 Prozent hohe Einkaufsloyalität der Mitglieder. Eigen- und Handelsmarken machen bei der „braunen Ware" rund ein Drittel, in der Haustechnik 15 bis 18 Prozent des Umsatzes aus.

Um in Anbetracht der Turbulenzen am Markt noch besser gerüstet zu sein, präsentierte Seringer den Mitgliedern der Genossenschaft ein Betriebstypen-Konzept, das auf jeweilige Betriebsgrößen zugeschnittene spezifische Serviceleistungen durch die Interfunk beinhaltet. Von der Industrie erwartet die Interfunk eine Anpassung der Fertigungskapazitäten an die realen Gegebenheiten. Eine erneute Verunsicherung der Verbraucher befürchtet Interfunk vom 8-mm-Video-System. Das Vordringen der Compact-Disc werde dem Tonträgergeschäft wichtige Wachstumsimpulse bringen. An die Bundesregierung wird die Forderung gerichtet, den Betrieb von Satelliten-Fernsehempfangsanlagen jedermann zu gestatten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

ADT beantragt Vergleich

Frankfurt (VWD) – Wegen Überschuldung wird der Vorstand der im Markenartikel- und Bauträgerbereich tätigen ADT AG, Frankfurt, die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragen und unverzüglich zum 7. Juni dieses Jahres eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen. Dies kündigt der ADT-Vorstand an, nachdem hohe Fehlbeträge im Bauträgergeschäft 1984 zu einem Gesamtverlust von 63,1 Mill. DM geführt haben. Einschließlich des Verlustvortrags aus 1983 von 2,4 Mill. DM und nach Auflösung der gesetzlichen Rücklagen von 19,1 Mill. DM wird der Bilanzverlust per Ende 1984 mit 45,1 Mill. DM angegeben. Dem stehe das Grundkapital von 25 Mill. DM und ein Gesellschafterdarlehen von 12,5 Mill. DM gegenüber.

Anschlußkonkurs droht

Hamburg (VWD) – Für die Töchter der in Schwierigkeiten geratenen Bauträgergesellschaft Treuwo AG, Lübeck, die Anfang Februar einen Vergleichsantrag gestellt hat, wird mit aller Wahrscheinlichkeit das Anschlußkonkursverfahren eröffnet werden. Das war auf Anfrage vom Vergleichsverwalter in Hamburg zu erfahren. Das Vermögen der Töchter reiche für einen Vergleich (Mindestquote 35 Prozent) nicht aus. Offen ist noch die Situation bei der Mutter, die sich in einer Vorvergleichsphase befindet.

Afrika-Bank zufrieden

Hamburg (JB.) – Die Hamburg-Afrika-Bank AG, Hamburg, wird für das Geschäftsjahr 1984 auf 15 Mill. DM Grundkapital 5 Prozent Dividende ausschütten. Wie es in einem ersten Überblick heißt, habe sich die Ertragslage deutlich verbessert. Die Bemühungen, die Position der Bank bei der Finanzierung des Außenhandels mit Afrika zu verbessern und gleichzeitig die Risiken im Kreditgeschäft zu begrenzen, seien erfolgreich gewesen. Das Geschäftsvolumen weitete sich um 19 Prozent auf 366 Mill. DM aus, das Kreditvolumen um 24 Prozent auf 347 Mill. DM.

Rheintuch „wieder da"

Düsseldorf (Py.) – Die Übernahme der Rheintuch Schwartz & Klein AG, Mönchengladbach, zwei Jahre nach Vergleich und Anschlußkonkurs durch die Tuchfabrik Willy Schmitz (TWS) ist erfolgreich verlaufen. Die Tuchfabrik Schmitz hat neben den übernommenen Arbeitskräften weitere Mitarbeiter eingestellt. Mit der Tuchfabrik für Damenoberbekleidung hat Schmitz ein zweites Produktionsbein. Der Umsatz von TWS stieg 1984 um 25 Prozent auf über 70 Mill. DM. Die Steigerung ging auf alle Betriebszweige zurück. Die Produktion aller Werke ist für die nächsten Monate verkauft und die Vollbeschäftigung gesichert.

Reserven gestärkt

Frankfurt (cd.) – Die auf das Großkundengeschäft spezialisierte Deutsche Länderbank, Tochter der Dresdner Bank, erwirtschaftete 1984 ein Betriebsergebnis von 20,3 (22,1) Mill. DM, von dem nach Risikovorsorge und deutlicher Dotierung der stillen Reserven ein Jahresüberschuß von fünf Mill. DM verbleibt; er wird in die offenen Reserven eingestellt, die damit auf 78 Mill. DM zunehmen und die haftenden Mittel auf 123 Mill. DM erhöhen. Verstärkte Interbankaktivitäten ließen die Bilanzsumme 1984 um zehn Prozent auf 3,2 Mrd. DM steigen. Die Kundenforderungen sowie Wechsel- und Avalkredite gingen von 930 auf 889 Mill. DM zurück.

Wochenschlußkurse

New York

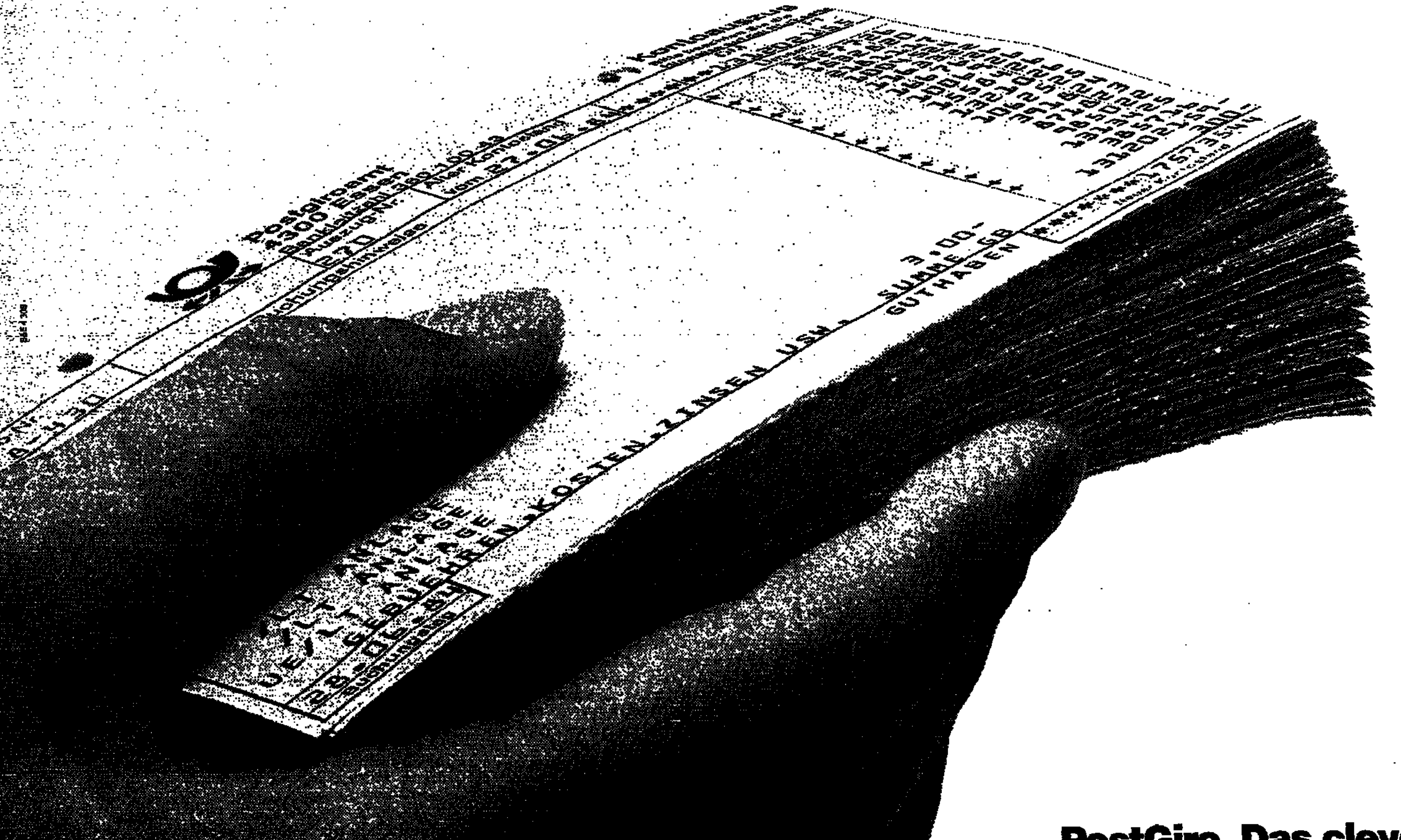
	29.3.	22.3.
Adv. Micro Dev.	33,375	31,5
Aetna Life	40,75	40,25
Alcan Aluminium	25,5	27,25
Alcoa	34,625	34,5
Allied Chemical	37,75	38,625
AMR Corp.	42	39,625
Amax	18,375	17,375
Am. Cyanamid	51,625	51,375
Am. Express	41,375	42,25
Am. Motors	3,25	3,375
Am. Tel. & Telegr.	21,625	21,5
Asarco	26,75	24,875
Atlantic Richfield	48,875	48,125
Avon Products	20,375	20,5
Bally	14,125	14,5
Bk. of America	18,625	18,875
Bethlehem Steel	17,875	17
Black & Decker	21,75	24,125
Boeing	62,5	62,375
Brunswick	56,75	56,75
Burroughs	59,75	58
Caterpillar	32,125	30
Celanese	93,5	89,875
Chase Manhattan	51,5	52,125
Chrysler	34,875	34,125
Citicorp	45,25	43,25
City Investing	37,25	37,375
Clorox	34,375	33,375
Coca Cola	70	66,75
Colgate	24,875	24,25
Commodore	10,375	10,5
Comwth. Edison	29,5	29
Comm. Satellite	31,	31
Control Data	29,875	33
CPC Int.	41,75	43,875
Curtiss Wright	34	35,5
Deere	30,875	31
Delta Airlines	46,75	45,375
Digital Equipm.	104	99,75
Dow Chemical	29	28,875
Du Pont	51,875	51,875
Eastern Gas-Fuel	22,875	22
Eastman Kodak	68,5	67,25
Exxon	50,125	49,5
Firestone	18,375	18,25
Fluor	18,75	18,375
Ford	42,5	42,625
Foster Wheeler	14,25	14,255
Fruehauf	23,25	23,55
GAF Corp.	31	30,5
General Dynamics	73	73
General Electric	59,125	61,875
General Foods	61,125	61,5
General Motors	72,875	73,75
Gen. T. & E.	40,25	40,75
Goodrich	29,5	29,375
Goodyear	27,125	26,5
Grace	41,875	40,875
Halliburton	30,625	29,875
Heinz	48,5	48
Hewlett Packard	34	35
Homestake	26,75	25
Honeywell	57,75	59,75
IBM	126,875	127,75
Int. Tel. & Tel.	36	35,125
Int. Harvester	10,25	9,75
Int. Paper	49,75	50
Int. North. Inc.	52,875	47,5
Jim Walter	35,625	34,125
Litton Industries	68,875	67
Lockheed Corp.	48,375	47,375
Loew's Corp	43,875	42,875
Lone Star	21,5	22,625
Louisiana Land	35,125	34,5
LTV Corp.	10,625	10
Mc Dermott	26,25	27,25
Mc Donnel Doug.	77,125	77,75
Merck & Co.	104,875	103
Merrill Lynch	30,625	30,625
Mesa Petroleum	19,875	18,75
MGM (Film)	12,375	12
Minnesota M.	82,25	84,25
Mobil Oil	30	28,75
Monsanto	42,25	42,875
Morgan J P.	45,125	47,25
Nat. Semiconductor	11,125	10,625
National Steel	28,5	29,25
NCR	28,5	27,875
Newmont	44,25	41,75
PanAm World	4,625	4,5
Pfizer	43	42,25
Phibro	38	36,875
Philip Morris	93,375	94
Philips Petroleum	37,75	39,125
Pittston	11,125	10,625
Polaroid	30	29
Prime Computer	15,75	15,25
Procter & Gamble	55,5	56,25
RCA	41,5	42,875
Revlon	36,75	34,5
Reynolds Ind.	85,625	84,5
Rockwell Int.	36,25	35,75
Rorer Group	29,5	29,75
Schlumberger	38,5	38,625
Sears, Roebuck	34,125	34,5
Shell Oil	59,625	59,25
Singer	34,5	35,5
Sperry Corp.	52,75	51,875
Stand. Oil Calif.	34,875	34,125
Stand. Oil Indiana	61,625	62,125
Storage Techn.	3	2,875
Tandy	34,75	33,375
Teledyne	248,5	251,875
Telex Corp.	41,25	41,875
Tesoro	12,625	12,375
Texaco	36,125	34,75
Texas Instrum.	111,25	110,375
Tosco	1,875	1,75
Trans World Corp.	34,375	34,125
Transamerica	28,5	28,55
Travelers	41,25	41,75
UAL	46,25	44,25
Ucccel Corp	13,875	14
Union Carbide	38,25	37,5
Union Oil of Calif.	50,375	46,375
US Gypsum	32,875	–
US Steel	27,125	27,25
United Technologies	40,875	40
Walt Disney	78,5	79,875
Warner Comm.	26,875	26
Westinghouse El.	30	30,5
Weyerhaeuser	28,25	27,5
Whittaker	–	–
Woolworth	41,5	40,875
Xerox	43,375	43
Zenith Radio	72,25	21,125
Dow Jones Index	1766,78	1267,45
Stand. & Poors	176,14	179,04

Toronto

	29.3.	22.3.
Abitibi-Price	55,25	55,5
Alcan Alu.	34,875	37,625
Bk. of Montreal	25,5	26,125
Bk. of Nova Scotia	12,25	12,875
Bell Cda Enterprises	39,5	39,25
Bluesky Oil	4,7	4,45
Bow Valley Ind.	17,625	17,375
Brenda Mines	9,75	9,75
Brunswick M & Sm.	17	15
Cdn. Imperial Bk.	29,25	29,5
Cdn. Pacif. Enterpr.	28,375	27,625
Cdn. Pacific Ltd.	58,625	57,75
Cominco	14,625	14,75
Caselax Res.	2,85	2,74
Denison Mines	11,5	13,25
Dome Petroleum	3,55	3
Domtar	35,5	37,25
Falconbridge Ltd.	100	95,75
Great Lakes Forest	91	90,5
Gulf Canada	19	18,25
Gulfstream Res.	0,65	0,64
Hiram Walker Res.	30	28,75
Hudson Bay Mng. Sp.	16,625	17,125
Husky Oil	12	10,75
Imperial Oil -A-	52	50,5
Inco	18,125	17,75
Inter City Gas Ltd.	12,875	13,125
Interprov. Pipeline	37,125	37,375
Kerr Addison	16	16,125
Lac Minerals	–	28,75
Massey Ferguson	3,65	3,15
Moore Corp	70,625	72,25
Noranda Mines	18,375	18,875
Norcen Energy Res.	16,375	14,5
Northgate Expl.	5,125	5,125
Northern Telecom.	48,25	49
Nova An Alberta A	6,625	6,5
Nu West Group	0,55	
Oakwood Petrol	7	6,875
Provigo Inc.	19,875	–
Ranger Oil	5,625	5,5
Revenue Properties	1,2	1,2
Rio Algom	23	25,375
Royal Bk. of Can.	27,875	29,25
Seagram	53,5	55,75
Shell Canada	28	26,25
Sherritt Gordon	7	6,5
Steleo -A-	20,25	20,875
TransCdn. PipeLines	24,75	23,75
Westcoast Transm.	14,875	15
Index: TSE 300	2612,8	2605,5

Tokio

	30.3.	25.3.
Alps	1820	2180
Bank of Tokyo	815	837
Banyu Pharma	918	–
Bridgestone Tire	532	532
Canon	1280	1460
Daikin Kogyo	616	679
Daiwa House	560	570
Daiwa Sec.	900	908
Ebara	1820	1880
Fuji Bank	1650	1650
Fuji Photo	1710	1820
Fuji Radio	2460	–
Hitachi	827	867
Honda	1350	1420
Ikegai Iron	401	393
Isetan	486	480
Ito Yokado	2630	2600
Japan Air	6580	5930
Japan Met.	485	435
Japan Syn. Rubber	401	395
Kajima	284	275
Kansai Elec.P.	1460	1430
Kao Soap	778	845
	30.3	22.3.
Kawasaki H	160	158
Kawasaki S	154	149
Kirin Brewery	604	568
Komatsu	475	465
Kubota Iron	336	326
Kyocera	5400	6120
Makita El.	1000	1070
Marui	1000	1030
Matsushita El. Ind.	1500	1630
Matsushita El. Wks.	2830	3110
Mitsubishi CP	540	529
Mitsubishi El.	403	395
Mitsubishi Estate	632	670
Mitsubishi Heavy I.	276	268
Mitsui Co. Ltd	338	339
Mitsukoshi	430	426
Mitsumi El.	974	1090
Nichicon	–	–
Nihon Cement	243	228
Nikko Sec.	817	871
Nippon El.	1080	1160
Nippon Kokan	138	139
Nippon Oil	896	915
Nippon St.	161	154
Nippon Yusen	236	248
Nissan Motor	658	648
Nomura Sec.	1200	1250
Olympus	1180	1250
Penta-Ocean	270	262
Pioneer	2630	2800
Renown	619	655
Ricoh	880	930
Sankyo	1240	1210
Seiyu Stores	630	640
Sekisui Pref.	580	580
Sharp	1000	1040
Shiseido	1080	1080
Sony	4310	4650
Sumitomo Bank	1750	1800
Taisei Corp.	211	211
Taisho Marine	475	455
Takeda Chem.	878	846
Teijin	475	435
Tokyo Elec.	1340	1570
Tokyo Gas	181	176
Tokio Marine	880	890
Tokyo El. Power	1760	1680
Toray Ind.	530	449
Toshiba Elec.	416	412
Toto	640	670
Toyo Kogyo	451	469
Toyota Motor	1260	1340
Yamaichi	814	825
Yamanouchi	3910	3950
Yamaha	769	790
Yamazaki	–	627
Index	999	993,92



ERGEBNISSE

K'lautern – Bochum	ausgefallen	
Bielefeld – Hamburg	4:1	(1:0)
Uerdingen – Frankfurt	1:1	(0:0)
München – Düsseldorf	6:0	(2:0)
Köln – Mannheim	0:0	
Dortmund – Stuttgart	4:1	(2:1)
Karlsruhe – Leverkusen	0:0	
Braunschw. – M'gladbach	0:4	(0:1)
Bremen – Schalke	2:1	(1:0)

DIE SPIELE

Bielefeld – Hamburg 4:1 (1:0)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe – Büscher, Rautiainen, Foda (87. Steffen), Borchers, Dronia – Reich, Westerwinter (81. Ellguth). – **Hamburg:** Stein – Plessers – Schröder (69. Hofmeister), Wehmeyer – Kaltz, Soler (46. McGhee), Groh, Magath, Rolff – Milewski, von Heesen. – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 1:0 Reich (14.), 2:0 Reich (74.), 2:1 Kaltz (75., Handelfmeter), 3:1 Reich (81.), 4:1 Hupe (87.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Schnier (4/2), Schröder (3).

Uerdingen – Frankfurt 1:1 (0:0)

Uerdingen: Vollack – Herget – Wöhrlin, van de Loo, Brinkmann – Klinger (46. Gudmundsson), W. Funkel, F. Funkel, Raschid – Schäfer, Feilzer (73. Thomas). – **Frankfurt:** Gundelach – Fruck – Körbel, Kraaz – Sievers, Svensson, Berthold, Boy, Mohr – Müller, Tobollik (88. Conrad). – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 1:0 W. Funkel (55.), 1:1 Müller (65.). – **Zuschauer:** 11 000.

München – Düsseldorf 6:0 (2:0)

München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Eder – Matthäus, Lerby, Pflügler, Willmer – Mathy (68. Dürnberger), Wohlfarth (61. Rummenigge), Kögl. – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Bockenfeld, Kuczinski, Löhr – Bommer, Dusend, Edvaldsson, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Röthlisberger (Schweiz). – **Tore:** 1:0 Lerby (19.), 2:0 Mathy (22.), 3:0 Augenthaler (49.), 4:0 Matthäus (69.), 5:0 Augenthaler (74.), 6:0 Lerby (84.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karte:** Bokkenfeld (2).

Köln – Mannheim 0:0

Köln: Schumacher – Steiner – Geils (38. Strack), Hönerbach – Lehnhoff, Hartwig, Bein, Prestin, Engels (63. Mennie) – Littbarski, Allofs. – **Mannheim:** Zimmermann – Schön – Tsionanis, Dickgießer – Kohler, Schlindwein, Heck, Scholz, Quaisser – Klotz, Bührer. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Allofs (4/2), Bührer (4/1).

Dortmund – Stuttgart 4:1 (2:1)

Dortmund: Immel – Zorc – Rüßmann, Kutowski – Storck, Bittcher, Loose, Raducanu, Anderbrügge (75. Schüler) – Egli, Simmes. – **Stuttgart:** Roleder – Niedermayer – K.-H. Förster, B. Förster – Schäfer, Kempe, Maurer (67. Buchwald), Allgöwer, Müller – Reichert (71. Lorch), Klinsmann. – **Schiedsrichter:** Zimmermann (Kiel). – **Tore:** 1:0 Loose (23.), 1:1 Allgöwer (24.), 2:1 Simmes (45.), 3:1 Raducanu (46.), 4:1 Simmes (81.). – **Zuschauer:** 23 000. – **Gelbe Karten:** B. Förster (4/2), Schäfer (7).

Karlsruhe – Leverkusen 0:0

Karlsruhe: Kargus – Groß – Keim, Boysen, Roth – Theiss, Harforth (64. Glückler), Dittus, Künast (33. Zahn) – Günther, Bühler. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Wojtowicz, Gelsdorf – Winklhofer, Hörster, Hinterberger, Giske – Waas (76. Zechel), Tscha, Schreier. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Harforth (3), Schreier (2).

Braunschweig – M'gladbach 0:4 (0:1)

Braunschweig: Franke – Pahl – Bruns, Ellmerich (11. Kindermann), Gorski – Tripbacher (56. Scheike), Lux, Hintermaier – Plagge, Worm, Sackewitz. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Krauss, Ringels, Frontzeck – Borowka, Herlovsen, Rahn, Lienen (72. Herbst) – Mill, Criens (78. Dreßen). – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Gorski (32., Eigentor), 0:2 Mill (52.), 0:3 Mill (83.), 0:4 Bruns (84.). – **Zuschauer:** 19 471. – **Gelbe Karten:** Pahl (4/1), Scheike (2), Bruns (3), Frontzeck (2).

Bremen – Schalke 2:1 (1:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Okudera – Sidka, Möhlmann, Meier, Otten – Reinders, Neubarth, Völler. – **Schalke:** Junghans – Fichtel – Kleppinger, Schipper – Kruse (60. Eilenfeldt), Hartmann, Dierßen, Thon, Jakobs – Schatzschneider, Täuber. – **Schiedsrichter:** Jupe (Mühltal). – **Tore:** 1:0 Möhlmann (29.), 2:0 Sidka (46.), 2:1 Hartmann (83.). – **Zuschauer:** 24 500.

VORSCHAU

Mittwoch, 3. April

Mannheim – Stuttgart	(0:3)
Hamburg – Bremen	(2:5)
M'gladbach – Bielefeld	(3:3)
Bochum – Braunschweig	(3:1)
Leverkusen – K'lautern	(3:3)
Düsseldorf – Köln	(2:4)
Frankfurt – München	(2:4)
Karlsruhe – Dortmund	(2:0)
Schalke – Uerdingen	(1:1)

Hinspielergebnisse in Klammern.

FUSSBALL / Torwart Uli Stein verletzt, Hamburger SV verlor in Bielefeld gleich mit 1:4 und rutscht immer weiter ab



In der Jugend war es für ihn ein Jux, jetzt wurde es deprimierender Ernst: Wolfgang Rolff im Tor. FOTO: BONGARTS

Ribbeck bleibt in Dortmund. Jetzt bremst er erst einmal den Jubel nach dem dritten Sieg in Folge

BERND WEBER, **Dortmund**

Als Schiedsrichter Zimmermann aus Kiel zum Schlußpfiff im Westfalenstadion ansetzte, als der glatte 4:1-Sieg von Borussia Dortmund über den VfB Stuttgart somit endgültig unter Dach und Fach war, da flippten die 23 000 Zuschauer förmlich aus. In wilden Sprechchören feierten sie den Mann, den sie als Hauptverantwortlichen für die neue Dortmunder Erfolgswelle (dritter Sieg in Folge) ausgemacht hatten: Trainer Erich Ribbeck. Doch der bewies einmal mehr, daß er eher zu den ruhigen Typen seiner Branche gehört. Ganz kurz nur winkte Ribbeck ins Publikum zurück. Und wenig später, bei der üblichen Pressebesprechung, machte der Trainer in knapp formulierten Sätzen deutlich, daß er sich von der gegenwärtigen Begeisterung nicht täuschen lasse.

Selbstverständlich, so führte Ribbeck aus, sei seine Mannschaft durch den Sieg dem Klasssenerhalt ein kleines Stück näher gerückt. Aber er sagt auch: „Ich muß den Jubel bremsen, denn wir haben unser Klassenziel noch längst nicht erreicht. Ich gehe auch davon aus, daß unser Kampf gegen den Abstieg bis zum letzten Spieltag anhalten wird.“ Immerhin war Ribbeck zumindest zu der Konzession bereit: „Wenn wir so konzentriert weitermachen wie gegen Stuttgart, wird Borussia erstklassig bleiben.“

Daß ihn solche Aspekte dazu veranlassen könnten, seinen am Saisonende auslaufenden Vertrag in Dortmund schon ziemlich schnell zu verlängern, signalisierte Ribbeck gestern in einem Gespräch mit der WELT. Er sagte: „Ich bin sehr zufrieden und will auch nicht in Abrede stellen, daß ich mich der derzeitigen Euphorie schließlich nicht ganz entziehen kann.“ Selbstverständlich, gerade im schnellebigen Bundesligageschäft verändern sich die Situationen von einem Tag auf den anderen, aber im Grunde steht diese Aussage wohl doch als deutliche Absage an den VfB Stuttgart, bei dem der Dortmunder Trainer als Helmut-Benthaus-Nachfolger immer noch im Rennen liegt. Er werde mit Stuttgarts Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder auch noch ein Vertragsgespräch führen, ließ Ribbeck wissen, „jedoch nicht wie angekündigt am Dienstag. Da geht die Vorbereitung auf unser enorm wichtiges Auswärtsspiel in Karlsruhe vor, sondern frühestens am nächsten Donnerstag.“ Das freilich paßt, mal unterstellt, Ribbeck habe wirklich Interesse an Stuttgart, überhaupt nicht zu dem, was VfB-Mannschaftsbetreuer Richard Steimle ohne Umschweife in Dortmund verkündete: „Dienstag werden wir unseren neuen Trainer offiziell vorstellen, denn wir stehen unter Zeitdruck. Einfach deshalb, weil der neue Mann so schnell wie möglich mit der neuen Planung für die nächste Saison beginnen muß. Und da stehen durchaus wichtige Fragen an. Beispielsweise die, ob wir Bernd Förster behalten, oder ob wir Thomas Kempe tatsächlich für den VfL Bochum freigeben wollen.“

Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß Ribbeck und Borussia weiter zusammenarbeiten werden. Ganz einfach deshalb, weil das Verhältnis nach anfänglichen Schwierigkeiten absolut intakt ist. Und dazu hat vor allem auch Mannschaftskapitän Rolf Rüßmann beigetragen, der mit Ribbeck inzwischen glänzend harmoniert. Am Anfang konnten die beiden überhaupt nicht miteinander, und da hat gewiß mit hineingespielt, daß Ribbeck es war, der als Assistent des früheren Bundestrainers Jupp Derwall maßgeblichen Einfluß daran hatte, daß Rüßmann seine Nationalspieler-Karriere beenden mußte. Die Spannung ging weiter, als der Trainer bei seinem Dienstantritt in Dortmund das Abwehrsystem gegen den Willen des Kapitäns von der Raum- auf die Manndeckung umstellte. Im Februar, bei einem Trainingslager im spanischen Estepona, haben sich die beiden ausgesprochen – und der Trainer hat sich zur Raumdeckung „bekehren“ (Rüßmann) lassen. Rüßmann aber sagt: „Ich fühle mich jetzt aber keineswegs als Sieger.“

Wie sehr der Abwehrspieler und Ribbeck inzwischen an einem Strick ziehen, belegt ein Vorfall, der sich gestern bei der Manöverkritik des Stuttgarter Spiels ereignete. Beide nahmen sich ihren Mittelfeld-Star Marcel Raducanu vor, der die Borussen durch seine bekannt übertriebene Show für die Zuschauer wieder einmal in Gefahr gebracht hatte. Rüßmann schimpfte ihn aus: „Viermal hast du den Ball durch völlig unsinnige Hackentricks verloren. Ich bin nicht mehr bereit, mich deshalb kaputtlaufen zu müssen.“ Auch Ribbeck tadelte den Exil-Rumänen massiv. Daniel Simmes hingegen, der 18jährige Junioren-Nationalspieler, der durch zwei Tore und die Vorarbeit zu einem weiteren Treffer das meiste zum Sieg über Stuttgart beigetragen hatte, bekam vom Trainer und vom Kapitän die verdienten Streicheleinheiten. „Endlich hat er sich mal richtig durchgesetzt“, lobten die beiden. Simmes tat selbst einen kräftigen Spruch: „Trotzdem, irgendwie muß ich es immer noch lernen, eine Sau zu werden.“ Was nichts anderes heißen sollte, als daß er sich nach wie vor als Bundesliga-Lehrling fühlt. Daran können auch die beiden Treffer nichts ändern.

Buchmann überzeugt: „Ja, wir passen zusammen“

MARTIN HÄGELE, **Karlsruhe**

Fußball kann schon kompliziert sein, wenn ein Mann wie Dettmar Cramer den Lauf des Balls erklärt. „Geteilter Arsch ist halbes Leid“, so zackig, militärisch, derb begrüßte der Trainer von Bayer Leverkusen nach dem 0:0 im Wildparkstadion in der Pressekonferenz seinen Karlsruher Kollegen Lothar Buchmann. Doch dann entschwebte der Fußball-Professor der Gegenwart, sprach von sich selbst fast nur noch in der dritten Person und von seinem Konzept – schon wieder einmal: Spätestens 1988 werde Leverkusen ein international salonfähiges Team besitzen.

Von der Cramerschen Vision waren dessen Schützlinge am letzten Samstag im März 1985 noch Welten entfernt. Nicht einmal Zweitliganiveau gab es zu sehen. Dennoch haben sie gejubelt nach dem Schlußpfiff. Cramer hat seine Leute auf dem Platz abgeholt und sie getätschelt. Daß da Anspruch und Wirklichkeit nun nicht mehr zusammenpassen, hat Cramer so umschrieben: „Wir sind zufrieden, aber wir sind nicht stolz, weil wir Realisten sind und uns höhere Ansprüche stellen.“

Nach oben hatten auch die Karlsruher geguckt. Mit Tempo die Leverkusener auseinandernehmen, mit diesem Vorsatz seien sie auf den Rasen gegangen, sagt Libero Stefan Groß über den guten Willen. Und daß die Mannschaft von ihrem neuen Chef begeistert sei: „Herr Buchmann hat uns ganz hervorragend auf die Leverkusener Spieler eingestellt. Er hat schon angefangen, uns die Raum- und Zonendeckung zu erklären.“

Doch das Wunder auf Bestellung hat der Fußball-Lehrer Buchmann aus Bürstadt bei seinem Einstand in Karlsruhe nicht liefern können. Die Mannschaft hat keinen Deut besser gespielt als unter den Kommandos von Werner Olk, der vergangene Woche seine Koffer gepackt hat.

Auf Michael Künast (24) wirkte das Oberlehrergesicht Buchmanns geradezu irritierend. Er war schon zu gemeinsamen Zeiten bei Eintracht Frankfurt nicht mit dem Trainer ausgekommen, oder der nicht mit ihm. Am Samstag mußte Künast, total nervös, schon nach einer halben Stunde ausgewechselt werden. „Es wird sehr schwer werden“, meinte auch Joachim Löw (25) zweideutig. Er hatte zusehen müssen, wie Buchmann das Bundesliga-Greenhorn Achim Glückler 25 Minuten vor Spielschluß auf den Platz schickte und ihn überging. Auch Löw ist damals bei der Eintracht keiner von Buchmanns Lieblingen gewesen.

Buchmann hat sich jedoch bemüht, nicht gleich bei seinem Antritt Porzellan zu zerschlagen. Als er Künast vom Feld holte, reichte er ihm versöhnlich die Hand. Buchmann lobte den „unerhörten Willen der Mannschaft“ und sagte: „Ja, wir passen zusammen.“ Aber mehr als solche Pauschalsätze wie „wir müssen versuchen, unseren Tabellenplatz zu ignorieren“, oder: „Wir müssen unsere Negativserie vergessen“, kamen auch nicht heraus.

Buchmann stehen harte Wochen bevor. Weil auf dem Platz nun wirklich nichts los gewesen war, mußte das Fernsehen mit einem Interview Max Merkels Sendezeit füllen. Buchmann werde gut daran tun, wenn seine Mannschaft schon mal für die Zweite Liga übe, spottete Merkel, „in diesem Bereich kennt sich Buchmann sowieso besser aus“.

Daß Merkel gleich so zynisch zuschlug, hat vielleicht auch damit zu tun, daß sich Buchmann in Karlsruhe wesentlich mehr Rechte herausnimmt, als sie der einstige Karlsruher Trainer Merkel besessen hatte. Buchmanns dicker, brauner Mercedes mit dem Monogramm „LB“ am linken Kotflügel parkte nämlich direkt vor den Umkleidekabinen. Merkel hatte seinen Wagen seinerzeit wenigstens noch halbwegs dezent an den Zaun gestellt.

Mit 30:70 hat Buchmann die Chancen auf die Rettung bezeichnet. „Ein Sieg am Mittwoch gegen Dortmund“, das ist Punkt eins in der Hochrechnung von Präsident Roland Schmider, nach der der vierte Abstieg aus der Bundesliga vermieden werden soll. Es ist Schmiders Recht zu träumen. Obwohl die Aktien äußerst bescheiden stehen. Denn in Karlsruhe ist Bundesligaabstieg kein dramatischer Akt oder gar ein regionales Unglück, das die ganze Stadt zum Kampf vereint. Karlsruhe hat sich an dieses traurige Los schon längst gewöhnt. In den letzten dreieinhalb Jahren hat der KSC sechs Trainer (Krafft, Merkel, Franz, Strehlau, Olk, Buchmann) erlebt. Buchmann selbst hat seit 1979 keinen Vertrag bis zum Ende auf der Bank abgesessen – weder in Darmstadt, Stuttgart, Frankfurt, Offenbach noch in Bürstadt.

Bis zum 30. Juni 1987, 27 Monate also, haben sich Buchmann und Schmider aneinander gebunden. Das ist in etwa so, als hätte Elisabeth Taylor vorm Traualtar wieder einem Manne ewige Treue geschworen.

● Die Regel, daß im Fußball zwei Spieler ausgewechselt werden dürfen, existiert seit 1968. Bis zum Samstag gab es in der deutschen Bundesliga noch nie den Fall, daß ein Feldspieler ins Tor gehen mußte. Wurde ein Torwart verletzt, kam selbstverständlich sein Ersatzmann von der Bank. In Bielefeld passierte es: Der Hamburger SV hatte bereits zweimal ausgewechselt, als auch noch Torwart Uli Stein verletzt wurde.



Ratlosigkeit, bis Rolff sagte: „Okay, gib mir das verrückte Trikot“

Von ULRICH DOST

Torwart **Uli Stein** (30) und **Michael Schröder** (25) verbrachten den gestrigen Sonntag vorwiegend im Bett, denn der Arzt hatte beiden unbedingte Ruhe verordnet. Beide Hamburger Spieler zogen sich bei der 1:4-Niederlage in Bielefeld Kopfverletzungen zu: Schröder, für den **Christian Hofmeister** (24) ins Spiel kam, war mit seinem Gegenspieler **Matthias Westerwinter** (21) in der 70. Minute zusammengestoßen, kurz darauf prallte Stein an das Knie des dreimaligen Torschützen **Siegfried Reich** (25). Schröder und Stein wurde sofort in das Bielefelder St.-Franziskus-Krankenhaus gebracht. Beide Spieler fuhren aber nach dem Spiel mit dem Mannschaftsbus wieder mit nach Hamburg.

Da Trainer **Ernst Happel** (59) vor den Unglücksfällen bereits für den Schotten **Mark McGhee** (27) den Norweger **Eric Soler** (24) zur Pause ausgewechselt hatte, trat der einmalige Fall in der Bundesliga ein, daß ein Feldspieler ins Tor mußte. Es traf den Nationalspieler **Wolfgang Rolff** (25), der die Szene so schilderte: „Unser Assistenztrainer **Rainer Ohlhauser** kam auf den Platz und fragte, wer ins Tor gehen will. Als ich die betretenen Gesichter meiner Mitspieler sah, habe ich gesagt: Okay, gib mir das verrückte Trikot.“ Zu diesem Zeitpunkt stand es 1:0 für Bielefeld, und Rolff („Ich habe einmal aus Jux in einer Jugendmannschaft im Tor gestanden“) mußte anschließend den Ball noch dreimal aus dem Tor holen. Ernst genommen hat er die Sache nicht: „Mit den drei Toren werde ich schon fertig.“

Die Untersuchungen im Bielefelder Krankenhaus ergaben, daß sich der Verdacht einer Gehirnerschütterung bei Uli Stein, der kurze Zeit nach dem Zusammenprall das Bewußtsein verloren hatte, nicht bestätigte. Bei Michael Schröder lautete die Diagnose: Verdacht auf Schädelprellung, auf der Stirn sind noch blutunterlaufene Stellen zu sehen. Beide Spieler wollen sich heute vormittag einer neurologischen Untersuchung im Altonaer Krankenhaus unterziehen. Uli Stein nimmt die Angelegenheit vor dem Spitzenspiel am Mittwoch gegen Werder Bremen auf die leichte Schulter: „Ich gehe davon aus, daß ich spielen kann. Eine Prellung wird mich daran nicht hindern. Ich fühle mich ganz wohl.“ Hamburgs Manager **Günter Netzer** (38) sieht den Vorfall nicht ganz so gelassen. Er gehe davon aus, meinte Netzer gestern, daß am Mittwoch der Ersatztorwart **Uwe Hain** (29) das Hamburger Tor hüten werde. Das letzte Wort werden wohl die Ärzte haben.

*

Ein Mann der deutlichen Worte, oftmals in Verbindung mit tiefergreifenden Entscheidungen, war der Münchner **Klaus Augenthaler** (27) schon immer. Nach nur vier Länderspielen vor der Europameisterschaft 1984 beendete der Münchner Libero kurzentschlossen seine Karriere beim damaligen Bundestrainer **Jupp Derwall** (56) eigenhändig selbst. Wenn er nicht Derwalls Libero Nummer eins sein könne, dann habe er in der Nationalelf nichts mehr zu suchen, so Augenthaler damals. Ganz schön happig für einen, der keine Lobby besitzt. Damals war es ja in Mode gekommen, Derwall den Rücken zu kehren. Es war nur ein kurzer Knall, dann war das Thema Augenthaler erledigt.

Erst Derwalls Nachfolger, der neue Teamchef **Franz Beckenbauer** (39), brachte den Münchner nach starken Leistungen plötzlich wieder ins Gespräch. Doch genauso schnell, wie Beckenbauer den Namen Augenthaler ausgesprochen hatte, war er auch wieder vergessen. Nach dem 6:0 über Malta in Saarbrücken meinte Bekkenbauer, er habe im Fall des Münchners nur einmal laut nachgedacht, der Kreis der deutschen Fußball-Elite sei geschlossen – ohne Augenthaler.

Beim 6:0 der Bayern über Fortuna Düsseldorf machte Klaus Augenthaler einmal mehr ein tolles Spiel, darüber hinaus schoß er auch zwei Tore. „Bild am Sonntag“ bewertete seine Leistung mit der Note 1 (Weltklasse), die „Welt am Sonntag“ gab ihm die Note 2 (gut). Ob ihn denn Beckenbauers Verzicht zusätzlich motiviert habe, wurde der Münchner später gefragt. Augenthaler: „Ganz bestimmt nicht, ich habe nur an die zwei Punkte gedacht.“ Innerlich betroffen war er dennoch von Beckenbauers Bescheid: „Das soll er mir mal selber sagen, ich erfahre so etwas immer nur aus der Zeitung.“ Mit der Kommunikation aber scheint es nicht zu klappen, denn Augenthaler behauptet, er habe mit dem Teamchef Bekkenbauer noch nicht ein einziges Wort gewechselt. Sein Trainer **Udo Lattek** (50) wollte sogar den Vermittler spielen, doch er hat Beckenbauer nie erreicht.

Auch jetzt will der Münchner Libero keine kleinen Brötchen backen: „Wenn Beckenbauer glaubt, ich würde in Altötting eine Kerze aufstellen, nur um wieder in die Nationalmannschaft zu kommen, dann hat er sich getäuscht.“ Wenn das Spiel gegen Malta als Maßstab herhalten muß, dann könne er nur lachen: „Das ist doch genau so, als wenn der FC Bayern im Pokal gegen den Oberligaklub Unterhaching spielt.“ Die Fans in der Kurve dagegen weiß er auf seiner Seite: „Augenthaler für Deutschland“ schallte es durch das Olympiastadion. Augenthalers Reaktion: „Das ist schön zu hören. Wenigstens die haben Ahnung vom Fußball.“

*

Beim Bayern-Gegner, bei Fortuna Düsseldorf, wird der Vorstand heute, wenn auch vielleicht nur über Telefonleitungen, zum Meinungsaustausch zusammenkommen. Einziges Thema: Was passiert mit Trainer **Willibert Kremer** (56)? Eile ist geboten, denn schon morgen will Kremer Eintracht Braunschweig definitiv zu- oder absagen. Der Trainer selbst sieht die Situation so: „Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich gerne in Düsseldorf bleiben würde, zumal es zwischen mir und der Mannschaft stimmt.“ Er will aber erkannt haben, daß sich das Präsidium in einem Zwiespalt befindet. Einerseits wird gesagt, nun sei vieles neuorganisiert und Positionen neu besetzt (Geschäftsstelle, Managerposten), so daß ein neuer Trainer ins Bild passen würde. Anderseits ist dem Trainer Kremer nichts vorzuwerfen. Im Gegenteil: Die Spieler sind schon mehrmals vorstellig geworden, um sich für Kremer auszusprechen. Willibert Kremer: „Im Moment weiß ich wirklich nicht, was wird. Ich weiß nicht einmal, worauf ich überhaup warte. Ich laß alles auf mich zukommen.“

Denn auch dem Braten in Braunschweig traut der Trainer nicht so ganz. Zwar hat ihm Präsident **Günter Mast** (54) versichert, daß kein Spieler verkauft werden müsse. Vereine, die einen Braunschweiger Spieler verpflichten wollen, müssen die Ablösesumme bezahlen, die Mast festgelegt hat: „Davon gehe ich keinen Pfennig runter.“ Derzeit sieht es aber wohl so aus, daß Kremer am liebsten ein Düsseldorfer Angebot annehmen würde.

Inzwischen hat er sich so seine Gedanken über seine Lage gemacht. Er sagt: „Ich hatte so tolle Angebote, ob es Uerdingen, Karlsruhe, Stuttgart oder Real Sarragossa war. Immer habe ich abgelehnt, weil ich bei Düsseldorf oder Leverkusen unter Vertrag stand. Ich lasse mich nicht kaufen. Auch wenn mich schon viele für doof erklärt haben. Jetzt aber, wo mein Vertrag ausläuft, sind die sportlichen Möglichkeiten nicht gerade rosig.“ Ein Trainer, der zu anständig für die Liga ist? Andere besitzen da weniger Skrupel. Dafür sitzen sie dann aber auch nicht zwischen den zwei Stühlen, wie es Kremer passieren kann. Der einzige Verein, der ihn tatsächlich reizen würde, ist Bayer 04 Leverkusen: „Da bin ich richtig heiß drauf.“ Fünf Jahre hat er als Vorgänger von **Dettmar Cramer** (59) in Leverkusen gearbeitet, ehe die Abnutzungserscheinungen zu groß wurden. Heute sagt er: „Ich habe aber immer noch viele Freunde in Leverkusen.“ Alte Liebe rostet eben nicht.

*

Um Dettmar Cramer gab es in den letzten Wochen zahlreiche Schlagzeilen. Nun haben ihn erst einmal seine Spieler aus der Schußlinie genommen. Gestern morgen, noch vor dem Training, hockten sich die Spieler alleine zusammen. Was bei dieser Aussprache herauskam, formulierte Mannschaftsführer **Dieter Bast** (33) so: „Wir kamen zu der Auffasssung, daß auch wir eine gehörige Portion Schuld an der Misere tragen. Nicht nur der Trainer alleine. Gemeinsam wollen wir jetzt den Karren aus dem Dreck ziehen. Einig sind wir uns auch darüber, daß keine Interna mehr an die Öffentlichkeit dringen. Wir reden erst dann wieder, wenn wir gut spielen.“ Damit hat Dettmar Cramer erst einmal den Kopf aus der Schlinge gezogen, die schon um seinen Hals lag.

Umfrage: Hohe Eintrittspreise schrecken die Zuschauer am meisten ab

							Heim		Auswärts	
1. München	25	15	6	4	58:32	36:14	38:17	21:5	20:15	15:9
2. Bremen	24	13	8	3	67:38	34:14	46:17	23:3	21:21	11:11
3. M'gladbach	24	12	6	6	32:36	30:18	34:15	15:7	28:21	15:11
4. Uerdingen	24	11	6	7	47:35	28:20	29:17	21:5	18:18	7:15
5. Hamburg	23	9	8	6	41:35	26:20	29:10	18:4	12:25	8:16
6. Mannheim	24	9	8	7	34:37	26:22	19:14	14:10	15:23	12:12
7. Bochum	23	8	9	6	38:32	25:21	18:14	12:12	20:18	13:9
8. Köln	24	11	3	10	45:43	25:23	24:19	15:9	21:24	10:14
9. Stuttgart	25	11	3	11	63:44	25:25	39:15	19:7	24:29	6:18
10. Schalke	24	9	6	9	47:48	24:24	32:19	19:7	15:29	5:17
11. Frankfurt	25	8	8	9	49:52	24:26	28:17	17:7	21:35	7:19
12. K'lautern	22	6	9	7	27:39	21:23	18:12	14:6	9:27	7:17
13. Leverkusen	25	6	9	10	36:40	21:29	22:16	15:9	14:24	6:20
14. Düsseldorf	24	6	7	11	39:50	19:29	24:19	15:9	15:31	4:20
15. Bielefeld	25	4	11	10	30:48	19:31	24:25	13:13	6:23	6:18
16. Dortmund	23	8	2	13	31:46	18:28	22:15	13:9	9:31	5:19
17. Braunschweig	24	7	2	15	30:58	16:32	21:16	14:10	9:42	2:22
18. Karlsruhe	24	3	9	12	31:62	15:33	14:17	10:12	17:45	5:21

● Das Spiel Kaiserslautern gegen Bochum, ausgefallen wegen Umsturzgefahr eines Flutlichtmastes, soll am 21. Mai nachgeholt werden. Kaiserslautern muß bereits Nachholspiele bei Düsseldorf (25. April) und gegen Hamburg (7. Mai) austragen. Damit gibt es jetzt aber für alle neun bisher noch ausstehende Spiele einen Termin: 9. April: Dortmund – Uerdingen, Hamburg – Bochum, 25. April: Gladbach – Dortmund, Mannheim – Braunschweig, Köln – Bremen, Karlsruhe – Schalke. Übrigens: Von den beiden Favoriten hat München mit fünf Auswärtsspielen eine bessere Ausgangsposition als Bremen (sechs).

● Nur 16 621 Zuschauer kamen im Durchschnitt zu den acht Spielen vom Samstag. Das ist der niedrigste Besuch der Saison. Die beiden Fernsehanstalten ARD und ZDF haben in einer gemeinsamen Umfrage ermitteln lassen, aus welchen Gründen immer weniger Zuschauer in die Stadien kommen. Das Ergebnis (mehrere Antworten waren möglich): 29 Prozent wegen der hohen Preise, 25 Prozent wegen des schlechten Wetters, 22 Prozent wegen der weiten Anfahrt, 15 Prozent wegen der Fernseh-Übertragungen, 13 Prozent wegen der Rowdies, elf Prozent wegen der schwachen Leistungen.

● Rudi Völler führt weiter die Torschützenliste mit 18 Treffern an. Jetzt vor Karl Allgöwer (16), Klaus Allofs und Klaus Täuber (beide 15). – Dieter Burdenski ist der 29. Spieler mit 400 oder mehr Bundesliga-Einsätzen. Willi Neuberger (520) führt in dieser Statistik, könnte aber noch von Klaus Fichtel (515) überholt werden. – Karlsruhe ist jetzt schon seit zwölf Spielen ohne Sieg (3:21 Punkte), der 1. FC Köln (1:11 Punkte aus den letzten sechs Spielen) ist dem Abstiegskandidaten dicht auf den Fersen. Waldhof Mannheim ist in diesem Jahr noch ohne Niederlage (fünf Unentschieden hintereinander).

2. Liga

Hertha BSC muß die Gehälter der Spieler kürzen

DW. Berlin

Der Berliner Zweitliga-Klub Hertha BSC bittet seine Spieler zur Kasse. Noch in dieser Woche will das Präsidium des Vereins seine Profis mit Gehaltskürzungen konfrontieren. Über die Höhe der Einsparungen ist noch nichts bekannt. Der Verein veranschlagt pro Monat 200 000 Mark für die Spieler-Gehälter. Diese Summe soll reduziert werden, nachdem der Durchschnitt der Zuschauerzahlen deutlich unter 10 000 fiel.

DIE ERGEBNISSE

Aachen – Kassel	3:0	(1:0)
Wattenscheid – Darmstadt	2:2	(2:2)
Offenbach – Duisburg	0:0	
BW Berlin – Nürnberg	0:2	(0:1)
Ulm – Homburg	0:0	
Saarbrücken – Freiburg	3:0	(0:0)
Bürstadt – Solingen	3:0	(1:0)
Stuttgart – Köln	1:1	(1:0)
Oberhausen – Hertha BSC	5:1	(1:0)
St. Pauli – Hannover	1:1	(0:0)

DIE TABELLE

1. Kassel	26	15	5	6	50:37	35:17
2. Aachen	27	13	8	6	48:34	34:20
3. Hannover	27	12	10	5	49:40	34:20
4. Nürnberg	26	14	4	8	43:33	32:20
5. Saarbrücken	24	13	4	7	51:30	30:18
6. Solingen	26	13	3	10	45:45	29:23
7. Wattenscheid	26	11	6	9	43:43	28:24
8. Hertha BSC	25	9	8	8	37:38	26:24
9. Offenbach	27	9	8	10	31:36	26:28
10. Duisburg	26	9	7	10	43:42	25:27
11. Oberhausen	27	9	7	11	46:48	25:29
12. Darmstadt	27	9	7	11	38:44	25:29
13. Freiburg	26	8	8	10	28:32	24:28
14. Köln	27	9	6	12	36:48	24:30
15. BW Berlin	26	8	7	11	44:45	23:29
16. Homburg	25	9	4	12	36:37	22:28
17. Bürstadt	26	10	2	14	40:41	22:30
18. Stuttgart	27	8	6	13	33:39	22:32
19. St. Pauli	26	6	7	13	35:48	19:33
20. Ulm	27	5	9	13	36:53	19:35

DIE VORSCHAU

2. April, 20 Uhr: Duisburg – BW Berlin; Mittwoch, 3. April, 18 Uhr: Freiburg – Offenbach, Homburg – Solingen, Kassel – Wattenscheid; 20 Uhr: Nürnberg – St. Pauli, Köln – Saarbrücken, Hannover – Oberhausen; Donnerstag, 4. April, 18 Uhr: Stuttgart – Bürstadt; 20 Uhr: Hertha BSC – Aachen, Darmstadt – Ulm; Samstag, 6. April, 15.30 Uhr: St. Pauli – Homburg; Montag, 8. April, 15 Uhr: Kassel – Hertha BSC, BW Berlin – Solingen, Freiburg – Duisburg, Bürstadt – Wattenscheid.

BASKETBALL

Agon Düsseldorf: Siegesfeiern sind schon Routine

sid, Düsseldorf

Siege und Meisterschaftsfeiern sind für die Basketball-Spielerinnen von Agon 08 Düsseldorf schon fast zur Routine geworden. Siebenmal gewannen sie die deutsche Meisterschaft, seit 1980 ununterbrochen, und jetzt holten sie mit einem 80:64-Sieg über den TSV Leverkusen zum fünften Mal den Pokal in die Vitrine des Klubheims. Deutlicher kann man Überlegenheit kaum noch demonstrieren.

„Wir trainieren in der Bundesliga für den Europacup." Die einst ebenso kühn wie arrogant anmutende Formulierung von Trainer Tony di Leo (30) hat sich zum Leidwesen der hilflosen Konkurrenz bestätigt. In 109 Begegnungen seit dem 1. November 1980 ist Agon 08 ungeschlagen. Angesichts des erneuten Pokalerfolges meinte Leverkusens Trainer Clauss Steven anerkennend-resignierend: „Agon ist ein gutes Vorbild für den deutschen Damen-Basketball." Auch international ist die Mannschaft konkurrenzfähig, doch auf den ganz großen Erfolg im Europacup muß sie weiterhin warten. In der nächsten Saison will Agon einen neuen Anlauf starten, ist jedoch auf der Suche nach neuen Spielerinnen: Maria Kuczmann will wegen beruflicher Belastung aufhören, die beiden Amerikanerinnen Denise Curry und Heidi Wayment kehren in ihre Heimat zurück, und Junioren-Nationalspielerin Tessa Franken wird in Los Angeles studieren.

Als Neuzugänge stehen nur Anette Strepp und die Amerikanerin Betsy Baley (beide von der SG SV Porz/Hennef) fest. Aus dem eigenen Nachwuchs rücken die 18jährigen Junioren-Nationalspielerinnen Heike Poganaz und Daniela Wirth auf. Angesichts dieses Aderlasses muß Trainer di Leo, der seinen Vertrag bereits um ein Jahr verlängerte, umdenken: „Ich kann die Zukunft noch nicht planen. Vielleicht werden wir auf ein anderes Spielsystem umstellen, mit Sicherheit aber werden wir noch schneller spielen müssen."

TISCHTENNIS / Schwache deutsche Leistungen bei der WM in Göteborg

„Wir brauchen Leute, die nach einem Fehler auch noch lachen können"

sid, Göteborg

Verkniffen und todernste Gesichter – müßten sich die deutschen Tischtennisspieler im Spiegel betrachten, würden sie kaum etwas anderes sehen. Und genau da wollen Chef-Bundestrainer Charles Roesch und Hans Wilhelm Gäb, Präsident des Deutschen Tischtennisbundes (DTTB), einhaken. „Wir brauchen Leute, die auch nach einem Fehler noch lachen können", fordert der 63 Jahre alte Roesch. Und Gäb sagt: „Unsere Spieler sind nicht exaltiert genug. Sie müssen lernen, ihre Enttäuschung und ihre Freude auch in der Box zu zeigen, damit sich der Zuschauer mit ihnen identifizieren kann."

In der Tat: Das zehnköpfige deutsche Aufgebot scheint bei den Weltmeisterschaften im Scandinavium von Göteborg regelrecht von Angst befallen zu sein, verständliche Gefühle offen zu zeigen. Anders etwa die Französinnen, die das Spiel mit dem weißen Ball als Angelegenheit betrachten, bei der man viel Spaß haben kann – auch dann, wenn man verliert. Nadine Daviaud etwa lachte lauthals, als sie nach einem spektakulären Ballwechsel im Spiel gegen die CSSR einem Schmetterball nachhetzte und ihn nur noch erreichte, als sie mit einem riesigen Satz über die Umrandung sprang und plötzlich in der Nebenbox stand. Beobachter Roesch: „Da steckt Feuer dahinter!"

Ein Feuer, das man auch im deutschen Lager kennt. Der allerdings nur als Tourist mitgereiste Steffen Fetzner (Borussia Düsseldorf), der aber als vollwertiges Mitglied zur Mannschaft zählt, ist ein Spieler, der dem Idealtyp von Gäb und Roesch in etwa entsprechen könnte. Der 16jährige trainiert und fiebert mit, als gehöre er selbst zu den WM-Aktiven. Der nur 1,62 Meter große Düsseldorfer weiß, wie er seine ihn körperlich meist überragenden Kontrahenten im Spiel einschüchtert: Nach jedem erfolgreichen Ball stößt er die linke Faust in die Luft und schreit ein lautes „Ussa" durch die Halle – auch so kann man den einen oder anderen psychologischen Punkt für sich buchen.

Mit Psychologie hat Olga Nemes wenig im Sinn. Die ebenfalls erst 16 Jahre alte gebürtige Rumänin im deutschen Trikot sehnt ihren ersten Ballwechsel bei diesen Weltmeisterschaften herbei. Den hat sie aber erst am Donnerstag, wenn sie in der ersten Runde des Damen-Einzels um 22.15 Uhr an Tisch 15 anzutreten hat.

„Es ist schlimm, immer nur auf der Bank zu sitzen und zuzuschauen", sagt das Mädchen aus dem Banat, dessen Einbürgerung bevorsteht.

Die Stimmung im deutschen Team ist trotz der prekären Situation für die Damenmannschaft, die unmittelbar vor dem Abstieg steht, gut. „Es gibt keine Probleme", sagt Damenwartin Ella Lauer. Spielerische Dinge kann die 45jährige aus Saarbrücken da wohl nicht gemeint haben, denn die beiden 0:3-Niederlagen gegen Hongkong und den WM-Dritten Nordkorea waren nur die logische Folge einer miserablen Form von Susanne Wenzel, die ihrer erhofften Rolle als Stütze einer im Durchschnitt nur 18,6 Jahre jungen Mannschaft nie gerecht werden konnte. „Sie macht uns im Moment ein bißchen Kummer", umschrieb DTTB-Sportwart Eberhard Schöler die offensichtlich psychischen Probleme der Saarbrückerin, die in allen ihren bisher neun Spielen als Verliererin vom Tisch gegangen ist. Die 15jährige Katja Nolten (Kaiserberg), Anke Olschewski aus Frankfurt und die erstmals gegen Nordkorea eingesetzte Annette Greisinger (Saarbrücken) spielten brav, aber waren eben nicht gut genug für einen Erfolg.

Die Herren-Mannschaft baute mit Erfolgen über Pakistan (5:2), Schottland (5:1) und Holland (5:1) ihre gute Bilanz weiter aus. Der 27 Jahre alte Jülicher Abwehrspezialist Engelbert Hüging entwickelt sich dabei zu einer großen Stütze im Team. Nach seinen beiden Siegen gegen die Holländer Henk van Spanje (21:15, 21:18) und Rob Turk (21:12, 21:16) ist der 56malige Nationalspieler als einziger in der Mannschaft noch ungeschlagen. In acht Spielen ging Hüging achtmal als Sieger vom Tisch.

Gegen die Holländer gab nur der 39 Jahre alte Wilfried Lieck (Altena) mit 21:16, 20:22 und 13:21 gegen Henk van Spanje einen Punkt ab. Georg Böhm (Saarbrücken) erhöhte seine Erfolgsbilanz auf 12:2, als er gegen Ron van Spanje nach verlorenem ersten Satz (7:21) noch mit 21:13 und 21:11 sowie gegen Turk mit 21:5, 21:10 gewann.



Deutsche Ratlosigkeit nach den Ballwechseln: Bundestrainer Istvan Korpa mit Anke Olschewski (links) und Susanne Wenzel. FOTO: BONGARTS

Daß auch Weltmeister China nicht unverwundbar ist, zeigte Südkorea auf. In diesem asiatischen Zweikampf führte China schon mit 3:1 und 4:2, doch holten die Südkoreaner bis auf 4:4 auf. Erst im letzten Spiel gelang dem auch im WM-Einzelwettbewerb favorisierten Weltranglisten-Zweiten Jiang Jialiang gegen Ahn Jae Hyung mit 21:19, 21:15 der Siegpunkt für China. Ungarns langjähriger Nationaltrainer Zoltan Berczik, 1958 in Budapest erster Europameister im Herren-Einzel, meint, die Chinesen würden nicht mehr so hart kämpfen, wie man es sonst von ihnen gewohnt ist. Anders weiß Berczik nicht zu erklären, warum die Chinesen schon gegen Hongkong (5:1) und Vize-Europameister Polen (5:1) zuvor zwei Einzel verloren haben.

NACHRICHTEN

Hartmut Bölts vorne

Köln (sid) – Olympiateilnehmer Hartmut Bölts (Dortmund) gewann das Amateur-Straßenrennen Köln–Schuld–Köln über 181,5 Kilometer. Im Spurt verwies er den Holländer Han Vaarhold und Thomas Meier aus Bonn auf die nächsten Plätze.

Sieg für Beer/Lankenau

Bremerhaven (sid) – Weltmeister der Amateure in den lateinamerikanischen Tänzen wurden in ihrer Heimatstadt Bremerhaven Horst Beer und Andrea Lankenau (beide 26). Sie erhielten in allen Wertungstänzen die Höchstnoten und holten bei ihrer sechsten WM-Teilnahme den ersten Titel.

Zico: Keine Fluchtpläne

Udine (dpa) – Der für den italienischen Erstliga-Klub Udine spielende brasilianische Fußball-Nationalspieler Arthur Antunes Coimbra, genannt Zico, will so lange in Italien bleiben, bis er von dem Verdacht des Devisen- und Steuergesetzverstoßes befreit ist. Um zu beweisen, daß er keine Fluchtpläne hat, gab er beim Untersuchungsrichter seinen Reisepaß ab.

Kralik löst Friesen ab

München (dpa) – Zwei tschechoslowakische Nationalspieler werden in der nächsten Saison für den deutschen Eishockey-Meister SB Rosenheim spielen. Torhüter Jiri Kralik (33) löst Karl Friesen ab, und Vincent Lukac (30), der Torschützenkönig der CSSR-Meisterschaft, soll den Kanadier Robin Laycock ersetzen.

Berger liegt im Koma

Mugello (dpa) – Im Koma liegt der deutsche Motorrad-Rennfahrer Hermann Berger (27). Er war am Freitag beim Training zur Schweizer Meisterschaft in Mugello (Italien) bei hoher Geschwindigkeit gestürzt, als aus noch nicht geklärter Ursache Luft aus dem Vorderreifen entwich.

Ohne Wilander und Jarryd

Upsala (sid) – Ohne die beiden Spitzenspieler Anders Jarryd und Mats Wilander wird Cupverteidiger Schweden das Davispokalspiel in Chile (19. bis 21. April) bestreiten. Beide Spieler haben einen Turniervertrag in Houston abgeschlossen und werden vom Veranstalter nicht freigestellt.

Strafe in Rekordhöhe

Zürich (sid) – Die höchste Geldstrafe, die je von der Europäischen Fußball-Union (UEFA) verhängt wurde, muß der italienische Erstliga-Verein Inter Mailand zahlen. Der Klub wurde zu 200 000 Schweizer Franken verurteilt, weil durch Ausschreitungen seiner Anhänger der Beginn des UEFA-Cup-Hinspiels gegen den FC Köln minutenlang verzögert wurde. Der in Köln wegen Tätlichkeit des Feldes verwiesene Mailänder Ferri wurde für vier UEFA-Cup-Spiele gesperrt.

Wewering nur Sechster

Wien (dpa) – Der Finne Jorma Kontio wurde in Wien mit 195 Punkten Europameister der Trabrennfahrer vor dem Norweger Gunnar Eggen (178,5). Titelverteidiger Heinz Wewering (Recklinghausen) belegte mit 148 Punkten lediglich Platz sechs.

Felbinger hört auf

Düsseldorf (sid) – Nach Irene Epple und Egon Hirt erklärte jetzt auch der 22jährige Bernd Felbinger (Immenstadt) seinen Rücktritt vom alpinen Skisport. Felbinger, der in dieser Saison die ersten Weltcup-Punkte seiner Laufbahn gewonnen hatte, will künftig Medizin studieren.

Raab verläßt Aalen

Aalen (sid) – Nach Differenzen innerhalb des Vereins und der Niederlage im Finale um die Deutsche Ringer-Meisterschaft hat der Vorsitzende des Württembergischen Renommiervereins KSV Aalen, der Rechtsanwalt Karl Raab, seinen Rücktritt erklärt. Als Nachfolger gilt Benno Kolb.

Zwei Turniere mit Langer

Stuttgart (dpa) – Der Anhausener Golf-Profi Bernhard Langer wird im Sommer an zwei Turnieren in Deutschland teilnehmen. Er spielt sowohl bei den deutschen Offenen Golfmeisterschaften (17. bis 19. Mai) in Stuttgart als auch beim internationalen Open-Turnier (22. bis 25. August) in Garlstedt.

Einteilige Liga komplett

Düseldorf (sid) – Rot-Weiß Auerbach, Guts Muths Berlin und der 1. FC Nürnberg qualifizierten sich jetzt als letzte Vereine für die neue einteilige Handball-Bundesliga der Frauen, die mit Beginn der kommenden Saison eingeführt wird.

Nolte ist Meister

München (sid) – Der 25jährige Säbelfechter Jürgen Nolte (St. Augustin) gewann wenige Wochen nach dem Sieg bei der deutschen Meisterschaft auch den Titel des internationalen Deutschen Meisters. Beim „Münchener Schwert"-Turnier bezwang er den Bonner Jörg Volkmann.

GRAND NATIONAL / 200 Millionen verwettet

Buchmacher feierten Sieg des großen Außenseiters

sid, Liverpool

Ein Sieger, der gar nicht hätte laufen sollen, Buchmacher, die die Champagner-Korken knallen ließen, und eine alte Dame, der halb London gehört und die jetzt um umgerechnet 250 000 Mark und eine Silberkanne reicher ist: Das waren die Hauptakteure beim 139. Grand National auf der Galopprennbahn in Aintree bei Liverpool, dem immer noch schwersten Hindernisrennen der Welt, das nach 7200 Metern der 50:1-Außenseiter Last Suspect gewann.

Dabei schien am letzten der 30 Hindernisse alles entschieden. Jockey Phil Tuck sprang mit dem 12:1-Mitfavoriten Mr. Snugfit an die Spitze, ließ Corbiere, den Sieger von 1983, vermeintlich leicht hinter sich, als auf den letzten 100 Metern Last Suspect noch einmal mächtig aufkam. Hywel Davies, der 28 Jahre alte Waliser im Sattel des zehnjährigen Wallachs, mobilisierte die letzten Kräfte seines Pferdes und verwies Mr. Snugfit in einer der spannendsten Entscheidungen der letzten Jahre mit eineinhalb Längen Vorsprung auf Rang zwei. Corbiere und der irische Co-Favorit Greasepaint kamen auf die nächsten Plätze.

„Dabei wollten wir ihn eigentlich im Stall stehen lassen", so Trainer Tim Forster, der mit Last Suspect bereits seinen dritten National-Sieger sattelte. „Aber als wir das Hywel erzählten, traten ihm die Tränen in die Augen, er bestürmte uns, ihn doch laufen zu lassen, und wir gaben nach." Wir, das sind Forster und Besitzerin Anne Herzogin von Westminster, eine der großen alten Damen des englischen Hindernissports.

Für Hywel Davies („Wenn ich ehrlich bin, habe ich auch nur mit einem Platz gerechnet") war es beim vierten Versuch der erste Sieg im Grand National. Er bescherte vor allem den englischen Buchmachern, die Wetteinsätze in Höhe von 200 Millionen Mark verbuchten, einen angenehmen Nachmittag, denn auf Last Suspect gab es nur wenige Auszahlungen. Vorjahressieger Hello Dandy erwischte es bereits am zweiten Hindernis, der ebenfalls stark gewettete West Tip mußte nach der Hälfte der Distanz, allerdings unbeschadet, zu Boden.

Ohnehin war es ein Rennen fast ohne Zwischenfälle. Elf der 40 Starter kamen ins Ziel. Die vor einem Jahr eingeführte Maßnahme, die Konkurrenz auf dieses Limit zu begrenzen und dabei die schlechtesten Pferde zu eliminieren, bewährte sich erneut. Lediglich Jockey Tony Webber, der mit Talon am ersten Hindernis stürzte, verbrachte den Samstagabend mit einem Schlüsselbeinbruch im Krankenhaus.

GROSSBRITANNIEN / Konsequenz aus den Ausschreitungen in englischen Stadien, Schotten fühlen sich ungerecht behandelt

Regierung verlegt ein Fußballspiel von London nach Glasgow

REINER GATERMANN, London

Es war die Spitzenmeldung des Tages: Auf Druck der Regierung wird das traditionsreiche Fußball-Länderspiel England gegen Schottland am 25. Mai nicht im Londoner Wembleystadion ausgetragen, sondern im Glasgower Hampdenpark. Die Regierung will damit neue gewaltsame Zusammenstöße zwischen randalierenden Zuschauern und der Polizei vermeiden. Die meisten Schotten sehen dies jedoch eher als eine ungerechtfertigte Beschuldigung. „Befürchten Regierung und Polizei für Wembley Unruhen, sollen sie die Ursachen in erster Linie bei den englischen Fans suchen. Die schottische Statistik ist seit ein paar Jahren ziemlich vorbildlich", erklärte der Generalsekretär des schottischen Fußballverbandes, Ernie Walker.

Der Sportminister der Regierung Thatcher, Neil MacFarlane, zeigte sich von der öffentlichen Reaktion, die bis ins Parlament reichte, „völlig überrascht". Nach Hinweisen der Polizei und der Eisenbahnverwaltung habe er in einem Schreiben an den englischen Fußballverband lediglich auf den ungünstigen Termin des Spiels verwiesen – Samstag, der 25. Mai, ist ein Feiertag und würde den rund 20 000 anreisenden Schotten ein von den Behörden nicht sonderlich erwünschtes langes Wochenende in der Hauptstadt ermöglichen, weswegen er um eine Verschiebung gebeten habe. Das, was er als „Vorschlag" und „Wunsch" darstellt, bezeichnen die beiden betroffenen Fußballverbände schlicht als „Befehl". Und schnell meldeten sich auch Politiker aller Couleur zu Wort. Denis Howell, Sportminister im Schattenkabinett der Labour Party und früherer Erstliga-Schiedsrichter: „Es ist nicht die Aufgabe der Regierung zu bestimmen, daß wir einen gewissen Sport nicht in England, sondern nur in Schottland austragen können." Auf die nationalistischen Gefühle setzt der Vorsitzende der Nationalen Partei Schottlands, Gordon Wilson: „Die Regierung hat mit der üblichen englischen Arroganz gehandelt."

Es ist offenbar wieder einmal so, daß die Regierung, die seit einiger Zeit nach zwei schweren Zwischenfällen in englischen Fußballstadien energisch und hart gegen dieses Unwesen vorgehen will, in der Sache gute Gründe für ihren Vorschlag hatte, den Spieltag zu verschieben, jedoch im Ton wohl danebengegriffen hat. Auch wenn die schottischen Fußballenthusiasten in den vergangenen Jahren keinen Grund zum Klagen gegegeben haben, auch bei der Fußballweltmeisterschaft in Spanien nicht, können vor allem die Londoner nicht die Ereignisse der Jahre 1977 und 1979 vergessen. Damals stürmten die Fans das Spielfeld und rissen unter anderem die Tore ein, dann zogen sie grölend durch die Stadt und brachten teilweise den U-Bahn- und Straßenverkehr zum Erliegen.

Eine Konsequenz dieser Ereignisse war 1981 der Beschluß des englischen Fußballverbandes, keine Karten für dieses Länderspiel mehr in Schottland zu verkaufen, was sogar zu einer Klage beim obersten Gerichtshof führte. Zwei Jahre später wurde das schottische Kartenkontingent auf 15 000 begrenzt, und das Spiel fand an einem Mittwoch statt. In diesem Jahr warf der Verband angesichts der Terminenge alle früheren Bedenken über Bord, reservierte für die Schotten 22 500 Karten und setzte die Begegnung auf einen Feiertag an. Einwände der Eisenbahn und der Polizei wurden nicht beachtet, bis jetzt die Regierung eingriff.

Ihr Innenminister, Leon Britain, forderte in einer am selben Tag, an dem die Spielverlegung bekanntgegeben wurde, gehaltenen Rede die Gerichte auf, strenger gegen die Rowdys vorzugehen. Bei geringeren Verstößen sollen sie dazu verurteilt werden, sich während der kommenden Spiele auf den Polizeistationen aufzuhalten oder an Erziehungsstunden teilzunehmen, die hauptsächlich samstagnachmittags, wenn auch Fußball gespielt wird, stattfinden.

Heute wird sich das Sportkabinett (in einigen Zeitungen schon als „Kriegskabinett" bezeichnet) unter Vorsitz von Premierministerin Margaret Thatcher mit der Führung des englischen Fußballverbandes treffen, um über ein schärferes Vorgehen gegen die Randalierer zu beraten. Die jüngsten Maßnahmen der Funktionäre bezeichnete Frau Thatcher als völlig unzureichend. Sie wird – so verlautet aus Regierungskreisen – unter anderem in den Stadien und deren näherer Umgebung ein Ausschankverbot für Alkohol verlangen und Eingangskontrollen.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

RALLYE

Die Alleinfahrt des Kalle Grundel auf Peugeot 205

sid/DW. **Saarbrücken**

In der Deutschen Rallye-Meisterschaft degradieren der Schwede Kalle Grundel und sein Solinger Beifahrer Peter Diekmann auf einem Peugeot 205 Turbo ihre Gegner zu Statisten. Die Fakten: Gewinn der Rallye „Kohle und Stahl" im Saarland, damit zweiter Sieg im zweiten von zehn DM-Läufen, Schnellste in 17 von 18 Wertungsprüfungen, vom Start über 540 km bis ins Ziel souverän geführt, am Ende 9:11 Minuten Vorsprung auf die zweitplazierten Opel-Manta-Fahrer Manfred Hero/Dietmar Müller (Schmelz/Honzrath), rein statistisch in jeder Sonderprüfung also eine halbe Minute schneller als die Konkurrenz. Auf Rang drei hatten Wilhelm Mayer/Hans Dieter Stock (Schlat/-Haßloch) mit einem VW Golf GTI bereits 15:04 Minuten Rückstand. Das sind im Rallye-Sport Welten.

Jetzt wird in der Rallye-Szene schon spekuliert, daß die deutschen Fahrer dem Erfolgsgespann Grundel/Diekmann und dem derzeit weltweit überlegenen Peugeot 205 Turbo bewußt aus dem Weg gehen. Tatsache ist, daß die Titelverteidiger Harald Demuth/Willy Lux (München/Belgien) ihr Hauptaugenmerk auf die Europameisterschaft verlagert haben. Und Demuths Vorgänger Erwin Weber (Opel) ging in Saarbrücken nicht an den Start, weil er sich bereits in Kenia befindet, wo von Donnerstag bis Ostermontag die zur Weltmeisterschaft zählende Safari-Rallye ausgetragen wird. Im Programm des zweimaligen Weltmeisters Walter Röhrl (Audi) aus Regensburg sind kontinuierliche Einsätze bei der deutschen Meisterschaft nicht vorgesehen.

So fällt es Grundel, der in diesem Jahr von VW zu Peugeot wechselte, auch leicht, solche Statements abzugeben: „Ich lerne noch mit dem Auto", sagte er in Saarbrücken nach der Zieldurchfahrt. Diese Lernphase scheint aber weitgehend abgeschlossen zu sein, wenn man anderen Grundel-Aussagen folgt. Er sagt zum Beispiel auch: „Ich weiß, daß es sehr wichtig ist, ruhig zu bleiben. Wenn du an einen Servicepunkt kommst und aufgeregt aus dem Auto springst, machst du doch nur die Mechaniker fertig. Sie werden doch sofort nervös, wenn sie einen brüllenden Fahrer sehen."

Die Ruhe weicht seiner Kampfkraft wohl auch nur auf den Wertungsprüfungen: „Dann setze ich mich selbst unter Druck: Du mußt schneller werden auf jedem Meter, du mußt lernen, besser zu werden, nicht den gleichen Fehler zweimal zu machen. Ich rede beinahe mit mir selbst, wenn ich fahre."

BERUFSBOXEN / Steinherr verteidigte Titel – Veranstalter hatte kein Geld

„Galgenvögel und Bankrotteure" Auch Weller bürgte für die Gagen

WERNER RABE, **Dortmund**

Das Berufsboxen in Deutschland ist um ein trauriges Kapitel reicher. Bevor Europameister Georg Steinherr (München) seinen Titel im Super-Weltergewicht mit einem einstimmigen Punktsieg nach zwölf Runden über den Spanier Emilio Sole in der Dortmunder Westfalenhalle verteidigte, mußte Veranstalter Albert Lohmann, ein Sportjournalist, bekennen, daß er ohne Geld für die Kämpfer-Börsen dastand. Es ging immerhin um 180 000 Mark.

Um zu retten, was noch zu retten war, startete das Präsidium des Bundes Deutscher Berufsboxer (BDB), angeführt von seinem Ehrenpräsidenten Theo Wittenbrink („Goldfinger"), eine wohl einmalige Spendenaktion. „Wir garantieren die Börsen", sagte der Hamburger zu Hauptkämpfer Steinherr, der mit der Abreise drohte. Und obwohl an diesem Samstag die Bankschalter längst geschlossen hatten, wurde die sechsstellige Summe zusammengebracht. Auf das Milieu ist eben Verlaß.

„Sponsoren, allen voran Darko und Schmidtchen, haben die Veranstaltung gerettet", ließ BDB-Präsident Peter Kohl (Hamburg) über die spendablen Finanziers wissen. Selbst der zweite deutsche Europameister, Leichtgewichtler René Weller (Pforzheim), zählte mit 50 000 Mark zu den Bürgen des Abends, während der eigentliche Veranstalter Albert Lohmann leichenblaß addierte, was ihm an Schulden bleiben würde. „Ich rechne mit 35 000 Mark für die Hallenmiete, Plakataktionen und die Hotelkosten." Hinter der vorgehaltenen Hand wird aber davon gesprochen, daß Lohmann rund 150 000 Mark verloren haben soll.

Lohmanns ehrgeiziges Projekt, in der Dortmunder Westfalenhalle wieder an die große Zeit des Berufsboxens anzuknüpfen, war schon im September bei der Europameisterschaft im Halbschwergewicht zwischen Alex Blanchard (Holland) und Manfred Jassmann (Korbach) gescheitert. Damals hatte es unter dem Strich ein fast sechsstelliges Minus gegeben. Lohmanns Partner waren aus dem „Boxring Westfalen" ausgestiegen. „Auch ich werde jetzt wohl Feierabend machen", kündigte Lohmann an.

Der alte und neue Europameister Steinherr (32) aber hatte nur eine Sorge, als seine angebrochene Rippe, die ihn ab der fünften Runde stark behinderte, behandelt worden war: „Ich will jetzt mein Geld sehen." 75 000 Mark waren ihm zugesagt worden: „Hoffentlich kristallisieren sich bald seriöse Veranstalter heraus. Die Galgenvögel, die da rumlaufen, kriegen mich nicht mehr in den Ring. Allerdings ist mir auch unverständlich, wie der Verband Lizenzen an Bankrotteure vergeben kann."

Dem Münchner Preisboxer liegt eine Offerte für eine freiwillige Titelverteidigung für 150 000 Schweizer Franken gegen Enrico Sacchia aus der Schweiz vor. „Die werde ich wohl annehmen." Gegen den Spanier Sole boxte Steinherr (Spitzname „Hammer-Schorsch") ohne jedes Risiko und versäumte es, entscheidend nachzusetzen, als der Gegner angeschlagen war. An seinem Sieg gab es aber nichts zu zweifeln.

„Sole war ein würdiger Herausforderer und wesentlich stärker als der Brite Jimmy Cable, von dem ich mir den Titel im September 1984 geholt habe", sagte Steinherr. Der sehr beherzt kämpfende Spanier schlug zu ungenau, um den Münchner ernsthaft in Verlegenheit bringen zu können. Im Urlaub auf Gran Canaria will sich Steinherr nun von den Strapazen in Dortmund erholen. Anschließend wartet er auf betuchtere Veranstalter.

Zu Steinherrs erstem Titelkampf kamen nur 1100 Zuschauer in den Zirkus-Krone-Bau in München. Auch im Ruhrgebiet ist der farbige Sohn des früheren Catcher-Königs Jimmy Dula offenbar kein Zugpferd. In der Dortmunder Westfalenhalle saßen nur 400 Zuschauer mehr als in München.

Dagegen scheint René Weller nach langer Kampfpause am 26. April in Frankfurt gegen den Italiener Sebastiano Sortia gerüstet zu sein. Sein Punktsieg nach acht Runden über Vicente Jorge sollte die Generalprobe sein. Sie glückte, trotz einer gebrochenen Brücke und einer verlorenen Zahnkrone. Zur Reparatur begab sich der eitle René noch in der Nacht in eine Zahnklinik, „die Europameisterschaft ist aber nicht gefährdet".

Sechs Monate in der Antarktis: Das deutsche Forschungsschiff „Polarstern"

Schwimmende Oase im ewigen Eis

Nach einer Mitfahrgelegenheit bei dieser Passage sucht man vergeblich in den einschlägigen Katalogen der Reiseveranstalter. Und dennoch findet sie statt, aber ohne Touristen. Gemeint ist eine der ungewöhnlichsten Schiffsreisen, die es zur Zeit wohl gibt: Mit dem Forschungsschiff „Polarstern" von Feuerland – an der Südspitze Südamerikas – in die Antarktis und von dort nach Kapstadt an der Südspitze Afrikas.

Bei der diesjährigen (dritten) Reise der „Polarstern" war erstmals ein Kamerateam mit von der Partie. Peter K. Hertling schildert in seiner „Reportage am Montag" die Arbeit und das Zusammenleben an Bord des Forschungsschiffes, zeigt Anlegemanöver unter schwierigsten meteorologischen Bedingungen, die allzuoft wegen der schlechten Witterung oder katastrophaler Eisverhältnisse abgebrochen werden mußten.

Mit 118 Metern Länge und 25 Metern Breite ist das blau-weiß-orangefarbene Forschungsschiff „Polarstern" das größte und mit knapp 20 000 PS stärkste Schiff der deutschen Forschungsflotte. Und mit rund 200 Millionen Mark Investitionskosten das teuerste zugleich. Der robuste Eisbrecher – 1,5 Meter dickes Packeis wird in laufender Fahrt bei sechs Knoten (ca. 10 km/h) durchschnitten – verfügt über einen so hohen Kälteschutz, daß Arbeiten bei Lufttemperaturen von – 50° C sogar eine Überwinterung in der Antarktis zulassen würden.

Der Schiffsrumpf verfügt über doppelte Wände, die stellenweise aus mehr als fünf Zentimeter starkem Spezialstahl bestehen. Sollte die „Polarstern" einmal einfrieren, kann sie sich durch Umwälzen von Wasserballast zwischen Back- und Steuerbordtanks „freischaukeln". Knapp 4 000 Tonnen Nachschubgüter – hauptsächlich zur Versorgung der deutschen Antarktisstation – können zugeladen werden.

An Bord gibt es Kost und Logis für 109 Personen: 39 Plätze sind für die Besatzung und maximal 30 Kojen für das Ablösepersonal der Polarstation vorgesehen. 40 Wissenschaftler und Techniker, Meeresbiologen aus der Bundesrepublik, aus Norwegern, den USA und der Volksrepublik China bildeten bei der jetzigen Fahrt die Wissenschaftscrew.

Das untere Ende der Welt – ZDF, 19.30 Uhr

Der Komfort an Bord kann sich sehen lassen: drei Bars, Fitness-Raum, Swimmingpool und eine Bibliothek mit Kaminofen.

Reeder ist das Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung in Bremerhaven, zu 90 Prozent vom BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technologie) und zu 10 Prozent vom Land Bremen finanziert. Im Einvernehmen mit interessierten Forschergruppen anderer Institute legen die Bremerhavener in internationaler Abstimmung den Einsatzplan des Schiffes fest. Etwa 320 Einsatztage ist das Schiff jährlich auf See: Davon 80 Tage im Nordmeer und 180 Tage in der Antarktis. Der Rest entfällt auf die langen An- und Abreisen.

Auch diese Zeiten vergehen nicht ungenutzt. Sie sind Ozeanographen, Luftchemikern und Geomorphologen für ihre Messungen hochwillkommen. An Nachfragen von in- und ausländischen Forschern, einmal mit von der Partie zu sein, mangelt es nicht.

„Polarstern"-Zielort, der weiße Kontinent rund um den Südpol, umfaßt eine Fläche von etwa 14 Millionen Quadratkilometern und ist damit 64 mal so groß wie die Bundesrepublik oder etwa doppelt so groß wie Australien. Dabei ist die Antarktis an vielen Stellen weniger erforscht als die Oberfläche des Mondes. Seit 1980 beteiligt sich auch die Bundesrepublik wieder nach Kräften an der Erkundung dieser ewigen Eiswüste. Im antarktischen Schelfeis entstand die „Georg-von-Neumayer-Forschungsstation".

Unterm Strich gesehen war die dritte Expedition der „Polarstern" recht erfolgreich. Für Peter Hertling brachte sie auch die Erkenntnis, daß eine wirtschaftliche Ausbeutung der Antarktis und der sie umgebenden Gewässer aller Wahrscheinlichkeit nach verheerende Folgen für das Öko-System hätte.

Denn vor allem Öl, Gas, Kohle und Erze locken Prospektoren aller Herren Länder. Hertling warnt nachdrücklich vor der Vorstellung, am „unteren Ende der Welt" sei ein unerschöpfliches Reservoir an Nahrungsmitteln und Mineralien vorhanden: Ein Ausverkauf darf dort nicht stattfinden! DIETER THIERBACH

RINGEN / Sowjetunion dominierte den Großen Preis von Deutschland

Martin Knosp: Sieg und Rücktrittstermin

sid/dpa, **Aschaffenburg**

Der Sieg beim Großen Ringerpreis von Deutschland in Aschaffenburg bedeutet für Martin Knosp den Anfang vom Ende der Karriere. Der 25jährige Welt- und Europameister will international nur noch bei den Europameisterschaften im April in Leipzig und beim Freistil-Pokal im Mai in Tokio antreten und sich dann ganz auf die Kämpfe in seinem Verein konzentrieren.

„Verschleißerscheinungen machen mir den Entschluß leicht", sagte Martin Knosp, der acht Jahre in der Weltklasse stand und zeitweilig ihre Qualität bestimmte. 1986 will der Olympiazweite von Los Angeles, um seinen zehnten deutschen Meistertitel in Folge zu gewinnen, noch einmal bei den Meisterschaften in seiner Heimatstadt Urloffen an den Start gehen. Beim Großen Preis von Deutschland in Aschaffenburg schlug Martin Knosp in der 74-kg-Klasse nacheinander Lorenz Kung aus der Schweiz, die neue sowjetische Hoffnung Adlan Warajew, der überhaupt keine Chance hatte, Andreas Nutsch aus Ebersbach, Ercan Cengiz aus der Türkei und den Tschechoslowaken Lubomir Holoubek.

Während die hochfavorisierten sowjetischen Ringer zehn der insgesamt 17 Klassen in beiden Stilarten gewannen und damit in der Gesamtwertung klar vor den Aktiven des Deutschen Ringerbundes (DRB) rangierten, sorgte im deutschen Aufgebot neben Martin Knosp noch der Fliegengewichtler Herbert Tutsch aus Ahlen für einen Klassensieg. Außer diesen beiden brillierten Hans-Hermann Strauß (vor allem im Kampf mit Europameister Teimuraz Apschasawa) und trotz seiner Niederlage gegen Josef Schwendtner auch Fritz Niebler. Die Brüder Bernd und Markus Scherer freilich, übergewichtig und wohl gänzlich unberaten, traten zum Finale nicht mehr an, wohl wissend, daß es zum Sieg nicht mehr reichen würde. Platz zwei und drei war ihnen wohl nicht mehr gut genug. Ein Fall von Hochmut? Bundestrainer Heinz Ostermann: „Was soll ich machen, ich habe doch nur die Scherers in dieser Klasse."

Sieben Monate nach den Olympischen Spielen von Los Angeles und genau zehn Monate nach dem Europameisterschaftstriumph von Jönköping haben die Ringer aus Osteuropa – die in Los Angeles wegen des Boykotts wohl die meisten Olympia-Medaillen verschenkt haben – ein glanzvolles Comeback auf der internationalen Bühne gefeiert. Wie sehr die Sowjets ihre alte Dominanz wieder herbeiwünschen, beweist die Tatsache, daß sie nicht nur zehn der 17 Sieger stellten, sondern auch in zwei Gewichtsklassen aufgrund einer internen EM-Ausscheidung Platz eins und zwei belegten.

KRITIK

Der Prinz, der auf die Pauke haute

Seit Großbritanniens Prinz Charles durch seine früheren Liaisons keine Schlagzeilen mehr macht und mit der Ankunft ihres zweiten Sprosses die Familie des Prince of Wales und seiner Gattin Lady Diana fürs erste dem Fokus der Öffentlichkeit ins erfüllte Privatissimum entkommen ist, sorgt der jüngere Prinz Andrew immer mal wieder um so heftiger für Lesefutter.

Gespannt freilich wird man sein dürfen auf die Reaktion aus dem Buckingham-Palast, den jüngsten Auftritt des kreglen Juniors betreffend – einen im Fernsehen nämlich, ein ganzes Stück nach Mitternacht zum Sonntag und ausgerechnet im Rahmen des deutschen **Rockpalast-Festivals (ARD)** aus der Essener Grugahalle.

Daß die königliche Familie als musikliebend gilt, ist Allgemeingut. Daß Prinz Andrew allerdings mit der Nonchalance ganz gewöhnlicher Erdenbürger in einer Gruppe am (zweiten) Schlagzeug gastierte, deren Name nun durch Seine Exzellenz erst den vollen Klang erfährt – Paul Young and the Royal Family –, ist neu und wohl auch nicht ganz ohne Pikanterie, als gerade solche Sendungen an eine Generation adressiert sind, die sich – nicht zuletzt in Deutschland – aus monarchistischen Anklängen kein Kopfweh mehr zu machen pflegt.

Doch der Coup des munteren Prinzen Andrew „paßt", war er doch eben noch als Abgesandter der Queen zu Truppenbesichtigungen bei Einheiten der Britischen Rheinarmee zu Gast gewesen und nicht das erste Mal aufgefallen: als enthusiastischer Trommler in einigen Musikcorps der Armee Ihrer Majestät.

Schwer zu sagen, wie Mr. Paul Young es hingebogen haben mag, diesen leibhaftigen Prinzen zum Gastdebüt in seiner Gruppe zu bewegen. Immerhin: ein Gag, der einer gewissen Klasse nicht entbehrte. Auf die Folgen – für den Sohn der Queen im besonderen wie für die Popmusik im allgemeinen – wird man gespannt sein dürfen.

ALEXANDER SCHMITZ

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 19. Spieltag: Chemie Leipzig – Rostock 1:0, Jena – Aue 0:0, Frankfurt – Riesa 1:2, Suhl – Magdeburg 0:3, Dynamo Berlin – Erfurt 4:2, Dresden – Brandenburg 4:1, Karl-Marx-Stadt – Lok Leipzig 0:2. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 32:6, 2. Dresden 29:9, 3. Lok Leipzig 27:11, 4. Magdeburg 22:16. – **Erste englische Division**, 32. Spieltag: Luton – Ipswich 3:1, Norwich – Coventry 2:1, Nottingham – West Ham 1:2, Queens Park – Watford 2:0, Sheffield – Newcastle 4:2, Southampton – Everton 1:2, Stoke – Arsenal 2:0, Sunderland – Chelsea 0:2, Tottenham – Aston 0:2, Bromwich – Leicester 2:0. Tabellenspitze: 1. Everton 65:33 Tore/63 Punkte, 2. Tottenham 60:32/60, 3. Manchester United 59:35/56, 4. Arsenal 51:42/52. – **WM-Qualifikation**, Asien-Zone, Gruppe 3 B: Bangladesh – Indien 1:2; Untergruppe 3 B: Thailand – Indonesien 0:1.

BASKETBALL

DBB-Pokal-Finale, Damen in Monheim: Düsseldorf – Leverkusen 84:60. – Spiel um Platz 3: Köln – Göttingen 88:66; Spiel um Platz 5: Gießen – Bamberg 94:67; Spiel um Platz 7: Hagen – Osnabrück 101:82. – **Bundesliga-Qualifikation**: Herren, 10. Spieltag, Gruppe Nord: Hagen – Oldenburg 71:70, Wolfenbüttel – Bremerhaven 66:69. – Gruppe Süd: Heidelberg – Bamberg 89:66.

BOXEN

Bundesliga, 9. Wettkampftag: Mülheim – Eichstätt 13:12. – **Dortmunder Kampftag**: Leicht: Mittermeier (München) PS – Findenig (Österreich); Mittel: Prox (Hamburg) PS – Bosio (Belgien); Schwer: Pergaud (Düsseldorf) PS – Gerrad (England); Junior-Welter: Habermayer (München) PS – Verrips (Holland); Super-Leicht: Weller (Pforzheim) PS – Jorge (Spanien); Leichtschwer: Mutti (Sambia) PS – Collins (England); Super-Welter: Steinherr (München) PS – Sole (Spanien).

EISHOCKEY

Bundesliga-Qualifikation, 17. Spieltag: Preußen Berlin – Bayreuth 2:2, Bad Tölz – Füssen 6:6, Essen-West – Augsburg 6:4, Krefeld – Rießersee 12:4, Duisburg – Frankfurt 8:1.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 20. Spieltag: Wallau-Massenheim – Gummersbach 18:22, Dankersen – Weiche-Handewitt 22:22, Großwallstadt – Lemgo 23:20, Hüttenberg – Bergkamen 25:21, Kiel – Reinickendorf 29:22. – **Bundesliga**, Damen, 18. Spieltag, Gruppe Nord: Uerdingen – Leverkusen 15:25, Herzhorn – Minden 12:12, Jarplund-Weding – Hannover 19:15, Oldenburg – Eilbeck 26:16, Engelskirchen – Kiel 20:15. – Gruppe Süd: Auerbach – Lützellinden 16:19, Sindelfingen – Gießen 18:19, Humboldt Berlin – Frankfurt 9:20, Nürnberg – Malsch 36:14, Guts Muths Berlin – Würzburg 18:16. – **Europapokal der Pokalsieger**, Männer, Rückspiel: Barcelona – Reykjavik 22:12 (Hinspiel 20:13, damit Barcelona im Finale). – **Europapokal der Landesmeister**, Männer, Halbfinal-Rückspiel: Dukla Prag – Atletico Madrid 18:17 (Hinspiel 14:16, damit Madrid im Finale).

TISCHTENNIS

Weltmeisterschaften in Göteborg, Herren: Deutschland – Taiwan 2:5, Deutschland – Schweiz 5:1, Deutschland – Pakistan 5:2, Deutschland – Schottland 5:1 (Hüging – Yale 21:6, 21:17, Böhm – Broe 21:8, 21:10, Wosik – Hannah 19:21, 21:10, 14:21, Böhm – Yale 23:21, 21:14, Hüging – Hannah 21:14, 21:13, Wosik – Broe 21:14, 21:9). – Deutschland – Holland 5:1 (Lieck – R. van Spanje 12:21, 21:12, 21:19, Böhm – Turk 21:5, 21:10, Hüging – H. van Spanje 21:15, 21:18, Böhm – R. van Spanje 7:21, 21:12, 21:11, Lieck – H. van Spanje 21:16, 20:22, 13:21, Hüging – Turk 21:12, 21:16) Taiwan – Norwegen 5:0, Finnland – Schweiz 5:4, Belgien – Holland 5:3, Finnland – Taiwan 5:4, Pakistan – Norwegen 5:2, Belgien – Schottland 5:0. – Tabellenspitze: 1. Taiwan 6:1, 2. Deutschland 5:1, 3. Finnland 4:2, 4. Belgien 4:3, 5. Holland 3:3. – **Damen**: Deutschland – Frankreich 1:3, Deutschland – Japan 0:3, Deutschland – Hongkong 0:3, Deutschland – Nordkorea 0:3 (Wenzel – Hui Li 13:21, 13:21, Greisinger – Hui Cho 11:21, 11:21, Wenzel/Olschewski – Li/Cho 12:21, 19:21).

RUGBY

Länderspiel in Heidelberg: Deutschland – Schweiz 30:12.

JUDO

Internationale deutsche Meisterschaften in Rüsselsheim: Feder: 1. Ozawa (Japan), 2. Eckersley (England), 3. Jupke (Deutschland) und Fidler (Österreich); Halbmittel: 1. Adams (England), 2. Wieneke (Deutschland), 3. Doberty (Kanada) und Reiter (Österreich); Mittel: 1. Seisenbacher (Österreich), 2. Bazynski (Deutschland), 3. Yoshimura (Japan) und Sadej (Polen); Halbmittel: 1. Neureuther (Deutschland), 2. Köstenberger (Österreich), 3. Temming (Deutschland) und Kovacz (Ungarn).

RINGEN

Großer Preis von Deutschland in Aschaffenburg, Freistil: 48 kg: 1. Kornilajew (UdSSR), 2. Falandys (Polen), 3. Yildiz (Türkei), 4. Heugabel (Deutschland); 52 kg: 1. Tutsch (Deutschland), 2. Bourdin (Frankreich), 3. Bozek (Polen); 57 kg: 1. Schwendtner (CSSR), 2. Zotschev (Bulgarien), 3. Niebler, 5. Dumblus (beide Deutschland); 62 kg: 1. Sarkisian (UdSSR), 2. Cakici (Türkei), 3. Polky („DDR"); 68 kg: 1. Sirakov (Bulgarien), 2. Schüler (Deutschland), 3. Segers (Belgien); 74 kg: 1. Knosp (Deutschland), 2. Holubek (CSSR), 3. Warajew (UdSSR); 82 kg: 1. Nanev (Bulgarien), 2. Radomski (Polen), 3. Franz („DDR"), 4. Mittermüller (Deutschland); 90 kg: 1. Dudziak („DDR"), 2. Gorski (Polen), 3. Nentschev (Bulgarien), 4. Weickert („DDR"), 5. Lukowski (Deutschland). – Griechisch-römisch: 48 kg: 1. Alachwerdijew (UdSSR), 2. Saito (Japan), 3. Ciminello (USA); 52 kg: 1. Paschajan (UdSSR), 2. Wachs („DDR"), 3. Cismas (Rumänien); 57 kg: 1. Fatkulin (UdSSR), 2. Fomin (UdSSR), 3. Mourier (Frankreich), 4. Bitterling („DDR"), 5. Wölfelschneider (Deutschland); 62 kg: 1. Madschidow (UdSSR), 2. Uta, 3. Savu (beide Rumänien), 4. Gabriel, 5. Roos (beide Deutschland); 68 kg: 1. Prokudin (UdSSR), 2. Carare (Rumänien), 3. Barej (Polen), 4. Jalabert (Frankreich), 5. Negrisa (Rumänien), 6. Rachor (Deutschland); 74 kg: 1. Rusu (Rumänien), 2. Michler (Frankreich), 3. Helbing, 4. Gössner, 5. Hilzendegen (alle Deutschland); 82 kg: 1. Apschasawa (UdSSR), 2. Strauß (Deutschland), 3. Daras (Polen); 90 kg: 1. Kanygin (UdSSR), 2. Pitschmann (Österreich), 3. Sachs, 4. Weber (beide Deutschland); 100 kg: 1. Gedechauri (UdSSR), 2. Habelow (UdSSR), 3. Savin (Rumänien), 4. Hulboj, 5. Gersmeier, 6. Schneegans (alle Deutschland).

SKI NORDISCH

7. Internationale Schweizer Langlauf-Woche in Sarnen, Herren (15 km): 1. Torgeir (Norwegen) 40:57,2 Min., 2. Runggaldier (Italien) 17,2 Sek. zur., 3. Fähndrich (Schweiz) 55,0, ... 15. Behle (Deutschland) 2:53,9. – Gesamtwertung nach sechs Rennen: 1. Torgeir 110 Punkte, 2. Sandoz 106, 3. Blatter 93, 4. Behle 93 (schlechtere Einzelklassierung).

TANZEN

WM der Amateure in den lateinamerikanischen Tänzen in Bremerhaven, Endstand: 1. Beer/Lankenau (Deutschland), 2. Bakke/Delhi (Norwegen), 3. Griffin/Preston (England), 4. Cosyns/Jacobs (Belgien), 5. Galke/Schreiber (Deutschland).

TRABRENNEN

EM, Endstand: 1. Kontio (Finnland) 195 Punkte, 2. Eggen (Norwegen) 178,5, 3. Smeding (Holland) 178, ... 6. Wewering (Deutschland) 148.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Lümmel (F. Puchta), 2. Fortunato, 3. Bohrung, Toto: 40/19, 18, 22, ZW: 164, DW: 1460, 2. R.: 1. Grazie (A. Tylicki), 2. Berthold, 3. Themistokles, Toto: 32/14, 22, 12, ZW: 352, DW: 712, 3. R.: 1. Amarine (H. Strompen), 2. Philipp, 3. Bourbon, Toto: 40/15, 16, 21, ZW: 220, DW: 1108, 4. R.: 1. Padang ((A. Tylikkcki), 2. Nandine, 3. Wonder World, Toto: 28/17, 74, 18, ZW: 2572, DW: 18 028, 5. R.: 1. Katamaran (L. Mader), 2. Obligado, 3. Marioprince, Toto: 88/22, 13, 16, ZW: 240, DW: 764, 6. R.: 1. Funkregent (K. Woodburn), 2. Müllerowo, 3. Blauer Dragoner, Toto: 120/20, 20, 15, ZW: 708, DW: 4268, 7. R.: 1. Matapan (E. Schindler), 2. Foxtrott, 3. Schätzer, Toto: 36/17, 21, 22, ZW: 228, DW: 892, 8. R.: 1. Parallele (Chr. Stoltz), 2. Lipumba, 3. Colonius, Toto: 64/26, 22, 42, ZW: 336, DW: 4838, 9. R.: 1. My Rocketson (A. Schütz), 2. Flower King, 3. Little Lady, Toto: 32/13, 14, 15, ZW: 104, DW: 316, 10. R.: 1. Ombretta (P. Schade), 2. Prachtvogelblume, 3. Paracol, Toto: 140/21, 17, 13, ZW: 844, DW: 4192.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 14, 16, 17, 30, 36, 48, Zusatzzahl: 32. – **Spiel 77**: 8 0 9 5 8 3 1. – **Toto, Elferwette**: 1, 0, 1, 0, 1, 0, 2, 1, 2, 1, 0. (Ohne Gewähr).

JUDO

Wieneke hielt sich sehr gut

sid, **Rüsselsheim**

Seit den Olympischen Spielen von Los Angeles wurde der Wolfsburger Student Frank Wieneke herumgereicht und gefeiert. Der Judo-Olympiasieger genoß diese Höhen des Lebens. Training mußte in dieser Zeit der Ehrungen zurückstehen. „Olympiasieger ist etwas ganz Außergewöhnliches, das kann das ganze Leben verändern", hatte er gesagt.

Frank Wieneke aber wurde sehr schnell von der Wirklichkeit eingeholt. Trat er auf die Matte, wurde Jagd auf ihn gemacht. Jeder Partner hatte den Ehrgeiz, gegen den Olympiasieger besonders gut auszusehen, ihn womöglich zu schlagen. „Als Olympiasieger bist du nie mehr der, der du früher gewesen bist", hatte Wieneke das Unheil kommen sehen. Doch der junge Mann machte das Beste aus seinem jungen Ruhm: Lächelnd stand er Reportern vor und nach Wettkämpfen Rede und Antwort, nahm Fototermine ohne Murren wahr. Wieneke bastelte bewußt an dem Image des netten jungen Mannes, ohne sich anzubiedern.

Und er begann wieder zu trainieren, bei sich zu Hause in Hannover, im Stützpunkt Wolfsburg und mit der Nationalmannschaft. Wieneke nahm alle Mühen auf sich, immer vor sich selbst bestehen zu können. In Los Angeles hatte man von einem glücklichen Sieger über den Engländer Neil Adams gesprochen, von einem Glückswurf, in den Adams sich hatte ziehen lassen. Die englischen Medien bestärkten diese Legenden-Bildung. Adams hatte nach diesem Unglückstag nie mit seinem Training ausgesetzt.

Die internationalen deutschen Meisterschaften in Rüsselsheim brachten nun die von Adams verfolgte, von Wieneke vielleicht gefürchtete Olympia-Revanche. Adams gewann, doch [illegible] nicht die Umkehrung des Resultats [illegible] Los Angeles. Adams gewann [illegible] knappsten aller möglichen Resultate: Mit 2:1 Kampfrichterstimmen. Hätte nicht eine Meisterschaft entschieden werden müssen, es wäre ein Unentschieden geworden. Wieneke hat in Rüsselsheim verloren, aber seinen Kampf gegen die Ungewißheit gewonnen.

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Wetten, daß . . . ?
Mit Frank Elstner
11.50 Umschau
12.15 Weltspiegel
Moderation: Peter Krebs
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Schöne Aussichten
Sieben Gäste, vom niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten bis zur feministischen Journalistin, sitzen bei Tisch und lassen sich jeweils ihr Lieblingsgericht servieren.
17.25 1:0 für die Kinder
2. Folge: Neue Freunde
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Blauen und die Grauen
Letzter Teil der amerikanischen Serie
21.15 Prager Notizen
Über Abgasschäden in der „Goldenen Stadt", die Probleme des verbotenen Philosophen Ladislav Hejdanek und das Projekt der Bildhauerin Marie Uchytilova, die in einem Ort bei Prag eine Gruppe von überlebensgroßen Kinderstatuen aufstellen will, berichtet der Prager ARD-Korrespondent Dieter Möller.
21.45 Bitte umblättern
Das SWF-Unterhaltungsmagazin
Mit Beiträgen von Albert Krogmann und Norbert Haupt
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Alice lebt hier nicht mehr
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Regie: Martin Scorsese
0.50 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
13. Folge: Das Ende von etwas
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
Zwei Sieger
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der Seewolf (9)
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Das untere Ende der Welt
Mit dem Forschungsschiff „Polarstern" in der Antarktis
Bericht von P. K. Hertling
20.15 Skandal in Ischl
Österr. Spielfilm (1957)
Mit O. W. Fischer, Elisabeth Müller, Ivan Desny u. a.
Regie: Rolf Thiele
21.45 heute-journal
Politbarometer
22.10 denk mal – Auflösung
22.11 Klassik aktuell
Neuheiten vom Plattenmarkt
Zum 300. Geburtstag von Bach und Händel
Film von Friedrich Müller
22.40 Ein Mord, den jeder begeht
Fernsehfilm von Claus Hubalek nach dem Roman von Heimito von Doderer
Mit Joachim Dietmar Mues, Claudia Butenuth u. a.
Regie: Claus Peter Witt
0.20 heute
Anschl. Gute-Nacht-Musik

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Hilferufe
Menschen in der Krise
Mathias K.: Alle hacken auf mir rum
21.15 Medizin-Magazin
Vorgesehen: Krank durch Kurieren / Schutz vor Scharlatanen
21.45 Landesspiegel
22.15 Johann Sebastian Bach (5)
Stürme und Jahre
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Schrebers Erben (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Das Herz eines Fremden . . .
21.00 Montagsthema
22.00 Das Gruselkabinett
Vorsicht, Gespenster!
Amerikanischer Spielfilm (1941)
23.20 Nachrichten

HESSEN
19.05 Drei - D
20.00 Horizonte
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Direktion City
Berliner Krimi
22.30 Eishockey-Länderspiel
Deutschland – Schweden

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Ein dunkler Schatten
20.20 Ein Mann denkt um (2)
21.05 Klimbim
21.50 Wir sind ganz normale junge Leute
Bericht über Polizeiausbildung heute
22.35 Rückblende
22.50 Jazz am Montagabend
23.50 Nachrichten

BAYERN
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Geheimnisse des Gehirns
Dokumentarreihe von Dick Gilling
7. Verrückt
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
Kriminalfilm
23.35 Rundschau

SAT1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Das Unglück, Teil 1
15.00 Indian River
Onkel Raoul und der Bär
15.30 Musicbox – die Musik, die unter die Netzhaut geht
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Interviews mit Stargästen, Pop-Infos, Live-Auftritte von Nachwuchstalenten
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Die Windmühle aus der Zeit Napoleons
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Der Mann, der seinen Namen änderte
18.00 Westlich von Santa Fé
Der Kunstmaler
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Virgina (6)
19.45 Hardcastl & McCormick
Unheimliches Computerspiel
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Tagesordnungspunkt – Die Wirtschaftsreportage
Moderation: Rolf Antrecht
21.00 Galerie Buecher
In der siebten Folge diktiert Eifersucht einen anonymen Brief, und *die beiden Schwestern finden sich* wieder sympathisch.
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Die Rache des Dr. Fu Man Chu
Deutsch-engl. Spielfilm (1966)
Mit Christopher Lee, Wolfgang Kieling, Horst Frank u. a.
Regie: Jeremy Summers
Der bereits totgesagte Dr. Fu Man Chu taucht wieder auf und treibt erneut sein Unwesen. Diesmal plant er, alle Polizeiapparate der Erde lahmzulegen. Doch damit nicht genug. Gleichzeitig strebt er auch noch die Herrschaft über alle großen Verbrecherorganisationen der Welt an . . .
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
15. Lauter alte Schachteln
Kompaß
Wachstum (3)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Lebenslinien
Augustine – Das Herz in der Hand
Filmtrilogie von Käthe Kratz
Der Fernsehfilm schildert die Schicksale dreier Frauen aus drei Generationen vor den sozialen und historischen Hintergründen ihrer Zeit. Protagonistin des ersten Teils ist Augustine, ein Mädchen aus der Provinz, die Ende des vorigen Jahrhunderts in Wien eine Stelle als Dienstmädchen antritt.
23.25 Kennwort: Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten

Pankraz, Frau Anna und die Hautunreinheit

Ein neues Genre hält Einzug in unsere Literatur: der Nicht-Roman. „Dieses Buch ist kein Roman", schreibt Ingeborg Drewitz preisend in einem Geleitwort zu „Anna. Ein Leben", soeben erschienen im Lübbe-Verlag. Und „dieses Buch ist kein Roman" konnte man auch in vielen Kritiken lesen, die dem „Lebensbericht" der Anna Wimschneider (im Piper-Verlag) gewidmet waren, ebenfalls lobend gemeint. Die Auskunft „Kein Roman" fungiert neuerdings als Gütesiegel, das Leser anzieht. Der Erfolg des Wimschneider-Buchs ist durchschlagend, er furcht Wellen, und noch viele Nachahmer werden darauf reiten wollen.

Pankraz betrachtet die Entwicklung mit höchst gemischten Gefühlen. Sicherlich, die Gattungsbezeichnung „Roman" war ein wenig in Verruf geraten, nachdem die Verlage die Seelenergießungen pubertierender Jünglinge, die nichts zu sagen hatten, unter dieser Bezeichnung anzubieten begonnen hatten. Als „Roman" bekam man in den letzten Jahren nur noch verquastes Innenleben zu kaufen oder kalt ausgedachte Ereignisfolgen à la Simmel. Was aber jetzt unter dem Schlagwort „authentischer Lebensbericht" *zum* Gegenzug antritt, jene Tonbandergüsse reifer Frauen und Männer, die „wirklich etwas erlebt haben", das ist geeignet, der Literatur überhaupt den Garaus zu machen.

Alle Kategorien, die zum Lobpreis des „authentischen Lebensberichts" ins Feld geführt werden, sind unliterarisch oder sogar antiliterarisch. Die „Unmittelbarkeit", das „Sich-nicht-Kümmern" um Vorbilder, Trends und Erzähltraditionen, die „schlichte, volksnahe Sprache", das „wohltuende Fehlen ausgeklügelter Dramaturgien" – all das kann nur augenblicksweise Reiz ausüben, als Folie für einen verkünstelten, anämischen Schreibstil der Hochliteratur. Auf die Dauer öffnet es der totalen Formlosigkeit Tür und Tor und führt genau in jene Untiefen bodenlosen Gewäschs, denen man doch gerade entgehen wollte.

Schreckt nicht das Beispiel des deutschen Fernsehens, das ja auf dem Weg zur „Authentizität" schon weit fortgeschritten ist? Oder merken wir gar nicht mehr, daß dort längst das Gewäsch und nur noch das Gewäsch regiert? Leute, die von draußen kommen, beispielsweise aus Amerika, wo man auch noch das banalste Vorkommnis gern zum Spiel und zur „Show" macht, sind jedenfalls immer wieder erstaunt über die Formlosigkeit und Verquatschtheit der deutschen TV-Kanäle. Wo man drüben etwa über das Problem der Homosexualität ein spannendes TV-Spiel mit vehement geschürztem Handlungsknoten macht, gibt es bei ARD oder ZDF eine Open-End-Diskussion mit „Betroffenen", die sich von fünf nach zehn bis weit über Mitternacht erstreckt. Statt Dramaturgie setzt es formlose, larmoyante Selbstentblößung, statt Handlungsökonomie babylonisches Durcheinandergerede, in dem ein hilfloser „Moderator" herumpaddelt wie ein Ertrinkender.

Und was den Homosexuellen recht ist, ist den anderen „Randgruppen" natürlich billig. Da sind die frustrierten Hausfrauen und die älteren Herren, die es mit der Prostata haben und dauerod austreten müssen. Da sind die jobsuchenden Jugendlichen und die unzureichend verrenteten Senioren, die ratlosen Oberförster und die wahlkämpfenden „Grünen" von Nordrhein-Westfalen, die über „gewaltlose Sexualität" zwischen Erwachsenen und Kindern diskutieren. Da sind die Prostituierten von St. Pauli, die ihrer Meinung nach zu viele Steuern zahlen, die Transvestiten und die Androgynen, die Liliputaner und die Übergewichtigen, die Türken und die Bettnässer. Und sie alle reden, reden, reden ...

Bei den „Machern" aber hinter der Kamera ist kaum einer, der sich sagt: „Hallo, das sind doch alles Vorlagen für Fernsehspiele, das ist doch alles Stoff, der geformt werden will." Sondern alle freuen sich über die „Authentizität" der endlos Labernden, und indiskrete Kameramänner fahren den Labernden mit dem Objektiv noch extra in die Nasenlöcher und unter die Fingernägel, an die Muttermale und an die Hautunreinheiten, um die „Authentizität" zu erhöhen. Und der ganze Wust aus Gelaber und Hautunreinheit heißt dann im Programmheft vorzugsweise „Das kleine Fernsehspiel", obwohl er mit Spiel so wenig zu tun hat wie eine Zwiebel *mit* der Weltraumfahrt.

Das Fernsehen ist ein mächtiges Medium, so *daß* es nicht Wunder nehmen kann, wenn seine Stilprinzipien allmählich auch die Literatur erfassen und ummodeln. Pankraz findet jedoch, die Literatur sollte hier Widerstand leisten und ihrerseits versuchen, das Fernsehen zu beeinflussen, durch üppige Angebote von Drehbüchern, Spielvorlagen und attraktiven dramaturgischen Verfahrensweisen. Denn die Begeisterung über die angebliche „Authentizität" des Ungeformten und elektronisch Abgerufenen ist unecht, ist ein Strohfeuer, das im Grund nur dazu dient, die Herrschaft der Unproduktiven und des Vorurteils zu befestigen.

Den „authentischen" Menschen gibt es gar nicht; der Mensch spielt *immer*, wenn er sich äußert, auch und gerade der „einfache" Mensch. Wenn man genau hinsieht und hinhört, merkt man zum Beispiel, daß die angeblich so aggressiv und frisch von der Leber weg vor der Kamera labernden St. Pauli-Damen nichts weiter tun, als die Rollenerwartung der Leute hinter der Kamera zu erfüllen. Und auch die gute Frau Anna Wimschneider reagiert auf Zeitgeist- und Rollenerwartung, befriedigt die Sehnsucht der Verleger und des Lesepublikums nach „einfachem Leben".

Die Alternative heißt also nicht: „Hier Authentizität, dort geformte Literatur", sondern sie heißt: „Hier manipulierte Formlosigkeit, dort freie Form". Die Form kann aber nur dann wirklich frei sein, wenn der Literat sich vorurteilslos den Schicksalen und Dingen nähert und sie durch seine Kunst in einer genaueren Weise als der Tonbandträger „zum Sprechen bringt". Nur dann auch wird er in der Lage sein, die Literatur überhaupt vor dem Anprall des „Authentischen" zu bewahren.

Pankraz

Ibsens „Peer Gynt" im Schauspielhaus Düsseldorf

Schimmel mit Bauchtanz

Seit Peter Steins Inszenierung von 1971 hat sich eingebürgert, Henrik Ibsens „Peer Gynt" an zwei hintereinander folgenden Abenden zu geben. Auch Michael Gruner am Düsseldorfer Schauspielhaus will diesem modischen Brauch folgen. Nur die Premiere sollte an *einem* Tag bewältigt werden. Was aber als „Beginn 15.00 Uhr" angekündigt war, begann schon einmal 30 Minuten später. Und man mußte auch nicht, wie angekündigt, bis 23.00 Uhr auf die sentimentale Schlußszene warten: Schon 90 Minuten vorher war alles vorbei. Zieht man die einstündige Pause zwischen beiden Teilen und die in diesen noch einmal eingeräumten Pausen ab, kommt man auf eine Spielzeit von knapp vier Stunden. Das ließe sich bequem an einem einzigen Abend erledigen.

Es wäre freilich nicht weniger ermüdend. Mit „Peer Gynt" hat sich Gruner zum zweiten Mal ein Stück ausgesucht, für das er nicht der Mann ist. Er ist ja ein äußerst sensibler Psychologe, der seine Figuren mit feinstem Strich zu zeichnen versteht. Einen großen Bogen zu spannen vermag er dagegen nicht. Das bewies er seinerzeit schon mit Calderons „Das Leben ein Traum".

So besticht denn auch sein „Peer Gynt" nur im ersten Teil. Fern von Chéreaus Nebelgewaber, auf meist kahler Bühne, deren Herkunft von Brecht die Umbauten bei offenem Vorhang und „Arbeitslicht" unterstreichen, ziseliert er die Charaktere aus: Peer (Hans Diehl, ein intensiver Darsteller – und ein erbärmlicher Sprecher), Aase (herzhaft und eindrucksvoll: Dietlinde Hillebrecht), Solveig (Esther Hausmann). Die Übersetzung von Georg Schulte-Frohlinde, die auf die unseligen Reime verzichtet, erweist sich da als außerordentlich tauglich.

Schon die Szene der Trolle aber, schattenhaft dunkel mit einem Auftritt des Dovre-Alten im Parkett, gerät daneben. Und da für die Szenen in Marokko, in der Wüste und in Ägypten faszinierende Tableaus zu erfinden wären, bleibt man auch hier unbefriedigt. Denn ein großer Visionär der Szene ist Gruner ebenfalls nicht. Diese Einsicht wird durch einen veritablen Schimmel und den bewundeungswürdigen Bauchtanz Anitras (Adelheid Bonet) nicht verhindert.

Gegen Ende wird die sinnlose Kargheit dieser Inszenierung immer lastender. Sieht man vom Schiffbruch ab, so ist der letzte Akt bei Gruner allein auf das Wort gestellt. Die Suche nach dem Kern der Zwiebel, die beängstigenden Szenen mit dem Knopfgießer (Günther Amberger), die Begegnung mit dem zur Theaterattraktion heruntergekommenen Dovre-Alten – sie werden im wesentlichen nur noch gesprochen, nicht mehr gespielt. Ibsens „Anliegen", das verfehlte Menschsein der Titelgestalt, wird gleichsam mit dem Zeigefinger eines Oberlehrers akzentuiert, alle szenische Spannung bricht zusammen. Warten wir nun auf Flimm, der das große Werk als Einstand am Hamburger Thalia herausbringen will.

KATHRIN BERGMANN

Die Mär von der „Rettung" noch einmal kolportiert: Ost-Berlin zeigt Schätze aus deutschen Museen

Devisen für die Sixtinische Madonna?

Lange Schlangen am Ostberliner Lustgarten. Die Menschen stehen geduldig, bis sie endlich in Schinkels Altes Museum eingelassen werden. Anlaß ist eine Ausstellung, die nicht einem einzelnen Künstler, einer Epoche, einer speziellen Kultur gilt. Nach dem Schatzkammer-Prinzip sind rund 400 Kostbarkeiten, Kunst und Kunstgewerbe, vor allem der Museen in Dresden und Ost-Berlin, aber auch der Staatlichen Schlösser und Gärten von Potsdam-Sanssouci, des Leipziger Museums der Bildenden Künste, des Schloßmuseums Gotha und der Staatlichen Galerie Schloß Georgium Dessau, zusammengetragen.

Die Kunst ist allerdings nur das Vehikel dieser „Ausstellung anläßlich des 40. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes". Der pathetische Titel „Weltschätze der Kunst – der Menschheit bewahrt" knüpft schon in der Wahl des Vokabulars an die großen Schauen von 1955 und 1958 an, als mit enormem propagandistischen Aufwand die Rückkehr von 1,5 Millionen Kunstwerken aus den Museen von Moskau, Leningrad und Kiew als großherzige Rettungstat der Roten Armee gefeiert wurde. Man erinnert sich, daß der damalige Leiter des Kupferstichkabinetts auf der Museumsinsel, Heino Mädebach, in arge Bedrängnis geriet, als er den „Rettungs"-Aspekt nicht genügend herausstrich.



Entführt, nicht gerettet: Rembrandts Gemälde „Die Entführung des Ganymed" aus der Dresdner Galerie, z. Z. auf der Ostberliner Museumsinsel FOTO: KATALOG

In der jetzigen Ausstellung sieht man beispielsweise den unvollendeten Kopf der Nofretete aus dem Ägyptischen Museum in Ost-Berlin, den wohl griechischen „Betenden Knaben", den Friedrich der Große gekauft und auf der Terrasse von Sanssouci aufgestellt hatte. Aus der Gemäldegalerie Bilder von Gossaert, Guardi, Jordaens, Moroni und Terbrugghen. Das Kunstgewerbemuseum in Köpenick schickte das bedeutendste erhaltene Schmuckensemble des Mittelalters, den sogenannten Gisela-Schmuck und das „Erste Potsdamsche" KPM-Tafelservice des Modellmeisters Friedrich Elias Meyer für Friedrich den Großen. Die Nationalgalerie ist prächtig vertreten mit Goyas „Maibaum", Kokoschkas phänomenalem „Pariser Platz" und Rodins „Ehernem Zeitalter". Menzels „Eisenwalzwerk" hat wiederum einen herausragenden Platz bekommen – es war, fahnengeschmückt, 1958 als erstes Berliner Kunstwerk im Puschkin-Museum während einer Art Festakt zurückgegeben worden.

Neben den Schätzen aus dem Grünen Gewölbe findet man aus Dresden weltberühmte Bilder wie den „Ganymed" von Rembrandt, „Dianas Heimkehr" von Rubens, das „Liebesfest" von Watteau und die großen Weißporzellan-Figuren von Kändler und Kirchner. Aus Gotha die unvergleichlich schönen Kleinplastiken „Adam und Eva" von Conrad Meit. Aus Potsdam schließlich eine Spindler-Prunkkommode, ein Bureau à double face aus dem Schlafzimmer Friedrichs II., Kändler-Schneeballblüten-Vasen und Bilder von Pesne, Lancret und Pater. Zumindest gedanklich wird man die Haupt-Attraktion der Museumsinsel mit in diese Prunkschau einbeziehen müssen: Den Pergamonaltar. Noch vor der Ankunft der Westalliierten hatten die Sowjets die Friesplatten hektisch aus dem Geschützturm am Zoo zunächst nach Karlshorst abtransportiert.

Als Begründung für die „Rettungs"-Theorie werden wieder die alten Argumente bemüht, die Kunstwerke hätten damals in Deutschland nicht sicher und konservatorisch verantwortungvoll aufbewahrt werden können. Dabei ist genau das Gegenteil wahr: Die Sachen waren gut verpackt und gesichert, viele wurden jedoch durch den Abtransport nach Rußland beschädigt und mußten dann dieser Beschädigungen wegen restauriert werden.

Über die wirklichen Gründe für den gewaltigen Abtransport hat es seinerzeit verschiedene Interpretationen gegeben. Da war einerseits die Äußerung des Oberst Tulpanow, das deutsche Volk habe diese Schätze „schlecht gehütet", es werde von seiner „Arbeit abhängen", „wann wir dem deutschen Volk das Vertrauen schenken können", die Werke zurückzugeben. Neben solchen politisch-pädagogischen Intensionen war jedoch die Existenz einer „Trophäen-Kommission" kein Geheimnis, die der Roten Armee auf dem Fuße gefolgt war.

Die Tatsache, daß Stalin zwar im Rundfunk die Ankunft der Sixtinischen Madonna euphorisch begrüßte und sie auch gelegentlich hohen Staatsgästen (wie Mao Zedong) zeigte, die Schätze der sowjetischen Öffentlichkeit aber erst kurz vor der Rückgabe gezeigt wurden, legte die Vermutung nahe, daß mit diesem riesigen Kunstfundus eine Devisenquelle angelegt werden sollte. 1930 hatte die Sowjetunion ja schon einmal erstklassige Kunstwerke aus der Eremitage in den Westen verkauft, um die Staatskassen aufzubessern. Und tatsächlich war um 1950 zu hören, ein Schweizer Kunsthändler habe „probeweise" im Westen einen Watteau aus der Dresdner Sammlung im Auftrage der UdSSR angeboten – allerdings ohne Erfolg.

Erst kürzlich hat Irene Kühnel-Kunze in einem Sonderband des Jahrbuchs Preußischer Kulturbesitz die Unhaltbarkeit der Behauptung unterstrichen, die Kunstschätze hätten nicht in Deutschland selbst versorgt werden können. Die Autorin hat Jahrzehnte bei den Staatlichen Museen gearbeitet, war dann Consultant bei der amerikanischen Militärregierung in Berlin-Dahlem und leitete 1963/64 die dort etablierte Gemäldegalerie. Die Kunstwissenschaftlerin erinnerte daran, welche jahrelange Verunsicherung der Verlust der Kunstwerke und ihre ungewisse Zukunft bei den Museumsleuten hervorriefen. Frau Kühnel-Kunze schilderte bei dieser Gelegenheit auch, wie 202 allerwertvollste Bilder des Kaiser-Friedrich-Museums 1945 aus dem Wiesbadener Depot zur „Sicherstellung" in die USA gebracht wurden und erst nach heftigsten Protesten in den Vereinigten Staaten selbst 1948 nach Deutschland zurückkehrten.

Ob die zahllosen Besucher auf der Museumsinsel tatsächlich noch an dem verspäteten Eiertanz um die „Rettung" interessiert sind, kann man getrost bezweifeln. Die hier gezeigten Kunstwerke sind längst wieder zu natürlichen Attraktionen der deutschen Museen geworden. Auch wer zur Quadriga des Brandenburger Tores hinaufschaut, erinnert sich nicht jedesmal neu, daß Napoleon sie als triumphale Beute nach Paris schaffen ließ. So geht es auch den abertausend, die heute den Pergamonaltar betrachten. Zwei seiner Platten bilden den Katalogeinband: „Athena im Kampfe gegen Alkyoneus" und „Zeus mit Blitz und Ägis gegen die Giganten kämpfend". (Bis 23. Mai. Katalog 39 Mark).

PETER HANS GÖPFERT

Bizet in seltener Farbigkeit – Karajans „Carmen"-Inszenierung eröffnete die Salzburger Osterfestspiele

Eine Zigeuner-Äbtissin schmuggelt Weihrauch

Natürlich gab es am Ende die traditionellen Begeisterungsausbrüche. Aber dennoch hinterließ Karajans Salzburger „Carmen"-Einstudierung zur Eröffnung der Osterfestspiele Beklommenheit.

Das Festival, vor 19 Jahren begründet, dem musikdramatischen Ideal so nahe wie möglich zu kommen und damit der ins Kraut schießenden Festivalitis ein künstlerisches Vorbild zu sein, hat sich heruntergewirtschaftet, und wenn verlautet, das nächstjährige Osterspiel, das wieder Verdis „Don Carlos" anbietet und Riccardo Chailly als Gastdirigent (neben Karajan) bei zwei Konzerten am Pult sieht, solle das letzte unter Leitung des alten Maestro sein, dann keimt neben dem Bedauern auch Erleichterung auf.

Karajans als Inszenierung ausgegebene Visualisierung von eigenen Schallplattenaufnahmen ist mit der „Carmen" Bizets jedenfalls mit voller Kraft auf einen Kolossalprovinzialismus aufgelaufen, wie ihn sich selbst die vielgescholtene Provinz seit Dekaden nicht mehr erlaubt.

Das betrifft natürlich nicht die musikalische Seite der Aufführung. Denn mit den Berliner Philharmonikern im Orchestergraben und einer Handvoll Stars auf der Bühne kommt trotz einiger Wackelkontakte (die allerdings früher undenkbar waren) unter Karajans Leitung zu nervigem, kunstreichem Spiel, dem es weder an Empfindsamkeit fehlt noch an Brillanz.

Karajan entfaltet Bizets Partitur in ihrer farbigen Köstlichkeit, ihrem unverwechselbaren Parfum, ihrem eigentümlichen und eigenständigen Gemisch aus Gounodschem Sentiment, Offenbachscher Burleske und dem Bizet eigenen klaren Fieber mit Meisterschaft.

Immer wieder kommt es zu wahren Explosionen musikalischer Frische, einer hochgestochenen Wendigkeit im beinahe sprunghaften Erfassen der musikdramatischen Situation, einem unverschlierten Auskosten auch der wundervoll nostalgischen Augenblicke. Das Orchesterspiel unter Karajan ist von höchstem Format.

Doch die Bühne, die nun den musikalischen Vortrag überhöhen müßte, meldet peinlicherweise nur eine Zuwachsrate des inszenatorischen Bruttosozialprodukts von null Komma nichts. Der Vorhang öffnet und schließt sich planmäßig über Schneider-Siemssens massiv ragenden Bildern, einer Folge ungenutzter Schauplätze. Das ist alles. Es setzt inszenatorische Kleinkrämerei ohne jedes dramatische Ziel. Wer meint, man könne zum Thema „Carmen" in dreieinhalb Stunden mehr, Eindringlicheres und Orginelles vorbringen als jeder Opernführer, der irrt.

Das liegt zum einen wohl daran, daß Karajan offenbar Oesers Revision der Bizetschen Partitur nicht über den Weg traut, er im Grunde seines Herzens der alten Fassung Girauds mit den nachkomponierten Rezitativen den Vorzug gegeben hätte. Deutlich wird das beim halbherzigen Einschub der Duell-Szene im dritten Akt, die sich mit einem musikdramatischen Stummeldasein begnügt.

Ein Meisterwerk des musikalischen Realismus wie „Carmen" läßt sich nun einmal bei allem Eifer nicht im Handumdrehen inszenatorisch aus dem Bühnenboden stampfen. Hinter den Kulissen des Karajanschen Sevilla scheint eine Verkehrsampel in Gang, die im Wechsel von rot auf grün Grüppchen von Touristen und Statisten verkehrssicher auf die Bühne schleust. In Lillas Pastias Schenke geht beim Öffnen des Vorhangs offenkundig nur Schläfrigkeit um und der große Stumpfsinn, bis endlich das Ballet Espagnol de Madrid kräftig zu tanzen beginnt. Sogar eine zündende Zugabe in waschecht spanischem Stil hat ihm Karajan zugestanden.

Der Wechsel von Primitivität und Kolossalischem in Karajans Salzburger Produktion ist das Atemberaubendste an der Aufführung. Kein Wunder, daß die Solisten in ihr schweren Stand haben. Durch die Bank bleiben an diesem Abend alle erheblich unter ihrem Niveau – vom Pulk der Pariser mit Jane Berbié und Michel Sénéchal an der Spitze einmal abgesehen, zu dem sich künstlerisch gleichberechtigt auch noch Heinz Zednik gesellt.

Doch Agnes Baltsa in der Titelpartie ist eine Carmen von auffallender Sprödheit, sinnlich wie eine Zigeuner-Äbtissin, die höchstens Weihrauch zu schmuggeln gedenkt. José Carreras' Stimme wird von den Anforderungen der Partie oft an ihre Grenzen geführt. Doch gibt er allein dem letzten Akt dramatische Intensität. José van Dam müht sich mit der unbequemen Tiefenlage der Escamillo-Rolle. Janet Perry, die sanfte Soubrette, hat es nicht nur zu den Bösewichtern der Liebe, auch in die falsche Rolle verschlagen. Um Salzburgs Reputation willen hätte man vielleicht am besten nicht nur das Chorkonzert unter Tennstedt absagen sollen (was angeblich wegen Erkrankung des Tenors Gösta Winbergh geschah), sondern diese unzulängliche „Carmen" gleich noch dazu.

KLAUS GEITEL



„Der Forscher heilt sich" (1985) von Hartmut Neumann, aus der Bremer Ausstellung FOTO: KATALOG

Die Bremer Galerien und Museen präsentieren ihren „Kunstfrühling 1985"

Kein Süd-Nord-Gefälle in der Kunst

Da hat sich einer was einfallen lassen und hat den Einfall auch realisieren können. Es gelang ihm, für einige Wochen die Bremer Galeristen und sonstige Kunstaussteller vor den Wagen der Einheimischen zu spannen, die sonst im Ausstellungsprogramm weder der professionellen noch der Liebhabergaleristen besondere Berücksichtigung finden. 45 Galerien und sonstige Institute in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven zeigen unter dem schönen Titel „Kunstfrühling 85" Arbeiten von 77 Künstlern der Region.

Gemeinhin gilt Bremen als Kunstprovinz. Daß aber „Provinz" ein soziologischer Terminus eher ist als ein geographischer, wird durch die ergänzende Ausstellung „Junge Kunst in Bremen" in der Kunsthalle bestätigt. Mindestens drei der Künstler sind längst überregional bekannt: der Fotograf Harald Falkenhagen aus Delmenhorst als Preisträger des „Forum Junger Kunst" in Stuttgart (1983), der Maler Thomas Hartmann mit dem Villa-Massimo-Preis (1981) und der ebenfalls aus Delmenhorst stammende Hartmut Neumann als Preisträger des „Forum Junger Kunst" (1981), des Kunstpreises „Junger Westen" (1983) und des Villa-Massimo-Preises (1984).

Harald Falkenhagen führt in seinen bis zum monumentalen Wandbild vergrößterten Fotos die Welt als Bühne mit dem Künstler als einzigem Spieler zwischen wenigen Objekten und einem hart in schwarz-weißes Helldunkel gespannten Raum vor. Es sind Fotografische Erfindungen von großer Faszination, die manchmal an Beckett denken lassen.

Monumental sind auch die großformatigen Figuren von Thomas Hartmann, Akte, wie aus Gräbern geholt und in fester Farbmaterie erstarrt. Dramatischer, bewegter, expressiver, aber mit wachsender Konsistenz seiner Bildgefüge erscheint Uwe Kirsch. Bemerkenswert ist auch das sinnlich-intellektuelle Programm von Renate Paulsen mit ihrer Herstellung von „Dingen".

Es sind beachtliche Versuche zwischen Realität und Einbildungskraft, zwischen Tag und Traum, die die jungen Bremer hier vorzeigen. Der Norden muß sich mit den Leistungen seiner Künstler also keineswegs verstecken. Anders ist das, bei der finanziellen Lage Bremens, zumal mit dem Etat für überregional beachtliche Ausstellungen. Der ist wesentlich geringer als im Westen – und das allein rechtfertigt gewiß die Beurteilung als „Provinz". Es wäre jedoch schlecht, wenn das auf den Ruf der Künstler zurückschlüge, schlecht und ungerecht. (Junge Kunst: bis 21. April; Katalog 12,50 Mark; Kunstfrühling: meist bis Mitte April; Katalog 20 Mark)

HERBERT ALBRECHT

JOURNAL

Literaturvereinigung in München gegründet

DW. **München**

Eine „Vereinigung der Freunde Bayerischer Literatur e. V." wurde in München gegründet. Aufgabe dieses Vereins wird die Förderung, Erforschung und Pflege von Literatur in Bayern sein. Ferner sollen Forschungsaufträge und literarische Preise vergeben, wissenschaftliche und künstlerische Veranstaltungen durchgeführt und bayrische Literatur veröffentlicht werden. Zum Vorsitzenden wurde Klaus Wagner, Geschäftsführer des Süddeutschen Verlages, gewählt.

Festival De Colmar 1985 mit Bach und Händel

DW. **Stuttgart**

Das siebte „Festival De Colmar – Karl Munchinger" finden vom 26. bis zum 30. Juni statt. Das Stuttgarter Kammerorchester wird unter der Leitung von Munchinger vier Konzerte in der Dominikaner Kirche und ein weiteres im Museum Unterlinden vor dem Isenheimer Altar geben. Es werden Werke von J. S. Bach und Händel gespielt.

August Gauls Adler im Münsteraner Zoo

dpa, **Münster**

Eine in Europa bisher einmalige Kunstausstellung ist im Allwetter Zoo in Münster eröffnet worden. Über 200 Plastiken von rund 80 internationalen Bildhauern sind in der „Animalia 85, Tierplastik des 20. Jahrhunderts" bis zum 4. August zu sehen. Sie wurden über die gesamte Zoofläche verteilt und schaffen ein lebendiges Gegenspiel von Kunst und Natur. International bekannte Künstler wie Henry Moore und der späte Degas sind ebenso vertreten wie die Klassiker unter den deutschen Tierbildhauern, August Gaul, Philipp Harth und Gerhard Marcks.

Neue deutsche Kunst für Princeton

DW. **Princeton**

Eine Ausstellung deutscher zeitgenössischer Kunst plant die amerikanische Universitätsstadt Princeton in New Jersey. Die Ausstellung wird gesponsert von der Squibb-Corporation, einem Unternehmen der Pharma-Industrie. Mit der Konzeption der Ausstellung wurde Mariana Hanstein beauftragt.

Wassili Wassilijew wird Ballettleiter der Scala

AFP, **Mailand**

Der sowjetische Tänzer Wassili Wassilijew wird im kommenden Jahr die Leitung der Ballett-Truppe der Mailänder Scala übernehmen. Er löst Rosella Hightower ab, die auf eigenen Wunsch ihren Posten im kommenden Juli verläßt. Das Operballett in Rom wird bereits seit zwei Jahren von der Russin Maja Plissetskaja geleitet.

Deutsche Bücher auf dem Edinburgh Book Festival

dpa, **Frankfurt**

Die Ausstellungs- und Messe GmbH des Frankfurter Börsenvereins beteiligt sich erstmalig mit 700 deutschen Büchern und Zeitschriften am „Edinburgh Book Festival", das vom 10. bis zum 25. August stattfindet. Die Titel aus der Bundesrepublik decken die Bereiche der Gegenwartsliteratur, der Musik, der Photographie und der Kinder- und Jugendbuchliteratur ab. Ferner gibt es Bücher zum Thema Deutschland und Deutsch als Fremdsprache. Die Ausstellung wird das Auswärtige Amt ankaufen.

MUSIK-KALENDER

3. **Münster**, Städt. Bühnen; Cikker: Auferstehung (ML: Modos, R: Gottschalk, A: Sakowitz)
4. **Hannover**, Kuppelsaal; Wagner: Rienzi (konzertant, ML: Albrecht)
6. **Frankfurt**, Opernhaus; Offenbach: Hoffmanns Erzählungen (ML: Boder, R. u. A.: Wernicke)
7. **Oldenburg**, Staatstheater; Wagner: Parsifal (ML: Schmid, R: Rothacker)
   Gelsenkirchen, Musiktheater im Revier; Liebeslieder/Der Reigen (Ballett) (Ch.: Schinkowski)
12. **Berlin**, Philharmonie; Schnebel: Thanatos-Eros (DE, ML: Pesko)
13. **Kassel**, Staatstheater; Strauss: Der Rosenkavalier (ML: Nelson, R: Schoenbohm, A: Perdacher)
14. **Essen**, Opernhaus; Klebe: Die tödlichen Wünsche
   Mannheim, Nationaltheater; Smetana: Die verkaufte Braut (ML: Runnicles, R. u. A.: Marelli)
17. **Heidelberg**, Stadttheater; Janacek: Die Sache Makropoulos (ML: Schäfer, R: Wedekind)
19. **Duisburg**, Deutsche Oper am Rhein; Goehr: Die Wiedertäufer (U, ML: Wakasugi, R: Herlischka, A: Barth)
20. **Basel**, Stadttheater; Ballettabend (Ch.: van Manen, Spoerli)
26. **Witten**, Saalbau; Wittener Tage für neue Kammermusik (bis 28. 4.)
27. **Bremen**, Theater am Goetheplatz; Verdi: Aida (ML: Schneider, R: Auvray, A: Fercioni)
   Wiesbaden, Staatstheater; Britten/Pepusch: Die Bettleroper (ML: Kurz, R: Drese/Peter.
28. **Augsburg**, Städt. Bühnen; Tschaikowskij: Eugen Onegin (ML: Bihl-Maier, R: Gleede, A: Wanninger)

In Japan lehrt die Haft die Achtung vor dem Menschenleben

rtr, Tokio

Sie tragen weiße Overalls, und ihr Haar ist kurzgeschnitten. Mehrmals täglich verbeugen sie sich vor einem Monument als Zeichen der Buße. Sie sind meist angesehene Bürger in guten Positionen. Doch ihre Mahlzeiten sind eher kärglich. Sie – das sind die Insassen eines japanischen Gefängnisses, das ausschließlich Verkehrssündern vorbehalten ist. „Wir haben hier keine Verbrecher und keine Diebe, die sitzen anderswo. Hier sind nur Verkehrssünder. Es ist das einzige Gefängnis in Japan, in dem nur Verkehrssünder ihre Strafe verbüßen", erklärt Gefängnisdirektor Yoshikazu Sato.

Das Gefängnis liegt in Ichihara, etwa 80 Kilometer von Tokio entfernt. Gegenwärtig hat es 224 Häftlinge. Bewacht und versorgt werden sie von 39 Personen, von denen jedoch nur vier über Nacht im Gefängnis bleiben. Es gilt als offenes Gefängnis mit nur einem Mindestmaß an Sicherheitsvorkehrungen. Hohe Betonmauern sind nicht vorhanden, der Stacheldrahtzaun ist nur 1,5 Meter hoch. „Man kann darüberspringen, das hat aber noch niemand getan", sagt Sato.

Ein Gefühl der Reue und Buße entwickeln

Nach Auskunft des Gefängnisdirektors beträgt die durchschnittliche Haftdauer 9,6 Monate. Das Durchschnittsalter der Häftlinge liegt bei 32,5 Jahren. Zwei Drittel der Insassen haben Verkehrsunfälle mit Verletzten oder Toten verursacht. Der Rest wurde wegen Übertretung der Verkehrsordnung verurteilt. Bei 30 Prozent der Häftlinge war zusätzlich Alkohol im Spiel. Die Verkehrsgesetze in Japan sind streng. So kann man schon bei dreimaliger Überschreitung der Geschwindigkeitsbegrenzung zu einer Haftstrafe verurteilt werden.

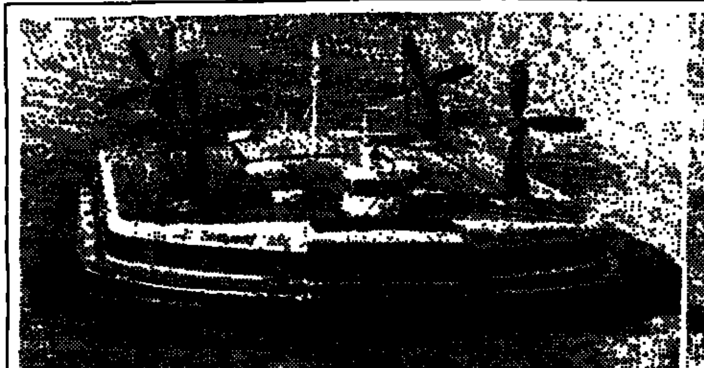
„Wir wollen unsere Häftlinge die Schwere ihres Vergehens erkennen lassen. Sie sollen ein Gefühl der Reue und Buße entwickeln, damit sie tiefe Achtung vor dem Menschenleben bekommen und wieder gesetzestreue Bürger werden", sagt Sato zu seiner Arbeit.

Einen großen Teil des Tages verbringen die Häftlinge mit Diskussionen. In Gruppen sprechen sie über ihre Vergehen und ihre Buße. Dabei verbeugen sie sich vor dem Mal mit der Aufschrift: „Ich denke über meine Sünden nach und verspreche, wieder ein gutes Mitglied der Gesellschaft zu werden."

In drei Stufen „resozialisiert"

Journalisten konnten bei einem Besuch mit zwei Häftlingen sprechen. Einer war ein 46jähriger Architekt, der bei einem Unfall einen Menschen getötet hatte und zu zehn Monaten Haft verurteilt worden war. Er sagte: „Zunächst habe ich das Urteil für zu hart gehalten. Jetzt halte ich es für gerecht. Ich werde nie wieder fahren." Wie er freilich den Vorsatz in praxi durchsetzen wolle, verriet er nicht. Der zweite Gesprächspartner war ein 35jähriger Angestellter, der wegen Trunkenheit am Steuer zu acht Monaten Haft verurteilt worden war. Dieser sagte: „Ich werde nie mehr nach Alkoholgenuß fahren. Ich möchte aber weiterhin fahren."

Ihre Haft verbringen die Insassen in drei Phasen. Nach Strafantritt müssen sie zwei Wochen in einer vergitterten, verschlossenen Einzelzelle bleiben. Danach kommen sie in eine ebenfalls vergitterte und verschlossene Gemeinschaftszelle. Den Rest ihrer Strafe verbringen die Häftlinge dann in offenen, relativ komfortablen Einzelzellen. (PATRICK MASSEY)



Ein Archivfoto eines Luftkissenboots (oben) vom gleichen Typ wie die „Princess Margaret", die am Samstag von Calais kommend im Hafen von Dover gegen die Mole geschleudert wurde. Durch das riesige Loch im Rumpf des Hovercraft (rechts) stürzten viele Passagiere ins eiskalte Wasser und mußten um ihr Leben schwimmen FOTOS: AP

Die Todesfahrt der „Princess Margaret"

JOCHEN ZWIKIRSCH, Dover

Ein Hovercraft-Unglück im südenglischen Kanalhafen Dover hat am Samstag nachmittag mindestens zwei Tote und 40 teils Schwerverletzte gefordert. Zu den Verletzten gehören auch deutsche Touristen. Die Suche nach zwei Vermißten – einer zehnjährigen Engländerin und einem französischen Schüler – wurde gestern vormittag ergebnislos abgebrochen.

Kurz nach 16 Uhr lief die riesige britische Luftkissenfähre „Princess Margaret" mit 370 Passagieren und 18 Besatzungsmitgliedern an Bord von Calais kommend in Dover ein. Plötzlich geriet das zur „Super 4"-Baureihe der weltgrößten zivilen Hovercrafts gehörende Fahrzeug aus dem Kurs, streifte mit hoher Fahrt den Kopf der Südmole. Die 56,4 Meter lange „Princess Margaret" wurde auf der Steuerbordseite auf 15 Meter Länge wie von einem gewaltigen Dosenöffner aufgefetzt. Mindestens 20 Fahrgäste stürzten schreiend in die eiskalte See, schwammen in dem von Öl bedeckten Wasser um ihr Leben.

Schon wenige Minuten später waren der Seenotrettungskreuzer von Dover, Hafenschlepper und eine ganze Flotte freiwilliger Helfer an der Unglücksstelle. Sie retteten wild rudernde Menschen, die bei dem Aufprall ins Wasser geschleudert wurden. Zwei Schiffbrüchige konnten jedoch nur noch tot geborgen werden. Eine Stunde nach dem Unglück wurde die Fähre an ihren Liegeplatz geschleppt.

Bei den deutschen Verletzten handelt es sich nach Auskunft der deutschen Botschaft in London um „den Vater und eine kleine Tochter" einer vierköpfigen Familie aus Inzlingen, die mit Unterkühlungen ins „Buckland Hospital" von Dover eingeliefert wurden. Mutter und Sohn seien wohlauf. Die Namen wurden weder von der Botschaft noch vom Krankenhaus, von der Polizei oder der Küstenwache mitgeteilt.

Handelsvertreter Peter Richards (38) saß mit Ehefrau Claire (32) und dem zweijährigen Sohn Nicholas keine zwei Meter von der Stelle entfernt, an der das Hovercraft aufgerissen wurde: „Es herrschte raubes Wetter, doch wir liefen trotzdem sehr schnell in den Hafen ein. Wahrscheinlich wurde die ‚Princess Margaret' von einer besonders hohen Welle erfaßt, die sie gegen den Molenkopf schmetterte."

„Plötzlich gab es einen lauten Knall und dann ein Kratzgeräusch. Dann war die Hölle los. An Bord herrschte totales Chaos", berichtete ein anderer Passagier der Fähre. „Viele schrien. Kinder weinten. Einige waren beim Aufprall durch die zerschmetterten Fenster ins Wasser geschleudert worden. Ich konnte sie inmitten von Öl, Koffern und anderem Gepäck um ihr Leben schwimmen sehen." Michael Colgan (39): „Die Kollisionsstelle war nur ein paar Fuß von der Bordbar entfernt, an der gerade etwa 45 Menschen standen."

Viele Überlebende kritisierten das Verhalten der Besatzung. Einige berichten, daß sie die Schwimmwesten anlegen wollten und von Crewmitgliedern daran gehindert worden seien. Peter Richards gab zu Protokoll: „Das Schlimmste war, daß uns niemand beruhigt oder uns gesagt hat, was wir tun sollen. Außerdem waren viele Passagiere Franzosen, und die Stewardessen verstanden sie nicht. Die Besatzung schien völlig überfordert zu sein."

Über die Ursache des Unglücks hat auch Peter Yerbury, der technische Direktor der „Princess Margaret" – Reederei „Hoverspeed", „zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Erklärung". Es herrschte zwar ein steifer Südwest mit Windstärke sieben, doch auch bei rauher See können Hovercrafts sicher operieren. Technisches oder menschliches Versagen, eine plötzliche Bö, eine ungewöhnlich hohe Welle – Aufschluß wird erst die Seeamtsverhandlung geben.

Die 16 Jahre alte „Princess Margaret" faßt maximal 416 Fahrgäste und 55 Personenautos. Das 28 Meter breite und 11,4 Meter hohe Luftkissenfahrzeug läuft bei ruhigem Wasser 65 Knoten, bei Wellenhöhen von 2,4 Metern immer noch 50 Knoten. Die Propeller haben einen Durchmesser von 6,4 Meter. (SAD)

Millionenraub von Rom aufgeklärt

dpa, Rom

Der bisher größte Geldraub in Italien, bei dem Banditen im März 1984 aus dem Tresorraum einer amerikanisch-italienischen Geldtransportfirma in Rom umgerechnet 56 Millionen Mark erbeuteten, ist aufgeklärt. Die Täter und ihre Helfer in der Firma „Brink's Securmarket" wurden verhaftet. Die Suche nach dem Geld, das zum Teil bereits in Immobilien in Europa und Kanada investiert wurde, ist noch im Gange. Acht Täter sollen in den Fall verwickelt worden sein. Einer der Hauptverdächtigen, ein bekannter Geldfälscher, wurde allerdings im vergangenen Jahr erschossen. Er soll Verbindungen zu Terroristen und zur verbotenen Freimaurer-Geheimloge „P 2" gehabt haben.

Widerruf und sechs Jahre

dpa, Chicago

Fast sechs Jahre lang hat der heute 28 Jahre alte Gary Dotson aus Chicago wegen Entführung und Vergewaltigung im Gefängnis gesessen – offensichtlich zu Unrecht. Vor wenigen Tagen hat das angebliche Opfer gestanden, daß das Verbrechen gar nicht stattgefunden und sie den Mann nicht einmal gekannt habe. Sie habe beschlossen, die Wahrheit zu sagen, nachdem sie zum christlichen Glauben gekommen sei, berichtete die 23jährige Cathleen Crowell in einer eidesstattlichen Erklärung. Ihr damaliges Motiv war Angst vor einer Schwangerschaft nach ihrem ersten sexuellen Kontakt mit einem anderen Mann.

Drei Lawinenopfer

AP, München

Drei Bergrettungsmänner sind am Samstag bei zwei Lawinenunfällen in Bayern ums Leben gekommen. Ein Bergwachtmann und ein deutscher Skitourist wurde verletzt geborgen. Auf der Hundstodreibe im Watzmanngebiet bei Berchtesgaden löste eine Gruppe von sechs österreichischen Bergrettungsmännern eine 100 Meter breite Schneebrettlawine aus. Sie erfaßte die Gruppe und einen zufällig vorbeifahrenden deutschen Skitouristen.

Der Frühling kommt

dpa, Hamburg

Mit der Sommerzeit kam der Frühling – zumindest im Süden und Südwesten. In München kletterte die Quecksilbersäule schon am Wochenende auf 18 Grad, in den nächsten Tagen soll die 20-Gradmarke überschritten werden. Stürmischer Frühlingsauftakt in Baden-Württemberg: Dort erreichten die Frühjahrsstürme Spitzengeschwindigkeiten von fast 120 Kilometern pro Stunde. Die Norddeutschen müssen sich gedulden. Für sie begann die Sommerzeit mit wolkenverhangenem Himmel und Landregen.

Cartoonist ausgezeichnet

ej. Amsterdam

Der politische Zeichner Fritz Behrendt (60) aus Amsterdam, gebürtiger Berliner, bekommt Anfang Mai den internationalen Preis der Vereinigung amerikanischer Cartoonisten in Florida überreicht – eine Auszeichnung, die dem Oskar (auf dem Gebiet der Cartoonisten) entspricht. Behrendt arbeitet in Holland für die Amsterdamer Tageszeitung „Het Parool", sowie für Blätter in Deutschland, in der Schweiz, Österreich, Schweden, Finnland, Japan und Amerika.

Plündernde Bauern

dpa, Bogota

Bauern haben ein im Südwesten Kolumbiens abgestürztes Flugzeug geplündert, statt einigen zunächst überlebenden Insassen Hilfe zu leisten. Das wurde gestern in Bogota von kolumbianischen Luftwaffen-Offizieren mitgeteilt, die den Absturz einer Linienmaschine vom Typ Fokker 28 der lokalen Fluggesellschaft „Satena" untersuchten, bei dem alle 46 Insassen ums Leben kamen. Nach Angaben der Militärs hatten einige Insassen des Flugzeuges, das am Freitag an einem Berg bei der Stadt Florencia zerschellt war, das Unglück zunächst überlebt.

Für Drogen Scheinehen

dpa, München

Um an „Stoff" zu kommen, geben drogenabhängige Frauen zusehends Scheinehen ein. Zwischen 800 und 25 000 Mark zahlen Ausländer, meist aus dem Nahen Osten, Nordafrika und Asien, um auf diese Weise Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erlangen. Der „Kaufpreis" wird dabei keineswegs immer in bar entrichtet, sondern direkt durch Lieferung einer bestimmten Menge von Heroin zum Beispiel. Das berichtet der in München erscheinende „drogen-report". Die Ehe würde meist in Dänemark und Holland geschlossen.

LEUTE HEUTE

Bankett-Sänger

Statt der erwarteten Dankesrede stimmte ein Mitglied einer Delegation aus Taiwan bei einem offiziellen Bankett der Landesregierung des US-Staats Louisiana ein Liedchen an. Das verblüffte nicht nur den Landtagsabgeordneten **Francis Thomson**: „Er sang aber wirklich schön", mußte der Abgeordnete zugeben. Verlegen reagierten die Louisianer allerdings, als sie ihrerseits ein Lied zum besten geben sollten. Für den Agrarminister **Bob Odom** sprang ein Abgeordneter ein. Er sang das alte Kinderlied „Old McDonald had a farm ...", unterstützt von den anderen Gastgebern, die hier und da einmal ein „Muhmuh" oder „Quak-quak" beitrugen. Das Handelsabkommen zwischen Taiwan und Louisiana soll übrigens zustande gekommen sein.

Sänger-Streit

Eine „Nachzahlung in angemessener Höhe" stehe ihm zu, entschied ein Londoner Berufungsgericht. Die „Management Agency Music" muß dem englischen Popsänger **Gilbert O'Sullivan** Tantiemen nachzahlen. Vor 16 Jahren hatte die Agentur den heute mit Frau und Tochter in Irland lebenden Star unter Vertrag genommen – zu denkbar ungünstigen Konditionen, wie der 38jährige Sänger behauptet. Denn von den im Lauf seiner Karriere zusammengekommenen vierzehneinhalb Millionen Pfund (rund 53,7 Millionen Mark) Tantiemen habe die Agentur ihm lediglich 1,85 Millionen Mark abgeliefert. Gilbert und der Chef der Agentur, **Gordon Mills**, einigten sich außergerichtlich auf 7,4 Millionen Mark „angemessener" Nachzahlung.

Ein Mann will vergessen werden

O. W. Fischer zum 70. Geburtstag / Vom Weltstar zum unnahbaren „Philosophen"

Von CURT RIESS

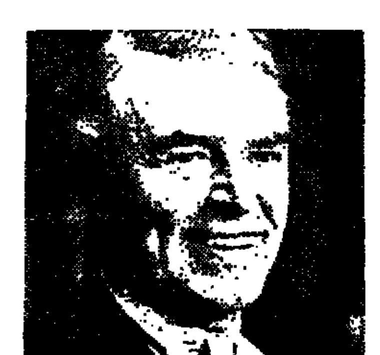
Schauspieler werden, so ein oft zitiertes Dichterwort, schnell vergessen. Um Filmschauspieler steht es wenig besser, freilich nur, wenn ihre Filme zu Nachruf berechtigen. O. W. Fischer ist so ein seltener Fall. Viele seiner Filme sind noch herzeigbar. Niemanden könnte das freilich weniger interessieren als O. W. Fischer selbst. Er will vergessen werden und bleiben. Eine seiner vielen Besonderheiten.

Von den Besonderheiten soll hier, anläßlich seines heutigen 70. Geburtstags gesprochen werden. Das übrige kennt man ja schon alles.

Das übrige: er wurde in der Umgegend von Wien geboren, der Vater war Hofrat, was damals noch etwas besagte und gut situiert. O. W. studierte einige Semester, ging nach kurzer Ausbildung am Reinhardt-Seminar zur Bühne, wo er vor allem seines fulminanten Aussehens halber schnell ankam. Wiener Josephstadt, Münchener Kammerspiele, Wiener Volkstheater, schließlich die Burg. Er wurde ein herrlicher, sehr moderner Schauspieler und er spielte nach amerikanischer Art, obgleich man die in Europa in jener Zeit noch gar nicht kannte. Anfang der 50er Jahre kam dann der Film.

Soweit bekannt. Jetzt das besondere: Ende der 30er Jahre heiratete er eine Wiener Kollegin, die ausgezeichnete Schauspielerin Anna Usell, die seinetwegen von einem Tag zum anderen ihren Beruf an den Nagel hängte. Und es ist kaum eine Übertreibung zu behaupten, daß sie seither so gut wie nicht mehr gesehen wurde. Er verbirgt sie seit nun bald 50 Jahren. Warum: Glaubt O. W. seine Popularität beim weiblichen Publikum könne Schaden erleiden, wenn man von einer Frau an seiner Seite wisse? Wohl kaum. Dazu ist er viel zu gescheit. Es hat in seinem Leben übrigens nie eine andere Frau, keine Affären, Scheidungen oder Skandale gegeben – er erstaunlich bei einem Mann seines Aussehens, seines Charmes.

Wenig bekannt ist auch, daß er schon früh zu filmen begann – in den Kriegsjahren, meist in Willy-Forst-Filmen; man beachtete ihn kaum. Der



Immer noch von fulminantem Äußeren: O. W. Fischer.

Durchbruch kam 1951 in „Das letzte Rezept" mit Heidemarie Hatheyer. Ein Verdienst des Regisseurs Rolf Hansen, der ihm in nächtlichen Gesprächen den Unterschied klarmachte, zwischen „Spielen" und „Fühlen".

In den folgenden Jahren machte er viele Filme mit Maria Schell. Im Volksmund nannte man ihn die Hälfte des idealen deutschen Liebespaares. Er ist viel mehr, er kann auch sehr komisch sein und weit über eine Liebesgeschichte hinaus tragisch. Bald ist er die Zugnummer im deutschen Film. Er verdient die höchsten Gagen. Und bleibt doch unendlich sparsam, ja geizig.

Ein Beispiel: Im Film ist es üblich, daß ein Anzug, den der Darsteller tragen muß, von der Gesellschaft bezahlt wird, aber für einen Bruchteil des Preises zurückerworben werden kann. Ein Geschäft, das sich kaum jemand entgehen läßt. O. W. verlangte stets, daß ihm die Rückkaufssumme erlassen werde. Und für ihn fielen unter die Kategorie der notwendigen Kleidung Hemden, Unterhosen, Schuhe, Strümpfe, Taschentücher oder – falls sie eine Rolle spielten – die Armbanduhr oder ein Zigarettenetui. Alles wurde für ihn gekauft und dann „gebraucht" seine Beute. Zuletzt besaß er 700 Anzüge ...

Im Atelier wurde er immer schwieriger. Immer sah er darauf, daß seine Rollen stets sympathisch waren und er „sympathisch" fotografiert wurde. Das ging so weit, daß er die Rolle des Hochstaplers Hanussen zum veritablen Edelmann umschreiben ließ.

Während der Dreharbeiten redete er in alles hinein, schikanierte seine Umgebung. In Europa schluckte man das alles. In Hollywood feuerte man ihn am fünften Tag. Ende einer internationalen Karriere, die er ebensogut wie Curd Jürgens hätte machen können. Im Gegensatz zu seinen Kollegen legte O. W. freilich nie Wert darauf, im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit zu stehen. Schon lange, bevor er – übrigens freiwillig – aufhörte, zu filmen oder Theater zu spielen, hatte er sich in jeder Beziehung zurückgezogen. Mit Frau und Gesinde, wenn inzwischen auch ohne seine legendären Katzen, lebt er – von Zigaretten und Milch – hoch über Lugano. Dort hat er sich der Philosophie „ergeben".

Selbstjustiz erschüttert Frankreich

DW. Epinal

Jean-Marie Villemain (26), der am Freitag Selbstjustiz an seinem des Mordes an seinem Kind verdächtigten Cousin Bernard Laroche (23) geübt hat, wurde am Wochenende unter Mordverdacht festgenommen. Das ist die dramatische Wende eines Kriminalfalles, der die französische Öffentlichkeit seit Monaten beschäftigt. Jahrelang war das Ehepaar Villemain aus dem Vogesen-Ort Lepanges-sur-Volonge mit anonymen Briefen bedroht worden, bis ihr vierjähriger Sohn Gregory am 16. Oktober 1984, an Händen und Füßen gefesselt, tot aus einem Bach geborgen wurde. In Verdacht geriet der Cousin, der aber auf freien Fuß gesetzt wurde, nachdem seine Anwälte Haftverschonung erreichten. Vergangene Woche richtete sich der Tatverdacht plötzlich gegen die Mutter des getöteten Kindes, Christine Villemain. Noch am Krankenbett der schwangeren Frau diktierte ihr der Untersuchungsrichter einen Schrifttest.

Nach all diesen Querelen und monatelangem öffentlichem Hickhack der verfeindeten Familien gingen dem Ehemann Jean-Marie Villemain offenbar die Nerven durch. Am Freitag stellte er seinen gerade von der Arbeit heimkehrenden Cousin mit dem Gewehr in der Hand zu einer Aussprache, während derer er den 23jährigen erschoß. Vom Krankenbett seiner Ehefrau aus stellte er sich dann der Polizei. Gleichzeitig mit der Mordanklage gegen ihren Mann hob die Justiz jetzt den Haftbefehl gegen Christine Villemain auf, entzog aber der örtlichen Gendarmerie den ganzen Fall.

WETTER: Im Süden mild

Wetterlage: Am Nordrand einer Hochdruckzone über dem Mittelmeer wird nur der Norden Deutschlands von Wolkenfeldern schwacher atlantischer Tiefausläufer gestreift.



Vorhersage für Montag:
Im Norden wechselnd wolkig, abends und nachts zeitweise etwas Regen. Im Süden heiter bis wolkig und weitgehend trocken. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 13 Grad, im Süden 16 bis 20 Grad. Auch nachts mild und kaum unter 9 Grad. Schwacher bis mäßiger, an der Küste frischer Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Wolkig, zeitweise Regen, Temperaturen weitgehend unverändert.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	9°	Kairo	24°
Bonn	11°	Kopenh.	5°
Dresden	11°	Las Palmas	21°
Essen	9°	London	13°
Frankfurt	11°	Madrid	14°
Hamburg	11°	Mailand	13°
List/Sylt	4°	Mallorca	17°
München	17°	Moskau	2°
Stuttgart	14°	Nizza	14°
Algier	18°	Oslo	1°
Amsterdam	8°	Paris	12°
Athen	14°	Prag	14°
Barcelona	14°	Rom	13°
Brüssel	9°	Stockholm	2°
Budapest	15°	Tel Aviv	26°
Bukarest	13°	Tunis	14°
Helsinki	–2°	Wien	13°
Istanbul	7°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.56 Uhr, Untergang: 19.56 Uhr; **Mondaufgang:** 15.42 Uhr, Untergang: 6.13 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Seit 30 Jahren fliegt der gelbblaue Kranich wieder

DIETHART GOOS, Hamburg

Fliegen mit Maschinen des gelbblauen Kranich-Emblems ist heute eine Selbstverständlichkeit. 500mal starten und landen die 110 Jets der Deutschen Lufthansa täglich auf Flughäfen in der Bundesrepublik Deutschland und 136 Airports in 76 Ländern. Pünktlichkeit und guter Service haben die nationale Fluggesellschaft zu einem wichtigen Faktor der Volkswirtschaft gemacht, die „German Airlines", wie die Lufthansa weltweit anerkennend genannt wird, hat einen hervorragenden Ruf, und das beweist sich in vorderen Plätzen der internationalen Statistik bezogen auf verkaufte Passagier- und Fracht-Tonnen-Kilometer. Auch im technischen Standard, bei der Pünktlichkeit des Flugplans sowie im Service an Bord und am Boden setzt die Lufthansa immer wieder Maßstäbe.

Heute ist für mehr als 32 500 Lufthanseaten mit ihrer Zentrale in Köln sowie dem Operationszentrum auf dem Rhein-Main Flughafen und der mehr als 8000 Mitarbeiter zählenden Luftwerft in Hamburg-Fuhlsbüttel ein stolzer Tag. Vor 30 Jahren starteten die ersten beiden zweimotorigen Propellermaschinen vom amerikanischen Typ Convair CV 340 zur regulären Wiederaufnahme des Liniendienstes. Nach Kriegs- und Nachkriegswirren war die Lufthansa an den Himmel zurückgekehrt.

Um 7.43 Uhr erhob sich die Convair, das für damalige Verhältnisse modernste Kurz- und Mittelstreckenflugzeug für 44 Passagiere, von der Piste in Fuhlsbüttel. Der offizielle Eröffnungsflug ging über Düsseldorf und Frankfurt nach München. In



Riem war die Gegenmaschine bereits seit einer Minute in der Luft.

Zehn Jahre hatte die Zwangsunterbrechung gedauert. Wann die letzte LH-Maschine im Mai 1945 geflogen war, ist heute nicht mehr zu rekonstruieren. Bereits mit Ausbruch des Krieges waren die internationalen Verbindungen gekappt worden. Dabei hatte gerade das Jahr 1939 für das stolze Unternehmen, das am 6. April 1926 nach Fusion der Fluggesellschaften „Deutscher Aero Lloyd" und „Junkers Luftverkehr" gegründet worden war, so vielversprechend begonnen. Mit der stattlichen viermotorigen Propellermaschine Focke Wulf 200 Condor wurde die Eröffnung eines Liniendienstes über den Nordatlantik nach Amerika vorbereitet. Bis zum Kriegsausbruch hatte die Lufthansa zu Testzwecken auf dieser Route bereits 42 Flüge absolviert.

Auch für den zivilen Luftverkehr hatte der Krieg mit der totalen Katastrophe geendet. Die vier Siegermächte untersagten den Deutschen jegliche Betätigung auf diesem Sektor. Zugleich teilten sie sich den Himmel zumindest über den Westzonen und durch die drei Luftkorridore nach West-Berlin, steckten ihre Interessengebiete ab.

Weder Politiker noch Lufthanseaten wollten sich mit dieser unnatürlichen Lage abfinden. Der damalige Bundesverkehrsminister Hans Christoph Seebom ging schon Anfang der fünfziger Jahre auf die Suche nach Experten, mit denen zunächst in aller Stille ein Wiederanfang vorbereitet werden konnte.

Mit Hans M. Bongers fand der Minister den geeigneten Fachmann. Er war seit ihrer Gründung 1926 bei der alten Lufthansa tätig, zuletzt als Verkehrsleiter. Bongers hatte nach Kriegsende bereits versucht, die versprengte Lufthansa-Mannschaft in der „Luftreise GmbH Hilfsbetriebe für Luftverkehr" zu sammeln und so Bodendienste für die ausländischen Gesellschaften anzubieten. Doch die Alliierten vereitelten das Vorhaben unter Strafandrohung.

Am 29. Mai 1951 erhielt Bongers vom Verkehrsministerium den Auftrag, „die Probleme des Aufbaus und der Arbeitsweise der neuen Luftverkehrsgesellschaft" zu untersuchen. Erster Mitarbeiter im „Büro Bongers" wurde Gerhard Höltje, ehemaliger Leiter der Lufthansa-Versuchsabteilung. Auf dem US-Flughafen Berlin-Tempelhof hatte er sich als Wartungsspezialist mit der modernen Flugzeugtechnologie vertraut gemacht.

Nachdem ungeheure politische und finanzielle Schwierigkeiten überwunden waren, konnten Bongers, Höltje und ihre Mannschaft im wahrsten Sinne an den Start gehen: Mit fünf bescheidenen Maschinen und 1131 Lufthanseaten meldete man sich zurück – der unaufhaltsame Aufstieg zur Welt-Airline begann.

ZU GUTER LETZT

„Warum empfiehlt die Bundesregierung den Imkern nicht, ihren Honig künftig aus Regierungserklärungen zu ziehen?" (Frage an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Georg Gallus, in der Bundestags-Fragestunde).